

der Sopade
August / September 1934



Teil A : Nachrichten und Berichte
=====

Inhaltsübersicht

I. <u>Nachtrag zur Volksabstimmung vom 19. August</u>	A 1
1) Antifaschistische Propaganda	1
2) Wahlzwang und Wahlfälschung	2
3) Die Beurteilung der Abstimmung	7
4) Die Verfolgung der Nein-Sager	9
II. <u>Die allgemeine Situation in Deutschland</u>	
Die Auffassung unserer Genossen	10
III. <u>Aus der Wirtschaft</u>	14
1) Allgemeines Preisentwicklung - Warenmangel - Rohstoff- knappheit - Hamstern - Aktivität der amtlichen Stellen gegen die Preissteigerungen	
2) Die Arbeitsschlacht Einstellung von Notstandsarbeiten - Zwangsver- schiebung und Pflichtarbeit - Der Arbeitsplatz- austausch.	28
3) Der Arbeitsdienst Die Zustände in den Lagern (Berichte aus Sachsen, Mitteldeutschland, Brandenburg, Pommern, Hamburg, Baden, Bayern) - Die Unterbringung ausscheidender FAD-Leute.	33
4) Handel und Gewerbe Die Ursachen der Misstimmung - Der Kampf um Warenhäuser und Konsumvereine - Die Lage des Handwerks und des Einzelhandels.	37

IV. Aus den Betrieben

A 40

Die Haltung der Arbeiterschaft - Die
Stellung der nationalsozialistischen Ver-
trauensräte - Betriebsberichte aus Bayern,
Sachsen, Schlesien, Mitteldeutschland,
Rhein und Ruhr, Hannover

V. Aus der Arbeitsfront

58

Mangel an geeigneten Kräften - Wachsende
Beitragsmüdigkeit - Die Hintergründe der
Umorganisation

Anhang: Die Sozialdemokratische Partei Deutschlands.

Ihre Organisation und ihre Tätigkeit unter der
Hitler-Diktatur.

63

A. Allgemeines

63

B. Unsere Deutschlandarbeit

66

- 1) Die parteipolitische Situation 66
- 2) Die Reaktivierung der sozialistischen
Arbeiterbewegung 67
- 3) Das Verhältnis zu den Kommunisten 69

C. Unsere Organisation

71

- 1) Der organisatorische Stand 71
- 2) Die Materialverbreitung 73
- 3) Mitarbeiter-Schulung 74
- 4) Fürsorge für die politischen Gefangenen 75

D. Unsere Arbeit im Ausland

75

- 1) Unsere Veröffentlichungen 75
- 2) Unser Verhältnis zur Emigration 77

Schlussbemerkungen

79

I. Nachtrag zur Volksabstimmung vom 19. August

Ueber die Volksabstimmung vom 19. August, über die schon im vorigen Monatsbericht eingehend berichtet wurde, ist weiterhin aus allen Landesteilen Material in so grossem Umfange eingelaufen, dass nur ein kleiner Teil der Nachrichten verwendet werden kann.

1.) Antifaschistische Propaganda

Wir haben schon im vorigen Monatsbericht hervorgehoben, dass wir selbstverständlich über die propagandistische Aktivität unserer Genossen in Deutschland nur soviel berichten können, als es ohne ihre Gefährdung möglich ist. Wir beschränken uns daher darauf, unsere Uebersicht im vorigen Bericht durch folgende Meldungen zu ergänzen:

Baden: Bei der Durchführung der Wahlarbeit waren die Genossen weniger darauf eingestellt, einen nach aussen recht sichtbaren Wahlerfolg zu erzielen, als wie zu beweisen, dass die Sozialdemokratie noch da ist. Der Zweck wurde an den Orten, wo gearbeitet wurde, voll erreicht. Die Streuzettel und Flugblätter haben ihre Wirkung getan. Sowohl in der Stadt wie auf dem Lande war es Tagesgespräch, dass ja die Sozialdemokraten jetzt schon wieder Flugblätter verteilen. Dieses Aufmerksamwerden auf die Möglichkeit einer illegalen Arbeit, trotz des Terrors, war den Genossen mehr wert als das ganze Wahlergebnis.

Niederrhein: Einen Tag vor der Wahl spielte sich in dem grossen Warenhaus Tietz in Köln folgender Vorgang ab: In den Nachmittagsstunden flatterten plötzlich aus einem oberen Stockwerk Flugzettel herunter mit der Aufschrift: Nieder mit den Mördern! Stimmt mit Nein! Es entstand grosse Aufregung. Nach kurzer Zeit erschien die Gestapo, Abteilungen der SS und SA, um Durchsuchungen vorzunehmen. Sie konnten jedoch nichts feststellen.

Hamburg: Wenige Tage vor der Wahl war sogar das Rathaus mit unseren Klebezetteln beklebt. Es musste Hitler-Jugend aufgeboten werden, um die Zettel wieder zu entfernen.

Berlin: In einem Vorort wurde ein Genosse beim Kleben unserer Zettel von einem Polizeibeamten erwischt. Es war Nacht und die stille Vorortstrasse war menschenleer. Der Beamte nahm unseren Mann nicht fest, sondern sagte zu ihm: "Mensch, Sie sind doch nicht allein. Sie wissen doch, dass Sie keine Zettel kleben dürfen. Machen Sie, dass Sie wegkommen!"

Dresden: Auf der Marienhofstrasse in Dresden-Trachenberge gab es plötzlich Krach. SS-Leute schlugen auf Zivilisten ein, die sich an unseren geklebten Zetteln zu schaffen machten. Ein Ueberfallkommando der Polizei, die ja auch stark auf den Beinen war, erschien und wollte die Zivilisten wegschaffen. Jetzt erst stellte

es sich heraus, dass es sich um SA-Leute in Zivil handelte, die befehlsmässig ebenfalls streiften. Nunmehr grosses Hallo und die Polizei fuhr kopfschüttelnd davon.

2.) Wahlzwang und Wahlfälschung

Wie rücksichtslos der Wahlzwang ausgeübt wurde, zeigt ein Beispiel aus Westsachsen:

In unserem Ort wurde allen, die bis 3 Uhr noch nicht zur Wahl gekommen waren, durch den Schlepperdienst der NSDAP folgendes Schreiben zugestellt:

Herrn...

.....Strasse Nr.....

Frau

Fr1. . . .

Zeit... Uhr...

Nach unseren Ermittlungen haben Sie noch nicht Ihrer Wahlpflicht genügt. Sie wollen das sofort nachholen. Kriegsverletzten, Arbeitsinvaliden und Kranken stehen Kraftwagen zur Verfügung. Rufen Sie in diesem Falle 2224 an.

Wer nicht der Wahlpflicht genügt oder mit "Nein" stimmt, verstößt gegen die Lebensinteressen des deutschen Volkes und übt Landesverrat. Die daraus für ihn entstehenden Folgen hat er selbst zu tragen und wird er voll und ganz dafür zur Verantwortung gezogen.

Darum stimmt alle mit "Ja"

Der Ortsgruppenleiter der NSDAP

Aus Baden, Hessen und Ostsachsen wird berichtet, dass der Wahl-
dienst der NSDAP die kranken Wähler zwang, zu Hause in Gegenwart der
PO-Leute den Stimmzettel auszufüllen.

Aus allen Landesteilen wird mitgeteilt, dass ein grosser Teil der Wählerschaft in ihren Vereinen geschlossen zur Wahl geführt wurden und offen wählen musste. Mit welchen Mitteln man dabei vorging, zeigt nachstehendes Dokument aus dem Ruhrgebiet, das wir mit allen orthographischen Fehlern wörtlich wiedergeben:

"N.S.K.O.V. Stützpunkt-Ruhrort.

Am Sonntag, d. 19. August 1934 hat der Führer das Deutsche Volk zur Entscheidung aufgerufen darüber, ob das Amt des Reichskanzlers mit dem des Reichspräsidenten vereinigt werden soll.

Unser Kriegsoffer-Führer Hans Oberlindober verlangt das wir
Kriegsoffer mit unseren Familienmitgliedern am Sonntag um 8 Uhr
uns sammeln zu einem Dienstappell, und geschlossen zur Wahlurne
gehen.

Ich erwarte deshalb, das jedes Mitglied Der N.S.K.O.V. diesem Aufruf folgen wird, und am Sonntag um 8 Uhr auf dem Neumarkt mit seinen Familien angehörigen antritt. Die Blockwarte sind angewiesen, mir jedes Mitglied zu melden, welches nmentschuligt fehlt, ich werde diese säumigen Mitglieder sofort der Politischen Polizei melden.

Als Entschuldigung wird nur angenommen "Arbeit oder Bettlägerigkeit. Die Säumigkeit und Lauheit unseres Stützpunktes hat in letzter Zeit derart zugenommen, das ich die schärfsten Mahnahmen gegen diese Drückeberger ergreifen werde.

Ich hoffe, das dieser Hinweis genügen muss, und das die Anordnungen ihres Blockwartes in Zukunft Folge geleistet wird. Wer sich nicht fügt und sich im neuen Deutschland nicht unterordnen kann, gehört nicht in unseren Reihen und wird ausscheiden müssen.

StützPunkt-Oppmann Henrich."

Wie reichhaltig die Liste der Wahlflschungen ist, die zur Anwendung gekommen sind, zeigen die folgenden Berichte:

Berlin: Ein Aufruf der NSDAP eines Vorortes ist ein Dokument von unfreiwilliger Offenheit. Es hiess darin:

"Die Wahlhandlung am 19. August d.Js., die den Willen des deutschen Volkes nach der Führerschaft Adolf Hitlers in ungeheurer Wucht zum Ausdruck bringen soll, muss bis mittags 12 Uhr im grossen und ganzen abgeschlossen sein.

.....

Machen Sie bitte der Wahlleitung die Arbeit leicht und stimmen Sie bis mittags 12 Uhr M I T J A für den Führer und Volkskanzler Adolf Hitler.

.....

Heil Hitler!



Schaar

Ortsgruppenleiter der NSDAP."

In verschiedenen Fällen mussten die Whler ihre Stimmzettel am offenen Tisch kennzeichnen und einstecken. Bekannt wurde dies von einem Vorort Berlins, Dessau, Königsberg/Pr. u.a. In Königsberg/Pr. gaben die Teilnehmer an einer Sonderzug-Fahrt nach Berlin ihre Stimmen im Wartesaal ab, ohne dass Wahlzellen vorhanden waren. In Dessau stand neben dem Tisch, an dem die Stimmzettel offen zu kennzeichnen waren, ein die Whler beobachtender SA-Mann. In der Nähe von Jüterbog wurde ein Lager des Freiw. Arbeitsdienstes geschlossen zur Wahl geführt: an einem freistehenden Tisch hatten 6 - 8 Mann gleichzeitig ihre Stimmzettel fertig zu machen, wobei die Vorgesetzten beobachteten.

Die Feststellung der Wahlresultate erfolgte nahezu unter Ausschluss der Oeffentlichkeit. Nicht der NSDAP angehörende Personen vermieden es aus begreiflichen Gründen, in ihrem eigenen Stimmbezirk, in dem sie ja bekannt sind, der Auszählung beizuwohnen. Gingen sie in fremde Stimmbezirke, so geschah es häufiger, dass sie einfach hinausgewiesen wurden. In Leipzig wurde an solche "Neugierige" die Frage gestellt: "Wer hat Sie denn hergeschickt?" Blieben sie trotzdem im Wahllokal, so wurde ihnen durch das enge Umstellen der zum Auszählen der Zettel benutzten Tische durch Uniformierte und andere Pgs eine wirkliche Beobachtung nahezu unmöglich gemacht.

Brandenburg: In Forst i. Lausitz waren nach amtlicher Angabe 27.728 Personen stimmberechtigt. Davon gehen ab: 2.571 ausgegebene Stimm Scheine, bleiben 25.157 Whler. Dazu kommen 1.036 Whler, die auf Stimm Scheine in Forst abgestimmt haben, das sind 26.193 Stimmberechtigte. Es haben aber abgestimmt 26.634 Personen, also 441 Whler mehr, als überhaupt stimmberechtigt waren. Da aber die

Wahlbeteiligung nur auf 96% angegeben wird, müssen noch 1.047 Nichtwähler in Rechnung gestellt werden, sodass insgesamt 1.488 Stimmen mehr abgegeben worden sind, als Wahlberechtigte abgestimmt haben. Diese Mehrstimmen stammen zum grössten Teil von den Arbeitsdienstwilligen des FAD-Lagers bei Forst, die ohne Rücksicht darauf, ob sie schon das Wahlalter erreicht hatten, geschlossen zur Abstimmung kommandiert worden waren.

Sachsen: Aus vielen ländlichen Orten des sächsischen Grenzgebietes sowie aus dem niederschlesischen Flachland kommen Nachrichten darüber, dass das Wahlgeheimnis in der grössten Weise verletzt worden ist. Die Abstimmungszelle im Wahllokal bestand in diesen Fällen aus einem gewöhnlichen Tisch, auf welchem sich ein völlig ungenügender Aufsatz befand, der in der Regel so niedrig war, dass der Abstimmende von dem nur wenige Schritt entfernt postierten Wahlvorstandstisch aus bequem beobachtet werden konnte. Grosser Druck ist dadurch ausgeübt worden, dass sich in der Nähe dieser "Wahlzelle" stets SA-Leute aufgehalten haben, sodass der Abstimmende unter ständiger Beobachtung stand.

Ruhrgebiet: In einem Wahllokale in Duisburg stand auf dem Tisch ein Pappkarton mit der offenen Seite nach dem Vorsitzenden hin. Als die Genossin ihren Namen nannte, sah sie, dass der Vorsitzende ihr Kuvert neben den Pappkarton legte und ein anderes, das aus der Oeffnung des Pappkartons genommen wurde, einem Beisitzer gab, der dieses Kuvert in die Urne steckte, die rechts davon auf einem anderen Tische stand. Die Genossin beschwerte sich darüber, dass ja nicht ihr Kuvert, sondern ein anderes weitergegeben und in die Urne gesteckt worden sei. Der Vorsitzende entgegnete ihr, sie solle keine falschen Behauptungen machen und nach Hause gehen. Diese Frau erzählte das einem Familienangehörigen, der nun auch zur Wahl ging, doch etwas vorsichtiger war. Er wollte sein Kuvert selbst in die richtige Urne werfen, das wurde ihm nicht erlaubt. Darauf steckte er es in seine Rocktasche und verliess das Lokal. Mehrere SA-Leute folgten ihm und hielten ihn an, wählen zu kommen, was er nach den Vorkommnissen ablehnte. - Einer anderen Frau ging es nicht anders. Auch ihr Kuvert wurde auf den Tisch gelegt und ein anderes dafür in die Urne geworfen. Ihre Beschwerde wurde mit den Worten abgelehnt: "Wir kennen Sie ja und warnen Sie, falsche Behauptungen aufzustellen, sonst könnte Ihnen etwas anderes passieren." Eine Familienangehörige, die dieses mit gesehen hatte, steckte daraufhin ihr Kuvert in die Tasche und entfernte sich, Auch sie wurde von SA verfolgt und zur Wahl angehalten.

Eine Stunde später erschienen bei der erstgenannten Frau 3 SA-Leute und stiessen Drohungen gegen sie aus, warnten sie, solche Gerüchte zu verbreiten.

Der Stadtteil Essen-Oberruhr hatte 3485 Stimmberechtigte. Die Wahlbeteiligung betrug genau 100%. Es gab also keinen Nichtwähler, keiner war verreist, kein Stimmschein wurde abgegeben, darüber hinaus waren alle abgegebenen Stimmen Ja-Stimmen, keine Nein-Stimmen, oder ungültige Stimme. Ueber dieses von der Kreisleitung der NSDAP veröffentlichte Ergebnis amüsiert sich ganz Essen. Dabei ist bekannt, dass in einem Wahllokal in eben diesem Bezirk Essen-Oberruhr der Wahlvorsteher selbst 88 Neinstimmen bekanntgegeben hat.

Aber wir haben noch einen anderen Beweis dafür, wie geschwindelt wurde. Durch persönliche Beziehungen gelang es uns, durch einen Wahlbeisitzer einen genauen Bericht über die Vorgänge zu erhalten, die sich in diesem Wahllokal ereigneten. Es handelt sich hier um

einen für die Nazis günstigen Bezirk. Vor Eröffnung des Wahlaktes wies der Vorsitzende darauf hin, dass am Samstagabend eine Sitzung der Wahlvorsteher stattgefunden habe, in der von der Parteileitung die Richtlinien mitgeteilt worden seien. Er verpflichtete jeden Beisitzer über alles, was gemacht würde, strengstes Stillschweigen zu bewahren. Die Wahlhandlung verlief korrekt. Nach Schluss der Wahlhandlung wurden die Türen geschlossen; der Wahlvorstand war unter sich. Die ungültigen Stimmen wurden ohne weiteres zu Jastimmen erklärt. Einige liess man der Form halber gelten. Darüber hinaus wurden die Neinstimmen reduziert, indem man leere Zettel mit Ja ankreuzte und die Neinstimmen vernichtete. Veröffentlicht wurden 12% Neinstimmen. In Wirklichkeit waren es 25% Neinstimmen und 5% ungültige. Dieses wirkliche Ergebnis stützt sich auf genaue Beobachtungen. Die genauen Zahlen können wir nicht mitteilen, ohne unseren Gewährsmann in Gefahr zu bringen. Es handelt sich hier um einen Stimmbezirk von weit über 1000 Stimmberechtigte. Die Wahlstruktur: Beamte, Angestellte, Mittelständler und etwa 50% besser bezahlte Arbeiter.

Pfalz: In X. waren ausser den üblichen Wahlzellen Tische aufgestellt. Darauf lagen einfache Bleistifte. In den Wahlzellen waren dicke Blaustifte. Wer in diesen Zellen abstimmte, bekam hinter seinen Namen in der Liste einen blauen Strich. Man vermutete nicht zu Unrecht, dass hinter den Zellen die Nein-Sager abstimmen würden. Wie richtig diese Vermutung war, zeigt das Ergebnis eines Stimmbezirks: Nach der Stimmliste gingen 91 Personen hinter die Zelle, 82 hatten mit Nein gestimmt.

In Y. waren überhaupt keine Zellen aufgestellt. Die Leute wurden gezwungen, offen abzustimmen. Nach der Veröffentlichung soll es doch 4 Nein-Stimmen gegeben haben. Kein Mensch weiss wo sie her sind. Unsere Genossen vermuten, dass die SA diese 4 Neinzettel extra angefertigt hat, denn in dem ehemaligen roten Y., das sozialistische Mehrheit hatte, gar keine Neinstimmen, das wäre unwahrscheinlich gewesen.

In Z ging man raffinierter vor, um die Neinsager ausfindig zu machen. Kuverts und Stimmscheine waren nummeriert und diese Nummer wurde in der Stimmliste hinter dem Namen des Abstimmenden bei der Abgabe des Kuverts vermerkt.

Bremen: Bei uns hat man Stimmen als Ja gezählt, wenn der ganze Stimmzettel durchkreuzt, also offensichtlich ungültig gemacht worden war. Der Arbeitsdienst in Oberneuland bei Bremen erhielt zugeklebte Kuverts, die er nur in die Wahlurne zu werfen brauchte, das Ankreuzen wurde ihm von wohlmeinenden Führern abgenommen.

In der "Frankfurter Zeitung" wurden zwei Fälle mitgeteilt, in denen das Regime -um die Form zu wahren- das Abstimmungsergebnis für ungültig erklärt hat. Die eine Notiz vom 6. September lautete:

"Der Abstimmungsausschuss für den Wahlkreis Osthannover erklärte die Wahl in dem Dorfe Handorf (Kreis Harburg) für ungültig, weil die gesetzlichen Bestimmungen, insbesondere die Vorschriften über die Wahlzeit und die Wahrung des Wahlgeheimnisses nicht gewahrt worden seien. Der Gemeindevorsteher, der hier die Wahl leitete, hat sein Amt niedergelegt."

Unser Berichterstatter meldet über diesen Fall:

In H. haben die Einwohner bei der Wahl vom 12. Nov. 1933 mit 60% Nein gestimmt. Der Bürgermeister wird daraufhin abgesetzt. Er war gewissenhaft und korrekt und bei den Einwohnern sehr angesehen. Sein Nachfolger ist ein waschechter Nazi. Er wird am 19. August der Welt beweisen, wie sehr sich die Gemeinde unter seiner glorreichen Führung gebessert hat. Und so ordnet er an, dass die Stimmabgabe öffentlich ist. Trotzdem finden sich mutige Männer, die öffentlich mit Nein stimmen. Der Nazi-Bürgermeister nimmt keine Kenntnis davon und lässt verkünden, dass 100% mit Ja gestimmt haben. Was geschieht nun? Das Unwahrscheinliche, es wird Ereignis. Beherzte Neinsager reichen beim Landrat eine Beschwerde ein und machen aktenkundig, dass sie mit Nein gestimmt haben, der Bürgermeister jedoch ihre Abstimmung gefälscht hat. Und nun geschieht etwas scheinbar Unmögliches: der Nazi-Bürgermeister wird zur Disposition gestellt. Das Unmögliche wird Wirklichkeit, weil hinter den tapferen Neinsagern und Beschwerdeführern in Wahrheit die übergrosse Mehrheit der Gemeinde steht.

Wo man nicht ausreichend fälschen konnte, verbot man die Veröffentlichung des Ergebnisses.

Rheinland: In Korschenbroich bei M.-Gladbach wurden bei der Wahl am 19. 8. rund 54% von allen abgegebenen Stimmen als Nein und ungültige Stimmen abgegeben. Dieses Resultat kam nur deshalb zustande, weil in diesem rein katholischen Orte die Nazis in jedem Wahllokale nur einen Mann stellen konnten. Die Mehrheit bestand demnach aus Nichtnazis, das Mogen viel hier schwer. Notgedrungen musste sie also dieses Ergebnis feststellen und als amtlich bekanntgeben. Aber man wusste sich zu helfen. Man verbot eben den öffentlichen Anschlag und die Veröffentlichung in der Zeitung. So konnte man am Dienstag nach der Wahl in der Presse lesen wie wie Wahlberechtigte Korschenbroich hatte und dann folgten Gedankenstriche---

Wie das Wahlresultat zustande kam, kann man sich denken, wenn man erfährt, dass am Wahlsonntag zwischen 9 und 10 Uhr abends alle Redaktionen die polizeiliche Verfügung bekamen: örtliche Wahlergebnisse dürfen nur so berichtet werden, wie sie vom amtlichen Wahlleiter den Redaktionen zugeleitet werden. Soweit solche Nachrichten bereits gesetzt waren, mussten sie ausgestochen und eingeschmolzen werden. Strengstens verboten war es, eine vergleichende Uebersicht mit den Stimmergebnissen des 12. Nov. 33 zu bringen. Das Rheidter Tageblatt in Rheidt/Rheinl., das ein Extrablatt mit den Vergleichen vom 12. November 33 brachte, musste erleben, dass die Extrablätter beschlagnahmt und eingezogen wurden.

In Köln erfolgte Veröffentlichung der Bezirks-Wahlergebnisse nur in einem Falle. Die "Mühlheimer Zeitung" veröffentlichte für Köln-Mühlheim und Vororte diese Teilergebnisse. Diese Zeitung vom Tage nach der Wahl war bereits heraus, als die Nazis es merkten. Sie konnte nun nicht mehr angehalten werden, in der Druckerei wurden aber alle noch vorhandenen Exemplare eingestampft, der Drucksatz auseinandergenommen und in der Abendnummer standen nur noch zusammengefasste Zahlen. Die Veröffentlichung der Zahlen vom November wurde verboten. Der fertige Satz wurde ebenfalls auseinander gebrochen.

Berlin: Am Abend des Abstimmungstages hatte ein Kino in Neukölln sich einen privaten Wahldienst in der Form eingerichtet, dass es Leute in die einzelnen Wahllokale schickte, um der Auszählung beizuwohnen und das Resultat so schnell wie möglich zu übermitteln. Die so gesammelten Resultate wurden dann laufend im Kino vorgeführt. Die Sache dauerte aber nicht lange, denn als die Polizei merkte, dass immer neue Resultate kamen, die für das Regime sehr ungünstig waren, untersagte sie die Fortsetzung dieses Wahldienstes.

3.) Die Beurteilung der Abstimmung

Verschiedene Berichte stellen Untersuchungen über die Ursachen der Steigerung der Nein-Stimmen an. In verschiedenen Fällen ist es offensichtlich, dass neben den allgemeinen Ursachen auch örtliche Vorkommnisse das Ergebnis stark beeinflusst haben.

Westfalen: In Herdringen b. Hüsten war der Pfarrer verhaftet gewesen, weil er auf die Nachricht vom Tode Hindenburgs nicht sofort läuten liess. Auf 600 Wahlberechtigte entfielen 200 Neinstimmen (bei den Wahlen vor dem Umsturz hatte die KPD etwa 80 und die SPD 40 Stimmen). In Herdringen wurde auch von allen Hitlerplakaten der Kopf des "Führers" abgefetzt und ihm zu Füssen gelegt. - In Hüsten wurden 28 Prozent Nein-Stimmen ausgezählt bzw. angegeben. Als einen wichtigen Grund für dieses Ergebnis wird die Unzufriedenheit der Schützenbrüder angeführt. Die Schützengesellschaft von St. Sebastian pflegte nach altem Herkommen jährlich ein grosses Schützenfest zu veranstalten. Nichtmitglieder hatten, um an dem örtlich so wichtigen Ereignis teilnehmen zu können, Mk. 3,- Festbeitrag zu zahlen. Dieses Geld diente hauptsächlich dazu, den Schützenbrüdern während des Festes Freibier zu gewähren. Weil die Nazibonzen dieses Privileg abschafften, sozusagen als ein "altes Brauchtum" beseitigten, wurden die westfälischen Dickköpfe wild und machten für "Nein" Propaganda.

Hessen: In Sprendlingen bei Offenbach wurden 80% Nein-Stimmen abgegeben. Der Grund dafür liegt darin, dass zwei Tage vor der Abstimmung an die Bevölkerung Streuzettel verteilt wurden, in denen die sofortige Zahlung der Steuerrückstände verlangt wurde. An diesem Beispiel zeigt sich deutlich, dass die hohe Zahl der Nein-Stimmen zum Teil auf örtliche Verärgerung zurückzuführen und nicht als allgemeine politische Opposition zu werten ist.

Bayern: In Aising bei Rosenheim ist die Gemeindeverwaltung unter Führung eines jungen unfähigen Nazi völlig heruntergewirtschaftet. Die Rivalitäten zwischen den nationalsozialistischen Lokalgrößen haben zu Schlägereien geführt. Der Bürgermeister hat keine Autorität mehr. Das Aisinger Wahlergebnis zeigt, wie die Vorgänge in der Gemeinde gewirkt haben. Es gab dort 845 Wahlberechtigte, davon haben 704 von ihrem Wahlrecht Gebrauch gemacht, also sind 141 nicht zur Wahl gegangen. Die Neinstimmen betrugen nur 13, ungültige 6, Ja-Stimmen den Rest. Es sind hier also rund 18% nicht zur Wahl gegangen; ein aussergewöhnlich hoher Prozentsatz.

Der zweite interessante Vorgang, der ähnlich liegt, hat sich in Wildenwart am Sitze des Kronprinzen Ruprecht abgespielt. Dort gab es 537 Stimmberechtigte, zur Wahl gegangen sind 405, also haben 132, das sind 24% nicht gewählt. Es war bekannt, dass Ruprecht nicht

zur Wahl ging. Auch das Verhältnis der Nein- zu den Ja-Stimmen ist mit 17% dort von allen 56 Gemeinden am höchsten.

Einige Berichterstatter äussern sich allgemein über die Bedeutung des Wahlausganges, über die Zusammensetzung der Nein-Sager und die Haltung der Arbeiterschaft.

Südbayern: Wir haben mit 3 Hauptgruppen der Neinwähler und Gegner des Regimes zu rechnen. Das sind in erster Linie die Reste der Sozialdemokraten, der Bayer. Volkspartei und der Deutschnationalen. Die Kommunisten mögen wohl zugunsten der hohen Neinstimmenzahlen in den Arbeitervierteln wirken, zeigen sich aber nicht immer klar. Was hat das zu bedeuten, wenn wir es soziologisch betrachten? Das geschulte Proletariat, das die Tradition der Sozialdemokratie in sich aufgenommen hat, leistet den Ideologien des Faschismus den meisten Widerstand. Dann folgen die Katholiken, deren Stütze ihre Religion ist. Die Vornehmheit und kaiserliche Tradition der gehobenen Stände verbietet vielen einstigen Hugenbergianern dem "Anstreicher" Gefolgschaft zu leisten. Prozentual am wenigsten haben offenbar die nicht ideologisch vom Sozialismus erfassten, sondern nur radikalisierten Schichten des Proletariats, das einst den Kommunisten folgte, die Hoffnungen gerechtfertigt. Wo aber bleiben die vielen Meckerer aus dem Mittelstand, die Leute, welche früher Nationalsozialisten waren und nun sich betrogen glauben? Ihre Neinstimmen müssten sich in einem starken Abbröckeln der nationalsozialistischen Hochburgen ausdrücken. Davon ist nichts zu merken. Es kann nur angenommen werden, dass diese Menschen dem Druck erlegen sind. Was sagt uns das? Wir können sie als eine reale Kraft in unserem Kampfe gegen das Regime nicht rechnen. Haben sie schon nicht den Mut, dem Beispiel der eigentlich viel weniger meckernden Arbeiter zu folgen, so kann von ihnen erst recht nicht erwartet werden, dass sie die Kraft zu Widerstand aufbringen.

Abschliessend können wir sagen: Es ist verfehlt, wenn man auf die sogenannte Misstimmung im Volke allzuviel Wert legt. Das Murren der Geschäftsleute und vieler Nörgler hat weiter keinen Sinn. Diese Leute sind nicht bereit, etwas zu opfern. Trotzdem aber hat das Wahlergebnis bei den kritischen Beobachtern zu denken gegeben. Es ist ein Zeichen des beginnenden Widerstandes.

Ruhrgebiet: Die Auffassung, dass im Westen die Zentrumskreise die Zunahme der Neinstimmen verursachten, dürfte nur örtlich und sehr bedingt richtig sein. In Bezirken, in denen der Katholizismus überwiegt, war das zugegebene Resultat sehr oft mehr als schlecht (linker Niederrhein), während in fast rein evangelischen Gebieten des Westens, wie auch im Reiche die Nein-Stimmen viel zahlreicher sind. Man sollte sich hüten, etwa konfessionelle Gegensätze als Hauptursache zu sehen -- viel wichtiger sind die allgemeinen Verhältnisse.

Westsachsen: In unserem Gebiet muss immerhin festgestellt werden, dass die Kräfte der Gegner des natsoz. Regimes schwach gewesen sind. Immer wieder kommen Genossen, die einen guten Einblick in die Verhältnisse des Dritten Reiches haben, mit dem Hinweis, dass im allgemeinen die Arbeiter am meisten Angst vor der Abgabe der Neinstimme hatten. Bei dieser Feststellung ist weniger an die frühere Mitgliedschaft der Partei, sondern in erster Linie an die Randschichten unserer früheren Wählerbasis gedacht. Nach der Wahl hat

hat vielfach eine Renommisterei eingesetzt, niemand wollte mit Ja gestimmt haben. Diese Tatsache betrachten wir als einen Beweis dafür, dass die Zahl der Menschen wächst, die eine gewisse Scham empfinden, wenn sie sich zum Hitler-Regime bekennen.

4. Die Verfolgung der Nein-Sager.

Das Regime hat sich wiederholt dagegen verwahrt, dass es etwa die Nein-Sager verfolgen könnte. Angeblich will man sie nicht bestrafen, sondern gewinnen. Unsere Berichte zeigen, wie die Praxis dieses "Kampfes um die letzten 10 v.H." aussieht.

Baden: Kleine Geschäftsleute, darunter ein Wirt von hier, erhielten nach der Wahl ein Schreiben, worauf stand: Du hast mit Nein gestimmt, Du Schwein, zieh Deine Konsequenzen und verschwinde aus F..

Pfalz: In einem kleinen Ort, in dem drei Nein-Stimmen gefallen waren, ging am Tage nach der Wahl der Büttel mit der Ortsschelle um und verkündete: "Die drei Verräter, die gestern mit Nein gestimmt haben, sind erkannt. Die Folgen werden sie sich selber zuzuschreiben haben." Mein Gewährsmann teilt mit, am nächsten Tage seien zwei jüdische Mitbürger verschwunden gewesen. Ob sie die "Schuldigen" waren, ist nicht festzustellen; die christlichen Krämer waren aber die ihnen unwillkommene Konkurrenz bei der trotz aller Einwirkungen auch die überzeugtesten Nazi weitergekauft hatten, mit einem Schlag losgeworden.

Oberrhein: Die "Giessener Zeitung" vom 24. August meldete: Die Gemeinde der Nein-Sager.

Herdorf, 23. August. Der Landesdienst meldet: Bei der Volksabstimmung am vergangenen Sonntag hatte Herdorf (Kreis Altenkirchen) die aussergewöhnlich hohe Zahl von 798 Nein-Sagern und 110 ungültigen Stimmen. Um nun jeden Fremden, der durch den Ort kam, auf dieses ungewöhnliche Wahlergebnis aufmerksam zu machen, wurde nachts ein grosses Transparent über die Hauptstrasse gespannt, auf dem folgendes zu lesen stand: "900 Verräter hier am Ort, Verrat ist schlimmer noch als Mord, drum Wanderer halte ein und nimm Dir mit so'n Schwein, 798 Lumpen und 110 Feiglinge sind 908 Verräter!"

Niederrhein: Nach der Wahl hat Hitler gesagt, er würde die 10 Prozent Neinsager auch noch gewinnen und versöhnen. Es sind keine 14 Tage vergangen und schon zeigt sich wie diese Versöhnung aussieht. Tägliche Verhaftungen über Verhaftungen. Allein in Köln, in Düsseldorf, in M.-Gladbach usw. sind über 1.200 Marxisten verhaftet worden.

Westsachsen: In den Bezirken mit besonders viel Nein-Stimmen setzten nach der Wahl sofort Verhaftungen ehemaliger Funktionäre der SPD und KPD ein, so z.B. in Lössnitz und Knautkleeberg.

(Lichtenstein-C.Bez.Chemnitz) Nach der Wahl wurden Personen verhaftet, bei denen man vermutete, dass sie Propaganda gegen die Wahl Hitlers gemacht haben.

Hamburg: In der Siedlung Langenhorn wurden 45 Einwohnern gekündigt. Schriftliche Begründung: Da sie als frühere Marxisten für die Neinpropaganda verantwortlich seien. In L. waren über 40 Prozent Neinstimmen abgegeben worden.

II. Die allgemeine Situation in Deutschland

Die Auffassung unserer Genossen

Der politisch geschulte Mensch in Deutschland hat zum Regime immer eine andere Haltung eingenommen als die indifferente Masse in allen Bevölkerungsschichten. Dennoch war er oft nicht frei von Illusionen und leicht geneigt, die allgemeine Stimmung auf sich wirken zu lassen. Seit dem 30. Juni macht sich eine langsame Wandlung bemerkbar: Die Bereitwilligkeit, sich neuen Illusionen hinzugeben, lässt nach und macht mehr und mehr einer nüchternen Beurteilung Platz. Die Hoffnung auf die innere Zersetzung des Regimes, auf seinen Sturz durch aussenpolitische Verwicklungen wird allmählich als trügerisch erkannt und statt dessen wächst die Erkenntnis, dass die Gegner des Regimes sich in erster Linie auf ihre eigene Kraft verlassen müssen. Das sind bescheidene Anfänge des inneren Wiedererstarkens der sozialistischen Opposition, die gewiss noch nicht verallgemeinert und überschätzt werden dürfen. Immerhin zeigen unsere Berichte, dass diese Ansätze in vielen Landesteilen deutlich hervortreten.

Südbayern (Bezirksbericht): Die allgemeine Situation in Deutschland, gesehen aus meinem Berichtsgebiet, bietet folgendes Bild:

1. Es ist eine Festigung des Regimes eingetreten. Es ist richtig; der Faschismus treibt heute "reale Politik". Die Wunschträume nationalsozialistischer Phantasten sind allerdings nicht in Erfüllung gegangen, dafür haben aber die reaktionären Kräfte ein Bündnis mit Hitler geschlossen und damit die Herrschaftsform der deutschen Diktatur gestärkt. Hitler ist es vorbehalten, das Volk über diese neue Form der faschistischen Politik aufzuklären. Er unterzieht sich dieser Aufgabe mit nicht geringem Erfolg. Dabei kommt ihm die heute geradezu katastrophale politische Urteilslosigkeit der Massen zugute. Diese Neuorientierung der nationalsozialistischen Partei wird nicht ohne grosse Konzessionen an die jetzigen Verbündeten möglich sein. Hitler hat rücksichtslos begonnen, das aus seinem Wollen zu streichen, was nicht mehr in den Rahmen der Neuorientierung passt. Es ist nicht ausgeschlossen, dass in Verfolg dieses Kurses dem Volke und im besonderen dem Proletariat grosse Härten auferlegt werden müssen. Das trägt dazu bei, dass
2. die Massengrundlage des Regimes abzubröckeln beginnt. Die steigende Not wird viel Kritik gebären. Die Masse der Kritiker wird wachsen, aber ihre Kritik ist keine Kraft. Die Kritiker haben keine Führung, haben keinen einheitlichen politischen Willen, haben grösstenteils überhaupt keine Initiative. Die Massenmeinung

schwankt. In einem demokratischen Staate kann das ein bedrohliches Anzeichen einer Krise sein; Hitler ist heute so weit, dass ihn dieses Schwanken nicht mehr zu stören braucht. Er kann sich heute unpopuläre Politik leisten, weil er hinter sich den starken Arm der Wehrmacht weiss.

3. Die Masse ist im Augenblick für sozialistische Parolen nicht reif. Man stelle keine hohen Anforderungen an die politische Einsicht des deutschen Menschen. Jetzt ist die Zeit gekommen, die günstig ist für die Bildung eines kleinen sozialistischen Kerns, um den sich im Laufe der Entwicklung die vorwärtsstürmende Opposition sammelt. Die Voraussetzungen zum Sturze des Regimes und dessen Ablösung durch eine neue Macht werden sich nur sehr langsam entwickeln.

(Gruppenbericht): Wir glauben nicht an den baldigen Sturz des Regimes. Hitler wurde von Anfang an unterschätzt und uns scheint es, als ob er heute noch immer unterschätzt würde. Die Unterschätzung des Gegner ist einer der grössten Fehler in diesem Kampf.

Es ist unsere Auffassung, dass die Not steigen wird, dass der Winter eine Steigerung der Arbeitslosenziffern bringen wird, dass der Hunger viele Menschen gegen das Regime sehr kritisch werden lässt. Wir sind der Ansicht, dass aber trotzdem keine Gefahr für das Regime besteht. Die hungernden Massen greifen nicht so schnell zum Widerstand. Es können Revolten kommen, Teilstreiks können aufflammen, aber die harte Faust der herrschenden Gewalt wird sie niederhalten. Bedenken wir doch, dass ja eigentlich nicht mehr Hitler, sondern Schacht und die Reichswehr regieren, die viel mehr Garantie dafür bieten, dass das Regime eine reale Politik treibt...

Nordwestdeutschland (Bezirksbericht): Das Geraune über die Wahlfälschungen hat riesige Ausmasse angenommen. Es hebt die Stimmung. Und doch ist es eine ganz andere Stimmung als jene vor dem 30. Juni. Sie ist viel nüchterner. Die Niederlage, die die illusionären Hoffnungen grosser Schichten der Arbeiterschaft am 30. Juni erlitten haben, erweist sich als Gewinn; denn mehr und mehr befreit sich die Arbeiterschaft aus dem Glauben, dass ihr Konflikte innerhalb des Systems den eigenen Befreiungskampf abnehmen könnten. Die Zerstörung dieses Irrglaubens ist aber die Voraussetzung für die Wiedergewinnung des Glaubens an die eigene Kraft und an den beschwerlichen, sehr langsamen aber unausbleiblichen Erfolg der eigenen Kraft. Diese Wiedergewinnung der gesunden, realen Besinnung ist durch den Wahlerfolg der antifaschistischen Front gesteigert worden. Wenn sie heute auf die kommenden Schwierigkeiten des Winters blickt, dann konzentriert sich ihre Hoffnung nicht mehr auf den grossen Unbekannten - heisse er Schleicher oder anders - sondern auf die Demoralisierung der blinden Hitlergefolgschaft und die daraus erwachsende Möglichkeit der Arbeit der Antifaschisten.

(Aus dem Brief eines Arbeiters:) Hindenburg ist von uns gegangen und Adolf ist von Gott als Stellvertreter eingesetzt. Wir haben ihn nur nachträglich zu bestätigen. Viele von uns haben gemeint, nun werde der Streit zwischen den reaktionären Kräften beginnen. Wer aber kann reaktionärer sein als Hitler? Und was hat eine Militärdiktatur auf die Dauer zu bestellen? Warum denn nicht mit Hitler, der der kleine Gott von... (folgt ein besonders reaktionäres oldenburgisches Nest) ist und soviel besser benutzt

werden kann. Von der "reaktionären" Seite wird ihm bestimmt nichts in den Weg gelegt werden; denn vorläufig kann er noch alle ihre Wünsche erfüllen. Wann hätten wir soviel Soldaten gehabt als jetzt? Und wann je wurde so fieberhaft aufgerüstet?

Rheinland: (Bezirksbericht) Die sensationellen Ereignisse des Sommers haben offenbar ihren Abschluss gefunden mit der Abstimmung des 19. August. Man mag alle jene Ereignisse und die Abstimmung werten wie man will, es ist unzweifelhaft: Hitlers Macht ist vorläufig stabilisiert. Daran können alle optimistischen Berichte, die ich erhalte, nichts ändern. Es ist besser, die letzten Illusionen, besonders die über die Reichswehr, aufzugeben, als immer wieder enttäuscht zu werden. Natürlich geht die wirtschaftliche Entwicklung im Reiche bergab. Gewiss merken das alle Bevölkerungsschichten. Selbstverständlich sehen die sogenannten Wirtschaftsführer das katastrophale Ende kommen. Gerade diese Aussicht aber treibt das Bürgertum - so paradox das klingen mag - immer wieder an die Seite Hitlers. Denn man fürchtet den Bolschewismus, der nach Meinung vieler nach Hitler kommt. Man fürchtet den Sozialismus, Man hat Angst vor dem Ungewissen und vielleicht auch vor der Abrechnung. Das ist auch eine Dynamik, die der faschistischen Diktatur zugute kommt, trotz all dem Furchtbaren, das er über Deutschland gebracht hat.

Pfalz: Die Meinung von der Ablösung des Hitlerregimes durch eine Militärdiktatur hatte sich so stark durchgesetzt und die Hoffnung erweckt, das Durchgangsstadium für einen Wiederaufstieg der marxistischen Arbeiterbewegung zu werden, dass mit der Verteidigung der Reichswehr auf Hitler und die Vereinigung der höchsten Ämter auf die Person Hitlers, in diesen Kreisen grosse Enttäuschung hervorrief. Andere Kreise, die sich nie eine andere als die gewaltsame Lösung vorstellen konnten, sehen nun die Richtigkeit ihrer Meinung bestätigt und werten die erwähnten Vorgänge als eine Vereinfachung der Situation für die revolutionären Kräfte. Ueberwiegend und ziemlich einheitlich scheint allerdings die Auffassung zu sein, dass diese Kapitulation Hitlers vor der Reichswehr oder umgekehrt eine Verlängerung des faschistischen Regimes bedeuten kann.

Dass aber dieser Fortschritt in der Erkenntnis der politischen Zusammenhänge keineswegs allgemein ist, und noch vielfach andere Auffassungen herrschen, zeigen nachstehende Mitteilungen:

Baden (Bezirksbericht): Alle diese Vorgänge bringen die Volksmassen doch so langsam zur Erkenntnis, dass es abwärts geht und ein böser Winter bevorsteht. Strenge Beurteiler aus unserer Bewegung geben jedoch der Meinung Ausdruck, dass Hitler auch diesen Winter unter entsprechenden Opfern überstehen werde. Ebenso ernst zu nehmende Genossen vertreten die gegenteilige Ansicht. Es kommt eben sehr stark darauf an, aus welcher Umgebung der Urteilende kommt.

Fast durchweg wird die Meinung vertreten, dass das System abgelöst werde durch eine Militärdiktatur, in dem die Macht langsam an die Reichswehr übergeht mit starker Beteiligung konservativer Kreise und dass aus dieser Entwicklung heraus sich eine grössere politische Freiheit ergeben würde. Man sieht also die Dinge in

in guten politischen Kreisen immer noch nicht klar genug, um zu erkennen, dass die Reichswehr bereits eingeschaltet ist. Allerdings rechnet man jetzt auch nicht mehr, wie noch vor wenigen Wochen mit einem offenen Eingreifen der Reichswehr,

Sachsen: Bis zum Tode Hindenburgs war die allgemeine Auffassung: der Umschwung kommt nicht durch die Arbeiter, sondern durch die Reaktion, und es bestand eine grosse Hoffnung auf diesen Umschwung, weil die Arbeiter sich davon eine grössere Bewegungsfreiheit erhofften. Jetzt sieht man, dass die Reichswehr dem Führer unterstellt ist und glaubt, dass Hitler mit der Reichswehr etwas ganz anderes machen wird als SA und SS sich vorstellen. Die Hoffnung auf die Reaktion ist jetzt sehr gedämpft, aber noch nicht ganz erloschen. Immer noch bestehen grosse Hoffnungen auf das Ausland. Es besteht jetzt nach dem Tode Hindenburgs eine gewisse Auswegslosigkeit und ohne Frage ist eine pessimistische Wille da.

Man erwartet in wirtschaftlicher Beziehung die grosse Pleite und fragt sich: Ist es Aufgabe der Arbeiter, die Pleite wieder ebenso zu liquidieren wie nach 1918? Diese Fragestellung zeigt, dass es dem Nationalsozialismus gelungen ist, einen grossen Teil der Sozialisten, und nicht den schlechtesten, zu Nihilisten zu machen.

Die Hoffnungen auf aussenpolitische Ereignisse, die zu einem Sturz Hitlers führen könnten, sind offenbar deshalb noch immer unter den Antifaschisten weit verbreitet, weil weite Kreise der Bevölkerung in der Angst vor einem neuen Krieg leben.

Rheinland: Man hat im Volke das Gefühl, es müsse in nächster Zeit zu schweren aussenpolitischen Konflikten kommen. Unsere Genossen stehen stark unter dem Eindruck der Rüstungen des Regimes. In allen Unterhaltungen spielt das Wort "Krieg" eine erhebliche Rolle. Hinzu kommen die Reden prominentester Naziführer, die zwar das Wort "Frieden" recht oft gebrauchen, in Wirklichkeit aber durch ihren Ton und durch ihr Gebaren keinen Zweifel lassen, dass sie auf ernste aussenpolitische Abenteuer hinarbeiten.

Westsachsen: Die allgemeine Stimmung der Bevölkerung gleicht der von 1917. Von allen Seiten hört man Siegesmeldungen und weiss daher, dass sie ein sichtbares Anzeichen dafür sind, dass es wohl auf fast allen Gebieten schlechter wird. Ueberall werden die Kriegsmöglichkeiten besprochen. "So kann es sowieso nicht mehr weitergehen. Die Regierung weiss sicher, dass in absehbarer Zeit der Krieg nicht mehr zu verhindern ist, und deswillen trifft sie schon jetzt auf allen Gebieten ihre Vorbereitungen." Das Gewittergrollen am fernöstlichen Himmel ist weitesten Kreisen der Bevölkerung das einleuchtendste Argument für die Aufrüstungspolitik und für die jetzt schon stärker in Erscheinung tretende Kriegsvorbereitung auch in wirtschaftlicher Beziehung. Die Arbeiterschaft des oberen Erzgebirges glaubt den Krieg als etwas ansehen zu müssen, was in absehbarer Zeit das Hitler-System beseitigen kann.- Auf allen lastet ein unheimlicher Druck. Herbst und Winter sind im Anzug. Die Forderung auf immer eigenen Gebieten...

III. Aus der Wirtschaft

=====

1.) Allgemeines

Unsere Berichterstatter berichten uns aus allen Landesteilen regelmässig über die Entwicklung der Preise und Löhne, des Beschäftigungsstandes und Geschäftsganges. Bei dem berechtigten Misstrauen, das der amtlichen deutschen Wirtschaftsstatistik entgegengebracht wird, hat diese Berichterstattung besondere Bedeutung. Dabei ist auch auf diesem Gebiet zu beobachten, dass das so entstehende Bild der tatsächlichen Wirtschaftslage nicht ganz einheitlich ist. Immerhin kann allgemein festgestellt werden: Die Preise steigen, zum Teil beträchtlich, die Rohstoffknappheit führt zu ernststen Produktionsschwierigkeiten und macht sich allmählich auch für die breiten Käuferschichten bemerkbar, das Hamstern hält an.

Hinsichtlich der Preisentwicklung hat die "Frankfurter Zeitung" bereits Ende Mai in einer grösseren Uebersicht ("Preise im Anstieg", 27.5.) zugegeben, dass die Steigerung der Grosshandelspreise und Lebenshaltungskosten im Vergleich zu früheren Parallelerscheinungen beträchtlich ist und dass in den Indexziffern die mannigfachen unsichtbaren Preiserhöhungen - Abbau von Rabattsätzen, Festlegung von Mindestpreisen, Verschlechterung der Qualität usw. - nicht zum Ausdruck kommen. Nach dieser Uebersicht sind vor allem die Preise für Butter (vom April 1933 bis April 1934 um 28%), Eier (um 14,7%), Gemüse (um 10,4%), Fleisch (um 9,3%), Erbsen (um 39,2%) gestiegen. Diese Feststellungen betreffen aber nur die allgemeine Preisentwicklung; das Ansteigen der Preise ist in einzelnen Landesteilen noch grösser gewesen und hat sich auch in den letzten Monaten fortgesetzt. Aus Westfalen liegt eine umfangreiche Denkschrift vor, die die "Arbeitsgemeinschaft der westfälischen Industrie-, Handels- und Handwerkskammer", Hagen Mitte Mai an die Reichsregierung gerichtet hat und in der sie sich eingehend mit der Preissteigerung und ihren Folgen auseinandersetzt. Der Denkschrift sind mehrere tabellarische Uebersichten über die Preisbewegung von Lebensmitteln und Bedarfsartikeln seit dem 1. Januar 1933 beigelegt, die wir nachfolgend im Wortlaut wiedergeben:

Die Preisbewegung der wichtigsten Lebensmittel (Grosshandelspreise)

Oele, Fette und Eier	Importpreise bzw. Grossistenpreise pro Pfd. (Eier p.St.) verzollt am 1.1.33. am 1.1.34. Pfg. Pfg.	Steigerung 1.1.1933 gegenüber 1.1.1934.	Besondere Bemerkungen.	
			Die nachstehend verzeichneten a.d.Pf. berechneten Zölle, Untersuchungsspesen, Abgaben u. sonstigen regelmässigen Lasten sind in den angegebene- nen Preisen einbegriffen	
Butter	102	139	36,2 %	Zoll seit 15.11.32 = 37,5 Pfg.
Schmalz	43,8	69,1	57,7 %	Zoll u. Untersuchungsspesen betrugen 1.1.33 5,8 (vorher b. 4.7. 32 4,1 Pfg. 1.4.33 25,8 (ab 15.2.) 1.7.33 38,3 (ab 16.5.) 1.10.33 50,8 (ab 19.7.) 1.1.34 50,8
Margarine billigste	19,5	55 f.K. 27 f.H.	182 % 38,5 %	ab 27.3.1933 Kontingentierung der Produktion auf 50% d. Fa- brikationsmenge v. Okt./Dez.32 Die Preise ab 1.7.33 enthal- ten 25 Pfg. Ausgleichsabgabe auf Grund d. Ermächtigung v. 23.3.33. Lt. Verordnung v. 23.9.33. ab 1.11.33. erstmals Haush.-Margarine an Bezugsbe- rechtigte frei v. Ausgleichsabg.
Kokosfett bez. Palmkernfett	20,75	46	121,2 %	d. Preise ab 1.7.33 enthalten 25,25 Pfg. Ausgleichsabgabe und Monopolzuschlag
Speck, stark	65	82	26,2 %	Zoll am 1.1.33 10 ab 15.2.33 auton. Zoll = 18 ab 10.5.33 Vertragsz. = 10 Kontingentierte Mengen. Dazu fleischbeschauliche Gebühren ca. 8,75 Pfg.
Eier, Gewichts- klasse	7,25	10,10	39,3 %	am 1.1.33 Vertragszoll = 2,5 Pfg. ab 6.3.33 = 15 " " 11.3.33 auton. Zoll = 20 Pfg. " 10.5.33 Vertragsz. = 20 " " 1.10.33 = 15 " " 1.1.34 = 15 " stand. Eier nur noch für beste Kontingent. (1 Pfd. = ca. 9 Stück Eier)

ab 1.1.34 monopolartige Bewirtschaftung Reichsminister f. Ern. u. Landw. setzt d. Übernahme und Abgabepreise fest (§ 5 Ges. über d. Verkehr mit Eiern v. 20.12.33.)
Preisaus. hierzu vorerst noch nicht zu übersehen.

Oil (Soya) 17 40,50 138,2 %

Die Preise ab 1.7.33 enthalten 25,25 Pfg. Ausgleichsabgabe und Monopolzuschläge

Preisbewegung wichtiger Lebensmittel durch Fachschaftsbeschlüsse

	Preise am 1.1.33 p.Ztr.	Neufestsetzung d. Fachschaften ab: Preis Mk.	Preisstei- gerung ge- gen 1.1.33 %	Name der Fachschaft und Bemerkungen.
Limburger ohne Rinde	29,--	15.11. 40,--	37,9 %	Milchwirtschaftl. Verband Kempten. Preise siehe nie- drigste Grossistenpreise
Feinkostkäse 6/6 p. Schach- tel	18,--	" 20,--	11,1 %	dto.
Block-Emmen- thaler p. Bl. a 4 Pfd.	2,50	" 3,20	28 %	dto.
Tüten und Beutel	16,--	2.6. 18,75	17,1 %	Fachschaft d. Reichsverb. d. dtsh. Papierwarenfabriken Berlin. Grossistenpreise bei 10.000 kg, Bezug
Pergament- ersatz	18,375	28.11. 21,875	19 %	dto
Zwiebeln	4,70	19.1. 5,30	12,7 %	Mitteldeutsch. Zwiebelhändler- verb. Calbe/S. niedrigste Grossistenpreise b. 300 Ztr. Ladung.
Erdbeerkonfi- türen 25 Pfd.	37,50	15.10. 47,--	25,3 %	Wirtschaftl. Ver. d. Obst- u. Gemüse-Verw. Ind. Abt. Obst- konserven, Marmelade u. Pflaumenmus, Berlin.
Gem. Marmelade	25,--	15.10. 30,--	20 %	dto.

Zwetschen- latwerg	24,75	15.10.	28,--	13,1	%	Wirtschaftl.Ver.d.Obst- u. Gemüse-Verw.Ind.Abt. Obst- konserven, Marmelade und Pflaumenmus, Berlin.
Apfelgelee	28,--	"	36,--	28,6	%	dto.
Johannisbeer- gelee	35,--	"	46,--	31,4	%	dto.
Senf, lose	13,50	1.8.	24,--	77,8	%	Verband d.Senffabriken, Bln.
Plockwurst	78,--	1.12.	104,--	33,3	%	Name d. Fachschaft unbek.
Cervelatw.	82,--	"	104,--	26,8	%	dto.
Fleischsalat	37,--	15.12.	58,50	58,1	%	Reichsverb.d.dtsch.Fleisch- warenindustrie Bln. Der d. Grossisten eingeräumte 10%ige Nachlass ist bereits an den Fachschaftspreisen gekürzt. Ab 1.2.34 sollen Grossfi- lialisten mit 5% Rabatt ge- handelt werden.
Kernseife, hellgelb	14,50	15.12.	18,50	27,6	%	Vereinigung dtsch.Seifen- fabriken.
Kernseife, weiss	16,--	"	20,50	28,1	%	dto.
Schmierseife gelb,	10,75	"	12,75	18,6	%	dto.
weiss,	14,--	"	18,--	28,6	%	dto.
Toilettens.	31,25	1. 9.	38,--	21,6	%	dto.
Citronat	66,--	Jan.34	71,--	7,6	%	Wirtschaftl.Ver.Dtsch. Obst- u. Gemüse-Verw.Ind.Abtlg.4.
Orangeat	59,--	"	66,--	11,9	%	dto.
Gemüseerbsen Konserv.1/1Ds.	-,37	Anf.34	0,41	10,8	%	dto.
Junge Erbsen 1/1 Dose	0,42	"	-,48	14,3	%	dto.
Junge Erbsen mittelf.	-,54	"	0,64	18,5	%	dto.
Gemüse-Erbsen m.geschn.Karotten	-,35	"	-,42	20	%	dto.
Junge Schnitt- bohnen I.	-,34	"	-,44	29%		dto.
Junge Brech- bohnen I.	-,36	"	-,46	27,8	%	dto.

Preisbewegung wichtiger Lebensmittel (Grosshandelspreise)

	Preise am 1.1.33.	Preise am 1.1.34.	Steigerung in %	Bemerkungen
<u>Artikel mit freier Preisbildung</u>				
Haferflocken p.Ztr.	13,--	13,50	3,8 %	
Graupen, grob p.Ztr.	9,90	10,75	8,6 %	
Weizengries p.Ztr.	15,50	15,--	(3,2% Senkung)	
Weizenmehl spez.O. p.Ztr.	14,12	14,70	4,1 %	Preissteigerung ist bedingt durch amt. Festsetzung.
Bohnen, billig- ste Sorte p.Ztr.	7,--	9,40	34,3 %	Preissteigerung ist bedingt durch Zoller- höhungen (ab 11.3.33 von RM 1,20 auf RM 4,--)
Linsen, billig- ste Sorte p.Ztr.	12,75	12,50	(2% Senkung)	
Pflaumen p.Ztr.	17,80	26,--	46,1 %	Preissteigerung ist bedingt durch Zoller- höhung.
Apfelringe p.Ztr.	34,50	34,50	-, -	
Bücklinge pro Kiste a 5 Pfd. 45-48 Pfg.		80 Pfg.	66,2/3 %	
Kabliau ohne Kopf p.Pfd.	8 Pfg.	12 Pfg.	50 %	
Bratschellfisch p.Pfd.	6 Pfg.	9 Pfg.	50 %	

In der Denkschrift selbst -die im "Neuen Vorwärts" vom 19. August im Wortlaut abgedruckt worden ist - äussert sich die Arbeitsgemeinschaft zu diesen Uebersichten u.a.:

Die prozentualen Steigerungen sind so stark, dass sie den Charakter einer Teuerung annehmen.

.....
80 bis 90 Prozent der Bevölkerung dieses Gebietes erreichen an Einkommen kaum mehr als das Existenzminimum. Sie kommen als Käufer für teure Fette gar nicht in Frage. Die Haushaltmargarine zum Preise von 38 Pfg. versorgt etwa 50 bis 60 Prozent der Ruhrbevölkerung zu zwei Dritteln mit Fett. Für das eine Drittel und für die fehlenden 40 bis 50 Prozent der Bevölkerung suchen diese Bevölkerungskreise Deckung in Konsummargarine zu 66 Pfg., weil die Marken zu 98 und 110 Pfg. für sie unerschwinglich sind. Von der Konsummargarine zu 66 Pfg. wird aber nur die halbe Menge erzeugt, als an Haushaltmargarine vorhanden ist. Dadurch entsteht geradezu eine wilde Jagd nach dem bisschen Konsummargarine, die sobald sie die Läden erreicht hat - auch schon vergriffen ist. Frauen und Kinder laufen von Laden zu Laden, um irgendwo ein halbes Pfund der raren Margarine zu erhaschen. Die Folgen sind Erscheinungen, die an die Inflationszeit erinnern, indem die Hausfrauen Margarine hamstern und damit das Elend der anderen vermehren oder gar nach bekannten Rezepten aus Kokosfett, Öl, Rinderfett, Milch und einem Ei selbst Margarine kochen.

Auch für den Lebensmitteleinzelhandel wirkt sich der gegenwärtige Zustand äusserst unerfreulich aus, indem sich z.B. der Unmut der Käuferschichten in der heftigsten Weise gegen den Einzelhändler richtet, der keine Margarine im Laden hat, während sein Konkurrent vielleicht gerade zufällig mit Margarine besser versorgt ist. Vielfach machen die Margarinefabriken die Belieferung mit Konsummargarine (zu 66 Pfg.) von der Abnahme teurerer Ware zu 98 und 110 Pfg. abhängig und werden in dieser Handhabung, wie Anfragen von Firmen ergeben, durch die Reichsfettstelle gedeckt. Die Folge ist eine Verschärfung der Unterbelieferung mit Konsummargarine in den Arbeiterbezirken, wo sie am notwendigsten wäre. Dazu kommt, dass der Einzelhändler vielfach in der Festpreiswirtschaft nicht auf seine Rechnung kommt. Die ihm gelassenen Gewinnspannen sind z.T. auch durch gegenseitige Unterbietung zu gering, um die Unkosten noch zu decken. Das gilt z.B. für Margarine, Eier, Büchsenmilch etc.

.....
Im übrigen ist die Kaufkraft der Bevölkerung so empfindlich, dass die erhöhten Preise für Käse, Gemüsekonserven, Dauerwurst, Fischen u.a. m. in unserem Verbrauchsgebiet bereits zu einer systematischen Absatzverminderung geführt haben und weiter führen werden. Es zeigt sich im Ruhrgebiet, dass die Umsatzsumme im Werte annähernd für die entsprechenden Artikel die gleiche geblieben ist, dass aber die Umsatzmenge an Ware einen der Verteuerung entsprechenden Abfall erleidet. Diese Tatsache zeigt an, dass die Preise über das Kaufvermögen der Bevölkerung hinausgespannt sind. Die Landwirtschaft kann aber kein Interesse daran haben, für die Einheit ihrer Erzeugnisse gesteigerte Preise zu erzielen und damit einen Teil ihrer Ware unabsetzbar zu machen. Wir erlebten z.B., dass Käse, der nicht abzusetzen war, schliesslich zu Schleuderpreisen auf den Markt geworfen wurde. Andererseits berichten uns Einzelhandelsfirmen sowohl wie der Grosshandel, dass auf Grund der von der zuständigen Fachschaft festgesetzten Gemüsekonservenpreise so gut wie keine Abschlüsse für die nächste Ernte zustande gekommen sind, da der Handel befürchtet, die Ware zu den festgesetzten Preisen nicht absetzen zu können.

.....

Wir bitten die Reichsregierung, diese von uns vorgetragenen Gedankengänge so ernst wie möglich zu nehmen und unter allen Umständen dafür zu sorgen, dass die Quellen der Beunruhigung und damit die unsozialen Härten endlich beseitigt werden."

Wir ergänzen diese amtlichen Feststellungen durch die Mitteilungen unserer Berichterstatter aus den einzelnen Landesteilen.

Ruhrgebiet (Dortmund): In der Woche vom 29.7. bis 4.8.34 haben sich in Dortmund die Preise sehr stark erhöht. Beispielsweise sind gestiegen: Das Pfund Butter von 1.40 auf 1.54 RM., das Pfund Schmalz um 2 Pfennig, ein Pfund Rinderfett von 60 auf 78 Pfennig, ein Pfund Erbsen von 24 auf 38 Pfennig und ein Liter Öl um 5 Pfg. Es konnte festgestellt werden, dass diese Tendenz der Preissteigerung wichtigster Lebensmittel im ganzen Ruhrgebiet besteht. Die Arbeiter konsumieren in starkem Masse Hülsenfrüchte. Gerade diese weisen starke Preissteigerungen auf. Bis vor wenigen Wochen produzierten die Hausfrauen ihre Margarine selbst. Als Rohstoff diente Palmin. Nun ist dieses Fett fast vollkommen aus dem Verkehr verschwunden, an dessen Stelle wird deutsches Rinderfett verkauft, das sich für die Margarineherstellung nicht eignet.

Pfalz: Preisbewegung seit Ende Juli in Ludwigshafen a. Rhn. (Preisangabe in Reichspfennig per Pfund).

	<u>Ende Juli</u>	<u>Ende August</u>
Edamer Käse	72	80
Schmalz amerik.	88	96
Schmalz deutsch	100	110
Schmalz Flomen (roh)	80	95
Erbsen	36	40
Limburger Käse	36	40
Kunstspeisefett	68	80
Kokosfett	55	60
Ölsardinen	25	28
Graupen	26	30
Haferflocken	25	28
Gries	26	30
Butter (Süßrahm)	148	150
Gemüsenudeln	40	44
Makkaroni	40	44
Leinöl	48	60
Schweinefleisch	78	85

3 Pfd.-Laib Brot zu 40 Pfg. gibt es nicht mehr. Nur noch zu 42 und 50 Pfg. Futterartikel sind durchschnittlich um 10 - 15 Prozent gestiegen.

Baden: Hauptsächlich diskutiert wird jetzt der starke Preisaufschlag auf die Lebensmittel. Das Speiseöl wurde um 20 Pfennig pro Liter aufgeschlagen. Deutsches Fett um 10 Pfennig und amerikanisches Fett um 30 Pfennig das Pfund. Butter um 7 Pfennig, Zucker 6 Pfennig, Fleisch und Wurst sind ebenfalls um 6 bis 8 Pfennig gestiegen.

Bayern: (Rosenheim) Von einer Preisentwicklung nach oben kann man bei uns noch nicht reden. Es kommen wohl Schwankungen nach oben vor, so besonders in Butter und Kaffee, aber das hat es schon immer gegeben. Eine Verschlechterung in der Qualität der Waren ist bis jetzt noch nicht bemerkbar.

(München) In der Möbelindustrie ist ein Steigen der Preise zu beobachten. Eine Kücheneinrichtung, die noch am 1. Mai 280 Mark gekostet hat, kostet heute Mark 360,--. Ein Kubikmeter Brennholz, das früher um Mark 1,50 am Lagerplatz zu haben war, muss jetzt um 4 Mark bezahlt werden. Der Preis leicht angezogen hat bei uns Kaffee, Tee, Cacao. Malzkaffee wurde teurer, das Pfundpaket von 40 auf 45 Pfennig. Dass Butter teurer wurde, ist wohl auf die Jahreszeit zurückzuführen (Futtermangel). Warenknappheit zeigt sich bei Gummi. Das schafft Erbitterung. Aber wenn man das zu einer Propaganda ausnützen will, dann sagen fast alle; "Ja, daran ist nur das Ausland schuld, denn man boykottiert ja Deutschland von aussen." Man muss nur immer staunen, dass die Leute alles glauben, was ihnen vorgelogen wird.

(Augsburg): Die Qualität der Waren hat sich noch nicht verschlechtert. Landwirtschaftliche Produkte sind bei uns etwas teurer geworden. Eier von 7 auf 10 Pfennig, Schweineschmalz 86 auf 90 Pf., Butter-schmalz 130 auf 150 Pf.

Westsachsen: Die Preise steigen. Eier, Fleisch und viele andere Waren sind teurer geworden. So kosten z.B. 10 Pfund Kartoffeln z. Zt. (August) 65 Pfennig, während sie im Vorjahr zu gleicher Zeit 45 bis 50 Pfennig kosteten.

(Zwickau): Auf dem Gebiet der Lebensmittelversorgung machen sich ebenfalls zunehmende Schwierigkeiten bemerkbar. Nicht nur, dass die einzelnen Waren teurer geworden sind, sondern sie sind vor allem auch schlechter in der Qualität geworden. Bei Senkung der Warenqualitäten wird zwar vielfach an den bisherigen Höchstpreisen festgehalten, aber dennoch ziehen die Preise unaufhörlich an. So haben die Gemüsekonserven im Preise durchschnittlich um 20 Prozent angezogen. Die Preise für Trocken- und Schnittfrüchte sind von 55 Pfennige das Pfund auf 85 Pfennige gestiegen. Reis, Linsen, Haferflocken sind durchweg das Pfund um 10 Pfennige teurer geworden. Das Brot, bei dem zur Zeit noch eine Preiserhöhung mit Gewaltmitteln verhindert wird, ist schlechter geworden infolge der höherprozentigen Ausmahlung des Mehles.

Ostsachsen: (Dresden) Die Preise für Reis, Erbsen, Bohnen steigen, aber nur wenig. Die Bevölkerung merkt schon langsam die Preissteigerung.

(Kleiner Ort in der Nähe von Dresden) Gestiegen sind die Preise für Kupfer- und Metallwaren. Eine allgemeine Preissteigerung bei den Lebensmitteln ist nicht zu beobachten und wird auch von der Bevölkerung nicht empfunden. Im Gegenteil, das Fleisch ist vor einiger Zeit durch die durch die Trockenheit verursachten vielen Notschlachtungen sogar billiger geworden.

Schlesien: Es wird über ein ständiges Anziehen aller Lebensmittelpreise berichtet. Behördliche Bekanntmachungen untersagen zwar Preissteigerungen, halten diese Entwicklung aber nicht auf. Die Qualität des Brotes ist verschlechtert. In den Grenzorten hier wird beobachtet, dass die Bevölkerung in den tschechischen Grenzorten Brot einkauft, vor allem, weil es dort bedeutend billiger ist. Durch die Presse

geht folgende Notiz:

Verbilligte Obstmarmelade für Minderbemittelte.
Wie das Stabsamt des Reichsbauernführers mitteilt, besteht die Absicht, den bedürftigen Teil des Volkes zusätzlich zu der verbilligten Versorgung mit Fett, mit verbilligter Obstmarmelade zu versorgen. Es wird damit gerechnet, dass pro Pfund Obstmus eine Verbilligung von nahezu 8 Pfennigen eintreten wird, und es soll dafür gesorgt werden, dass dieses Obstmus unter der Bezeichnung "Obstmus" in Halb- und ganzen Kilodosen und einheitlicher Verpackung zu haben sein wird. Für das Obstmus sollen auch die Verbilligungsscheine für den Bezug von Haushaltsmargarine Geltung haben.

Die Feststellungen der Handelskammer-Denkschrift über den Warenmangel insbesondere bei Fetten werden von unseren Berichterstattern aus anderen Landesteilen bestätigt.

Nordbayern: Der Warenmangel zeigt sich nun auch in den kleineren Orten im Grenzgebiet, wo man wohl aus politischen Gründen längere Zeit auf eine bessere Versorgung der Bevölkerung bedacht war. In Schönwald, Rehau usw. bekommt man Speiseöl fast nie mehr zu kaufen. Auch mit Textilien verschiedener Art ist es so. Butter kostet Mk. 1,60 das Pfund, kann also von den Arbeitern nicht gekauft werden. Markenfreie Margarine kostet Mk. 1,10 das Pfund und ist für die Arbeiterfrauen auch zu teuer. Die verbilligte Margarine, die auf Marken abgegeben wird, würde Mk. 0,65 pro Pfund kosten. Aber es wurde bis heute noch nicht die Margarine geliefert, die auf die im Juli verteilten Marken fällig wäre. Die Leute haben also für Juli und August die Margarinemarken, aber keine Margarine. Schweinefleisch kostet Mk. 0,90 pro Pfund, Schweinefett Mk. 1,10 pro Pfund. Da die Metzger nicht genügend Schweinefett haben, Butter und markenfreie Margarine zu teuer ist, Markenmargarine aber nicht da ist, ist ein allgemeiner Fettmangel zu konstatieren.

Westsachsen: Das Warenhaus Schocken in Auerbach/Vgtld. verkauft seit Wochen so gut wie kein Fett mehr. Speiseöl wird ihm zugeteilt, es erhält jetzt monatlich so viel, als früher in einer Woche verkauft wurde. Öl wird nur noch Freitags und Sonnabends verkauft. Jeder Käufer erhält nur ein halbes Kilo. Früher kostete es 50 Pfg., jetzt Mk. 1,20. Auch Margarine gibt es sehr selten und nur in der teuren Qualität. Das Kilo Butter kostet Mk. 3,20.

Ueber die Bedeutung der Rohstoffknappheit für die Textilindustrie gewährt ein Rundschreiben interessante Aufschlüsse, das ein Möbelfabrikant im Mai an seine Kollegen versandt hat. In diesem Schreiben heisst es:

Ich komme eben zurück von der Vertretersitzung des Ueberwachungsausschusses für Wolle, in der der katastrophale Ernst im ganzen Wollgewerbe immer deutlicher zutage tritt.

In den letzten Wochen hatte ich Gelegenheit, eine grössere Reihe unserer Abnehmer zu sehen und war entsetzt über den Optimismus, der wegen der Wollversorgung überall herrscht. Dieser Optimismus basierte auf Mitteilungen unserer Herren Kollegen, die teils noch grosse Lager besitzen, teils noch grosse Rohstoffmengen abgeschlossen hatten.

Wie falsch diese Auffassung ist, mag aus folgenden Ausführungen hervorgehen, die ich nur in grossen Zügen infolge meiner Schweigepflicht geben kann.

1.....

2. Einzelne Zahlen darf ich nicht angeben, nur die effektiv bekannten Zahlen, dass im Monat März die Devisenanforderung für Wolle allein 52 Millionen betrug gegen 20 Millionen in Normalzeiten. Die Anforderungen für Baumwolle sind noch grösser. Diese Steigerungen der Einfuhr basieren auf dem grossen Arbeitsbeschaffungsprogramm der verschiedenen Bekleidungsarten, deren Herstellung ja nur successive abgebaut werden soll.

3. Wäschereien, Kämmereien und Spinnereien haben, veranlasst durch die Reichsbank, schon im vorigen Jahre auf Ziel gekauft. ... Für Bewirtschaftung dieser Kategorien, genannt Rohwolle, stehen für Juli 11,5 Millionen zur Verfügung, die Fälligkeiten des Monats Mai betragen weit mehr.

Nach eingehender Beratung wurde beschlossen, die Ehre des Kaufmanns über den Vorteil zu setzen und diese Summen zu benutzen zur Zahlung der Maiforderung. Es soll nur eine gewisse Reserve gehalten werden zur Förderung des Exports. Die Ausländer, von denen gestern wieder verschiedene Kommissionen in Berlin waren, haben deutlich erklärt, dass sie nicht gewillt sind, Deutschland weiter zu beliefern, ehe die Warenschulden bezahlt wären, auch in Deutschland befindliche Lager zu sperren oder zurückzurufen.

4....

5....

6. Wenn ich vorstehende Ausführungen zusammenfasse, so ist damit zu rechnen, dass wir in absehbarer Zeit keine Rohstoffe mehr bekommen, also sämtliche Firmen der Textilindustrie, sofern sie auf Wolle oder Baumwolle angewiesen sind, auf Liquidation arbeiten müssen, denn die Reichsbank, die wie bekannt, schon starke Zahlungseinstellungen dem Ausland gegenüber durchgeführt hat, hat eindeutig erklärt, keinen Pfennig weiter für Devisen genehmigen zu wollen.

7. Den Herren Möbelstoff-Fabrikanten, die am Eisenbahnplüschgeschäft dritter Klasse beteiligt sind, möchte ich mitteilen, dass auf Anforderung an Stoffen oder Wolle im Einverständnis mit dem Ministerium die Bewilligung rundweg abgelehnt wurde. Die Eisenbahn ist an die Reichsbank verwiesen worden, wo sie nach Ansicht der Sachverständigen auch keinen Erfolg haben wird, sodass anzunehmen ist, dass die Polsterung der dritten Wagenklasse zurückgestellt wird.

8....

In einer Zeit, wo das Haus brennt, streitet man sich nicht um die Kosten einzelner Zimmereinrichtungen, sondern man rettet, was zu retten ist. Ich stehe rein persönlich auf dem Standpunkt, dass einstweilen die Verhandlungen abgebrochen werden und nur jedes Mitglied verpflichtet werden soll, seine noch vorhandenen Vorräte so vorteilhaft wie möglich zu verkaufen, also keine Unterbietung der jetzigen Preise vorzunehmen.

Mit kollegialem Gruss "

Unsere Berichterstatter vervollständigen diese Darstellung der Rohstoffschwierigkeiten folgendermassen:

Niederrhein: Die Lage der Gladbach-Rheydter Textilindustrie hat über ihren diejährigen saisonellen Rücklauf eine starke Verschlechterung erfahren. Allgemein darf in der Textilindustrie nicht länger als 36 Stunden gearbeitet werden. Viele Betriebe führten die 24stündige Arbeitswoche ein. - Noch schlechter ist die Lage in der Konfektionsindustrie. Nachdem die Konjunktur auf Grund der braunen Uniformbestellungen abgeklungen ist, arbeitet die Konfektionsindustrie durchschnittlich nur noch ein und zwei Tage wöchentlich.

Augsburg: Infolge des grossen Mangels an Rohbaumwolle helfen sich die einzelnen Baumwollspinnereien bzw. Spinnwebereien mit Rohbaumwolle aus. In letzter Zeit wurde verschiedentlich beobachtet, dass Lastwagen einzelner Firmen Baumwollballen beladen zu anderen Firmen fahren. In den Sortierabteilungen der einzelnen Spinnereien wurde es in der letzten Zeit mit den Mischungsverhältnissen der einzelnen Baumwollsorten (ostindische-amerikanische) nicht mehr genau genommen, weil die Vorräte einzelner Baumwollsorten zur Neige gehen. Darunter leidet die Qualität der Garne.

Westachsen:

Auerbach/Vgtld. Wegen Rohstoffmangel und Rückgang der Auslandsaufträge sind die Gardinenfabriken von Carl Nottrott & Co. A.-G., Landmann & Helbig und die Teppichweberei stillgelegt. Ca. 500 Arbeiter wurden entlassen. Die Gardinenfabriken Hermann Kroll & Co., arbeiten mit ungefähr einem Sechstel ihrer früheren Belegschaften zwei und drei Tage in der Woche. In den Wäschefabriken sind nur wenige Leute mit den Vorarbeiten beschäftigt, denn die Steppereiarbeiten werden als Heimarbeit vergeben.

Reumtengrün, Rebesgrün und Umgebung (Vogtland): Hier stehen seit Wochen alle Automatenstickmaschinen still.

Falkenstein/V.: Wegen Rohstoffmangel hat der grösste Betrieb, die Gardinenweberei und Bleicherei, die Betriebsstilllegung beantragt. Die Betriebe der mechanischen Bunt-Gardinenfabriken arbeiten in der Woche nur einen Tag.

Wilkau bei Zwickau: Die Kammgarnspinnerei Dietel stellte 350 Arbeiter und Arbeiterinnen die Kündigung zu. Die Spinnerei Silberstrasse lässt die dritte Schicht der Belegschaft ausfallen. Entlassungen stehen bevor.

Zwickau: Die Baumwoll- und Kammgarnspinnereien arbeiten seit Wochen verkürzt, zuerst vier Tage und neuerdings nur noch drei Tage. Auch hier erwartet man in den nächsten Wochen Entlassungen.

Ostsachsen:

Die Textilfabrik Rabe in Löbau stellt wegen Rohstoffmangel den Betrieb ein. 400 Mann werden dadurch arbeitslos.

Die Devisenzuteilung auch in kleineren Mengen gestaltet sich immer schwieriger. Eine Autoreparatur-Anstalt in X. konnte das Ersatzteil für eine ausländische Maschine im Werte von Mk. 15,- nicht erhalten, weil ihr die Devisenausfuhr genehmigung versagt wurde. Erst nach dem zeitraubenden und mit Unkosten verbundenen Umweg über eine besondere Betriebsvertretung in Berlin war es der Auto-Reparaturwerkstatt möglich, das gewünschte Ersatzteil zu erhalten.

Pfalz: In der Schuhindustrie wird der Mangel an Leder, Gummi und Schuhfutter immer fühlbarer. Futterleder ist 60% teurer geworden und sehr rar. Es mussten schon Aufträge annulliert werden wegen Mangel an exotischen Ledern und Creppgummi. Die grossen

Betriebe sind noch eingedeckt und arbeiten stark auf Lager, teils aus Angst vor einer Rationierung der Ledervorräte, teils aus Inflationsfurcht.

Aus allen Landesteilen wird berichtet, dass das Hamstern fortgesetzt wird. Die Mehrzahl der Berichterstatter ist der Auffassung, dass die Ursache dafür weniger in einer Inflationsfurcht zu suchen sei - die Periode der Inflationsangst liegt schon einige Monate zurück - als in der Sorge vor der Rohstoffknappheit.

Berlin: Inflationsangst ist bei der grossen Masse der Bevölkerung zur Zeit nicht vorhanden. Die Hamsterkäufe erklären sich vor allem aus der Sorge, dass die Rohstoffversorgung Deutschlands unterbunden werden könnte. Bezeichnend ist aber, dass z.B. ein grosses Bankhaus seinen Kunden, insbesondere Unternehmern rät, ihre Reserven nicht in Rentenpapieren, sondern in Aktien anzulegen.

Sachsen (1. Berichterstatter): Die Hamsterei hat auch in den ländlichen Bezirken noch nicht aufgehört. Es werden vor allem Anzugstoffe gekauft. Es wird aber auch sehr viel eingekocht und eingelegt. Daraus erklärt sich auch die ungeheure Zunahme der Beeren- und Pilzsammelei in den Wäldern. In den letzten Monaten ist diese Hamsterei etwas zurückgegangen, weil der grösste Teil der Bevölkerung sich schon mit dem Notwendigsten eingedeckt hat.

Diese Hamsterei ist nicht so sehr aus Furcht vor der Inflation oder aus Angst vor einem Kriege entstanden, sondern aus der Vorstellung, dass keine Rohstoffe mehr hereinkommen. Die eigentliche Inflationsfurcht, die vor einigen Monaten stark zu beobachten war, ist jetzt wieder abgeklungen.

Südbayern:

(Allgäu): In einer Textilfabrik in Kempten werden bereits Anzugstoffe aus Holzfasern angefertigt. Das spricht sich natürlich im Volke herum, und so kauft halt jeder noch alte Stoffe. Eine Inflationsfurcht besteht bei uns nicht, doch gibt es viele Leute, die glauben, dass im Herbst ein Staatsbankrott kommt. So flüchtet man in die Sachwerte, was sich besonders auf dem Häusermarkt auswirkt.

(Augsburg): Die Leute kaufen viel Gummiwaren und auch Stoffe. Ein Mann, der gar kein Auto hat und nie eines haben wird, hat sich für sein Ersparnis 5 Autoreifen gekauft. Er will damit spekulieren. Augsburger Textilreisende nehmen zur Zeit für bestimmte Stoffe bei ihren Kunden keine Aufträge mehr entgegen. Die hiesige Textilindustrie arbeitet bereits an Ersatzstoffen. Dass das kleine Volk die wahnwitzigsten Gerüchte weiterträgt, ist in dieser Zeit der Unruhe nicht verwunderlich. Merkwürdig ist, dass kaum jemand für diesen Zustand die Regierung verantwortlich macht. Man glaubt da an den bösen Feind.

Pfalz: Die Inflationsfurcht äussert sich ziemlich stark in Vorratskäufen aller Art, aber auch Land ist stark begehrt. Die Nähe des Saargebietes hat es auch vielen Leuten ermöglicht, ihr Spargeld in Franken auf den Namen Verwandter anzulegen.

Sachsen (2. Berichterstatter): Inflationsfurcht besteht in allen Bevölkerungsschichten. Dies äussert sich vor allem darin, dass Viele versuchen, ihr Geld im Ausland anzulegen. Ander wieder kaufen sich Stoffe und andere Waren, die sie liegen lassen können.

Die allgemeine Aktivität der amtlichen und halbamtlichen Stellen gegen die Preissteigerungen, die vor allem im Mai und Juni zu beobachten war, hat scheinbar etwas nachgelassen. Tatsächlich sind die Behörden weiter in dieser Richtung tätig. Die Preisüberwachungsstelle bei der Regierung in Düsseldorf hat auf Grund der Faserstoffverordnung hohe Geldstrafen gegen Firmen verhängt, die für Textilien höhere Preise gefordert hatten, als in der Zeit vom 1. bis 21. März 1934 erzielt wurden. Auf Veranlassung des Reichskommissars für die Vieh-, Milch- und Fettwirtschaft, wurden die Fleischpreise in allen Fleischereien Berlins auf den Stand vom 1. August zurückgeführt. (Meldungen der "Frankfurter Zeitung" vom 13. und 15. September) -Der bayerische Wirtschaftsminister Esser gibt bekannt, dass die unter der Leitung des bayerischen Preiskommissars Dr. Zahn (Präsident des Statistischen Landesamt in München) stehende bayerische Landespreisstelle als die für Bayern zuständige Preisüberwachungsstelle im Sinne der §§ 1,2, der Verordnung gegen Preissteigerung vom 15. 5. 1934 eingerichtet ist. Aus dem Ruhrgebiet geht uns folgendes aufschlussreiches Rundschreiben zu:

FACHGRUPPE SCHNEIDWAREN UND BESTECKE
IN DER WIRTSCHAFTSGRUPPE EISEN- UND METALLWAREN- INDUSTRIE

Dienststelle: Solingen, Hauptstr. 211, Ruf S.A. 226.61

Solingen, den 14. Sept. 1934

Rundschreiben Nr. 2/34.

Betrifft: Wirtschaftssabotage.

Der Führer der Wirtschaft erlässt folgendes Rundschreiben:
"Die Firma August Rommel, Mineralölprodukte, Frankfurt/M., hat am 20. Juli 1934 nachstehendes Rundschreiben an ihre Geschäftsfreunde geschickt:

"Betr. Maschinenfette etc.

Im Falle Sie einen weiteren Bedarf in Consistenzfetten aller Art für die nächsten 6 Monate voraussehen, empfehle ich, denselben ohne Aufschub zu den heutigen Einheitspreisen und Bedingungen zu sichern. In der Tat sind die zur Herstellung benötigten Rohstoffe, namentlich in Fettsäuren, in letzter Zeit im Preise erheblich gestiegen. - Ueberdies stammen fast alle Rohstoffe für die Fettfabrikation aus dem Ausland, sodass eine Heraufsetzung der heutigen Verkaufspreise in Kürze nicht mehr abzuwenden ist. Es soll mich freuen, wenn Sie sich diesen Hinweis zunutze machen und erwarte ich gern Ihre alsbaldige Disposition.

Mit bester Empfehlung
gez. Aug. Rommel."

Die Firma ist dem Geheimen Staatspolizeiamt zur Anzeige gebracht worden. Das Geheime Staatspolizeiamt teilt unter dem 13. 8. 34 zu diesem Vorgang folgendes mit:

"Ich habe die Staatspolizeistelle Frankfurt/Main angewiesen, die noch vorhandenen Rundschreiben zu beschlagnahmen, den Firmeninhaber ernstlich zu verwarnen, sowie ihm zu eröffnen, dass er im Wiederholungsfalle mit Inschutzhaftnahme zu rechnen habe.

Ich bitte, ohne Einzuziehung der Presse durch vertrauliche Bekanntgabe sämtliche Branchen darauf hinzuweisen, dass derartige Rundschreiben in Zukunft als ein staatsfeindliches Verhalten betrachtet und dementsprechend verfolgt werden."

Ich bitte, unter Beobachtung des Hinweises des Geheimen Staatspolizeiamtes für vertrauliche Bekanntgabe bei den nachgeordneten Organisationen Sorge zu tragen.

Heil Hitler!
gez. Graf v. d. Goltz."

Das Rundschreiben des Führers der Wirtschaft ist mir von der Wirtschaftsgruppe Eisen- und Metallwarenindustrie zugegangen. Ich mache darauf aufmerksam, dass dieses Rundschreiben vertraulich zu behandeln ist. Eine Benachrichtigung der Presse ist untersagt.

Heil Hitler!

Für die Richtigkeit
Der Leiter der Dienststelle

Der Führer
der Fachgruppe Schneidwaren und Besteck
in der Wirtschaftsgruppe Eis-en- und
Metallwarenindustrie

gez.: Dr. Bachteler.

gez.: Franz Lauterjung

Aus Südbayern (Rosenheim) wird folgender Fall berichtet:

Das Schweinefleisch kostete früher 75 Pfennige. Nunmehr ist es auf 90 Pfennige das Pfund hinaufgeklettert. In einer Fleischhauerei stehen einige Frauen und geben ihrer Entrüstung über diese Teuerung Ausdruck. Dazwischenhinein spricht man auch ein bisschen über den Metzger und seinen Verdienst. Der Metzger setzt sich zur Wehr und erklärt den staunenden Hausfrauen, dass der vorgeschriebene Verkaufspreis für Schweinefleisch im Schlachthaus mit 92 Pfennigen angeschlagen sei, dass er mithin sogar noch unter dem Preis verkaufe. Uebrigens mache er die Frauen aufmerksam, dass die letzte Heraufsetzung des Fleischpreises keine Teuerung sei, sondern nur ein Zuschlag, der durch die Marktregelung bedingt sei. Wenn jemand über Teuerung spreche, so habe er das Recht, diesen der Polizei zu melden. Niemand dürfte von Teuerung, sondern nur von Zuschlag sprechen. Das Teuerungsgespräch im Laden war abgebrochen.

Die Arbeitsschlacht

Wir haben in diesen Monatsberichten seit Mitte Mai das Erlahmen der Arbeitsschlacht verfolgt und die neuen Methoden beobachtet, die die alten abzulösen begannen. Jetzt ist die Entwicklung in ein denkwürdiges Stadium getreten: von der Arbeitsschlacht ist nicht mehr die Rede, dafür aber umso mehr vom Arbeitsaustausch und hinter diesem Wandel des amtlichen Sprachgebrauchs verbirgt sich eine tiefgreifende Aenderung der Zielsetzung im Kampf gegen die Arbeitslosigkeit: Im Stadium der Arbeitsschlacht kam es den Nationalsozialisten noch darauf an, die Arbeitslosen in Arbeit zu bringen; im Stadium des Arbeitsaustausches kommt es ihnen nur noch darauf an, sich die Arbeitslosen vom Halse zu schaffen - statistisch und finanziell. Das ist das gemeinsame Ziel all der entscheidenden Massnahmen wie der verschiedensten Methoden der Arbeitsstreckung, der Verhängung von Zuzugssperren über Grosstädte, der Kampf gegen die Schwarzarbeit, der Pflichtarbeit der Wohlfahrtserwerbslosen, des Landjahres der Schulentlassenen, des hauswirtschaftlichen Jahres für junge Mädchen und vor allem der zwangsweisen Entfernung möglichst vieler Jugendlicher aus ihren Arbeitsstellen.

Dass in den letzten Monaten in zunehmendem Masse Notstandsarbeiten wegen Erschöpfung der Mittel eingestellt werden mussten, wird seit einiger Zeit auch in den amtlichen Verlautbarungen der Reichsanstalt für Arbeitsvermittlung und der Landesarbeitsämter zugegeben. Unsere Berichterstatter melden aus allen Landesteilen, dass insbesondere im Bauhandwerke nach Beendigung der Reparaturzuschüsse erneut wachsende Arbeitslosigkeit zu beobachten ist - sofern nicht Kasernenbauten neue Beschäftigungsmöglichkeiten eröffnen. Entlassungen bei den Autostrassenbauten werden berichtet aus München (Autobahn Los I), Baden (Strecke Mannheim-Heidelberg) und Ostpreussen. Am Autostrassenbau in Dresden - Kemnitz, wo am 21. März der Reichsstatthalter Mutschmann den ersten Spatenstich getan hat, wird auch heute noch nicht gearbeitet.

Nordwestdeutschland: Ebenso charakteristisch sind die Vorgänge auf dem Gebiete des Strassenbaus. Die Arbeiten wurden in Angriff genommen, solange viele Arbeitskräfte ohne grösseren Kapitaleinsatz beschäftigt werden konnten. Die Notstandsarbeiter verdienten im besten Falle Mk. 10,- pro Woche über den jeweiligen Unterstützungssatz. Der wirklich ausgezahlte Mehrbetrag war jedoch wesentlich geringer, denn es gingen ja Sozialversicherungsbeiträge,

Steuern etc. ab. Trotzdem werden auch diese Arbeiten infolge der öffentlichen Finanznot in wachsendem Masse eingestellt, sobald sie über das erste Stadium der Vorarbeiten gediehen sind und bei ihrer Weiterführung ein grösserer Kapitalaufwand für Material etc. notwendig ist. In diesem Stadium sind jetzt auch die Arbeiten an der Autostrasse Buer-Gladbeck-Sterkrade-Oberhausen eingestellt worden.

Schlesien: Von der Arbeitsschlacht spricht man fast nicht mehr. Ein grosser Teil der Arbeiten, wie Kanalisationen, Strassenherstellung, sind beendet oder eingestellt. In den mittelschlesischen Städten haben nur noch die Bauarbeiter gute Beschäftigung, da überall grosse Kasernenbauten ausgeführt werden.

An die Stelle der bisherigen Notstandsarbeiten treten Zwangsverschickungen, Pflichtarbeit, und das Arbeitshaus. Glücklicherweise, die, die bezahlte Arbeit leisten dürfen. Wie schwer aber auch ihr Los ist, zeigt ein Bericht aus Aachen:

Am 6. August kam es vor dem Arbeitsamt zu einem grossen Auflauf. 100 verheiratete Männer sollten an ihre neue Arbeitsstelle, dem Rurtalsperrenbau (Nebenfluss der Maas) bei Heimbach abtransportiert werden. Die Frauen protestierten durch Rufe wie: "Das ist ja schlimmer wie bei den Wilden" oder: "Das ist ja Sklaveerei." Ein an diesen Arbeitsplatz geschickter Genosse sendet folgenden Bericht: "Wir müssen 40 Stunden arbeiten und erhalten als Lohn 53 Pfg. die Stunde. Der Bruttoverdienst beträgt also in der Woche Mk. 21,20. Die Abzüge betragen: Krankengeld Mk. 1,10
für 5 Tage Essen 6,30
" Schlafen 1,--
Fahrgeld 1,10
Abzüge zusammen: Mk. 10,40

Ein Verheiratete erhält also Mk. 10,80, ein Lediger nur Mk. 9,90. ausgezahlt. - Die Verpflegung sieht so aus: Morgens 2 geschmierte Stullen, dazu etwa 1 Pfd. trockenes Brot und einen Becher Kaffee. Mittags: warmes, nicht besonders gutes Essen. Abends: einen Teller Suppe von dem, was mittags übrig bleibt und ein Stückchen harte Wurst, aus der das Wasser herausläuft, wenn man sie im Spind hat. Das Essgeschirr muss mit kaltem Wasser von uns selber gewaschen werden. Geschlafen wird in Baracken wie beim Kommiss. Die Arbeit ist schwer; es herrscht das Antreibersystem. Im Lager sind SA-Wachen.

Vorige Woche gingen wir mit Mk. 7,- nach Hause. Den Krach kannst Du Dir denken. Die Stahlhelmer waren die Schlimmsten.

In vielen Fällen aber muss Pflicht- und Zwangsarbeit ohne jede Entlohnung, allenfalls gegen Aushändigung von Gutscheinen geleistet werden.

In Augsburg hat man jetzt eine Zwangsarbeiterkolonne zusammengestellt. Diese arbeitet im Haunstätterwald an einem Schiessstand. Die Leute bekommen ausser ihrer regulären Unterstützung keine weitere Zulage. Die Arbeitszeit ist täglich 4 Stunden.

In Hirschberg (Schlesien) müssen die Wohlfahrtsunterstützungs-Empfänger wöchentlich 40 Stunden arbeiten, ohne dass ihnen zur Unterstützung ein Zuschlag gezahlt wird.

Pfalz: Grossen Umfang hat überall die Pflichtarbeit der Wohlfahrts-erwerbslosen angenommen. Die Arbeitszeit schwankt zwischen 8 und 40 Stunden. Meistens wird nur die gegen früher erheblich gekürzte Unterstützung gezahlt. In den Städten werden Zulagen von 2 bis 5 Mark pro Woche geleistet. Gearbeitet wird an Sportplätzen, Strassen-ausbesserungen, Siedlungsbauten, Bachregulierungen und Reinigungen usw. Hier ist auch heute noch die Kritik am schärfsten und die Zahl der hier Beschäftigten ist deshalb sehr stark zurückgegangen, weil sich die Leute besser stehen beim Holzsammeln, Beerenlesen oder anderen kleinen Gelegenheitsverdiensten. Zum Teil entstand in den Familien ungeheure Not, die sich darin äussert, dass in einem Umfange wie nie, Schutthaufen und Marktreste nach verwertbaren Abfällen durchsucht werden. Auch der Hausierhandel hat sich zu einer unerträglichen Plage ausgewachsen.

Rheinland: Auf dem Duisburger Flughafen wurden von 1.800 Beschäftigten in der vorigen Woche 1000 Mann entlassen, weil zuviel Bedarfs-deckungsscheine ausgegeben waren. Die Beschäftigten waren Notstands-arbeiter, die einen Teil ihrer geringen Entschädigung in Bedarfs-deckungsscheinen erhielten. Die Stadt Duisburg kann mangels Mittel die Scheine bei den Kleinhändlern usw. nicht mehr einlösen und musste deshalb die Entlassungen vernehmen.

In welcher traurigen Lage sich diese Pflichtarbeiter befinden, zeigt besonders deutlich ein Schreiben des Wohlfahrtsamtes von... stadt (bereits in der "Deutschen Freiheit" im Wortlaut veröffentlicht). In diesem Schreiben (die Stadt kann aus Sicherheitsgründen nicht näher bezeichnet werden) heisst es:

"Zu der vom Wohlfahrtsamt gewährten Unterstützung von monatlich Mk. 16,- für Miete und Mk. 7,- in bar wird Ihnen die Möglichkeit gegeben, an 6 Tagen der Woche Pflichtarbeit zu leisten, wobei Sie ausser monatlich Mk. 5,- in bar täglich ein warmes Mittagessen und 1 Gutschein für Vesper erhalten. Der notwendigste Lebensunterhalt ist damit sichergestellt. Sollten Sie glauben, mit dieser Unterstützung nicht auskommen zu können, bieten wir Ihnen Unterbringung in einem Arbeitshaus an."

Das Arbeitshaus -ein Spezial-Konzentrationslager für Arbeitslose- ist die neueste Errungenschaft in der gewaltigen Durchbruchsschlacht gegen die Arbeitslosigkeit. Die "Frankfurter Zeitung" meldet:

Die Stadtverwaltung Stuttgart, die den Grundsatz, an arbeitsfähige und hilfsbedürftige Personen Unterstützung nur gegen Arbeitsleistung zu bewilligen, schon im letzten Jahre einfuhrte, hat neben den bisherigen Arbeitsstellen, in denen bereits etwa 1.500 Unterstützungs-empfänger Pflichtarbeit leisten, in Göttingen bei Freudenstadt eine weitere Arbeitsstelle, als "Lager für geschlossene Fürsorge" errichtet. In diesem mit Zustimmung des Innenministeriums errichteten Lager sollen solche Empfänger von Wohlfahrtsunterstützung beschäftigt werden, von denen angenommen

wird, dass sie nach Arbeitswillen, Betragen oder nach ihrer ganzen Einstellung den Weg zur Volksgemeinschaft nicht gefunden hätten und mit denen zusammenzuarbeiten den Pflichtarbeitern der Stuttgarter Arbeitsstellen nach Ansicht der massgebenden Stellen nicht zugemutet werden könne. Der erste Transport ist bereits ausgewählt und soll demnächst abgehen."

Die Aufgabe des Arbeitsplatz austausches stellt der Präsident der Reichsanstalt Dr. Syrup folgendermassen dar (Deutscher Volkswirt Nr. 50, S.2230):

"Der Erfolg der Arbeitsschlacht ist sicher in erster Linie den jüngeren Arbeitern und Angestellten zugute gekommen. Sie sind gegenüber den älteren Jahresklassen wesentlich bevorzugt worden. Die Anordnung vom 28. August 1934 will innerhalb der Betriebe das natürliche Gleichgewicht in den Altersklassen wieder herstellen. Ist dies erreicht, so hat sie ihren Zweck erfüllt und kann aufgehoben werden."

Diese Argumentation stützt sich auf eine statistische Untersuchung der Reichsanstalt vom August über den Altersaufbau der Erwerbslosen. Diese Untersuchung kam zu dem Ergebnis, dass die Zahl der Arbeitslosen im Gefolge der Arbeitsschlacht in der Altersgruppe zwischen 18 und 25 Jahren um 67,6% abgenommen habe, in der Altersgruppe zwischen 25 und 40 Jahren dagegen nur um 4,3%. Selbst wenn man die Statistik als zuverlässig unterstellte, bewiese sie noch lange nicht, dass die Arbeitsschlacht "in erster Linie den jüngeren Arbeitern und Angestellten zugute gekommen" ist. Sie beweist nur - was sich auch aus unserer Berichterstattung immer wieder ergeben hat - dass in erster Linie die Jugendlichen mit allen Mitteln aus der Zahl der anerkannten Erwerbslosen ausgeschieden worden sind: durch Abschiebung in den Arbeitsdienst, die Landhilfe, die Reichswehr, aber auch durch Streichung der Unterstützung und Aberkennung der Erwerbslosen-Eigenschaft, wenn der Vater in Arbeit stand usw. Dieses Verfahren, auf dem schon bisher der Haupterfolg der Arbeitsschlacht beruhte, soll nun in geordneten Bahnen fortgesetzt und auch auf die noch im Betrieb befindlichen Jugendlichen ausgedehnt werden. In geordneten Bahnen, weil Einwirkung "anderer Stellen" - also vor allem der NSDAP - streng verboten sind und bei der Aktion mehr als bisher auf die Rentabilität der Betriebe Rücksicht genommen werden soll. Angeblich soll eine Entlassung von Jugendlichen erst dann erfolgen, wenn ihr Unterstützung im Arbeitsdienst, in der Landhilfe oder in der Hauswirtschaft gesichert ist.

Unsere Berichterstatter melden uns:

Thüringen (Jena): Alle jugendlichen, ledigen Arbeiter, die noch im Betrieb stehen, haben über die deutsche Arbeitsfront Mitteilung erhalten, sich unverzüglich beim Arbeitsdienst zu melden und ihre Arbeitsstellen Verheirateten zu überlassen. Im Oktober würde der freiwillige Arbeitsdienst sowieso Pflicht, dann müssten alle ein Jahr dienen, während sie jetzt nur ein halbes Jahr zu dienen brauchen. Die Arbeitsfront macht den Jugendlichen den freiwilligen Arbeitsdienst dadurch schmackhaft, dass sie verspricht, jedem Arbeitsdienstler pro Woche ein Taschengeld von einer Mark extra zu gewähren. Unter dem Druck der Unternehmer haben sich bereits viele Jugendliche gemeldet. Beobachtet konnte aber werden, dass für die entlassenen Jugendlichen keine Verheirateten eingestellt wurden. Ein Teil der Jugendlichen wehrt sich mit allen Kräften gegen die Eingliederung in den Arbeitsdienst und von ihnen sind Aussprüche wie: "Lieber auf Walze als zum Arbeitsdienst" keine Seltenheit.

Ostsachsen (Dresden): In einem Textil-Grossbetrieb mit 600 Beschäftigten sind im Juli 8 jugendliche Arbeiter unter 25 Jahren auf Grund der Aufforderung von Regierungsstellen entlassen worden. Diese 8 Arbeitsplätze der jugendlichen Arbeiter wurden aber nur durch die Einstellung von 2 älteren Arbeitern ausgefüllt.

Westachsen (Oberes Erzgebirge): Am 1. September mussten eine grosse Anzahl Jugendlicher auf angeblich 1 Jahr in die Arbeitsdienstlager einrücken. Die ganze Aktion ging genau so vor sich, wie bei den Rekruteneinrückungen zur wilhelminischen Zeit. Während man zunächst der Meinung sein konnte, dass die Arbeitgeber dieser Massnahme kritisch gegenüberstehen würden, weil sie doch dadurch billige Arbeitskräfte verlieren, wird von gegenteiliger Wirkung berichtet. Unter den Einrückenden befinden sich eine ganze Reihe SA-Leute, die in den einzelnen Betrieben den Ton angegeben haben, die entweder von der Arbeit zu irgendwelchen Übungen wegliefen, oder, wenn sie im Betrieb blieben, übermüdet waren. Die Arbeitgeber getrauten sich nicht, gegen diese Burschen aufzutreten. Jetzt wird ihnen durch den Arbeitsdienst die Gelegenheit geboten, derartige Betriebsschwierigkeiten abzustellen.

Schlesien: Das Austauschgesetz, das die Räumung der Arbeitsplätze von Jugendlichen verlangt, wird ganz verschieden gehandhabt. Ein Teil der Unternehmer wendet die Bestimmung zu Gunsten der Jugendlichen im Betrieb an, andere wieder führen sie rigoros durch. Die Ofenfabrik Göbel in Hirschberg, hat Anfang September 40 junge Arbeiter unter 25 Jahren, darunter einige weibliche, entlassen und ihnen anheimgestellt, sich beim Arbeitsdienst zu melden. Von verschiedenen Seiten wird auch berichtet, dass den Leuten gesagt wird, sie sollten in die Reichswehr eintreten.

Brandenburg: Die Einziehung aller jungen Leute bis zu 25 Jahren zum Arbeitsdienst, auch wenn sie im Betrieb stehen, wird praktisch mit absolutem Zwang durchgeführt.

3.) Der Arbeitsdienst

Der Freiwillige Arbeitsdienst ist in Nürnberg zum erstenmal 52.00 Mann stark in streng militärischer Form vor die Öffentlichkeit getreten. Diese Form der Herausstellung hatte offensichtlich einen dreifachen Zweck:

1. Der FAD sollte als Gegengewicht gegen die SA wirken.
2. Die Anziehungskraft des FAD auf die Jugend sollte gesteigert werden, insbesondere dadurch, dass
3. sein Charakter als Reservearmee unterstrichen wurde.

Reichsarbeitsführer Hierl hat vor dem Parteikongress erklärt, dass die Vorarbeiten für den Uebergang zur Arbeitsdienstpflcht abgeschlossen sind, und Hitler hat in seiner Rede vor den Arbeitsdienstlern diesen Uebergang in Aussicht gestellt (Durch Eure Schule wird die ganze Nation gehen!) Offenbar stehen aber auch der blossen Erweiterung des Freiwilligen Arbeitsdienstes immer noch grosse finanzielle Schwierigkeiten im Wege. Hierl meldete in Nürnberg, dass im ganzen Reiche 230.000 Arbeitsdienstlern angetreten seien. Das ist noch immer dieselbe Zahl, auf die der FAD nach vorübergehender Ausweitung im Jahre 1933 zurückgeschraubt worden ist.

Ueber die Zustände in den Lagern entnehmen wir unseren Berichten:

Westsachsen:

Thalheim. Das Lager ist im ehemaligen Arbeiter-Turn- und Sportheim untergebracht und besteht aus 180 Mann. Das Essen ist schlecht. Der Leiter des Lagers und der Koch des Lagers sind Säufer. Die Arbeitsdienstler werden mit Bau-, Strassen- und Steinbrucharbeiten beschäftigt. Während der Arbeit und im Lagerdienst sind Ohrfeigen Erziehungsmittel für widerspenstige Arbeitsdienstler. Es ist vorgekommen, dass wegen 2 Minuten Zuspätkommen 8 Tage Arrest oder 2 Sonntagswachen ausgeworfen wurden.

Arbeitsdienstlager in Neukirchen bei Chemnitz: Das Lager ist ein Barackenlager und befindet sich auf dem ehemaligen Arbeiterturnplatz. Die Beköstigung der Arbeitsdienstler lässt sehr zu wünschen übrig. Käfer und Haare im Essen sind keine Seltenheit. Butter als Brotaufstrich kennen die Arbeitsdienstler so gut wie nicht! Beschwerden beim Arbeitsamt sind aber zwecklos und viel zu gefährlich. So dreckig es den Arbeitsdienstlern geht, so gross sind die Saufgelage der Führer. Neuerdings ist im Lager der Befehl gegeben worden, vom Exerzieren keine photographischen Aufnahmen zu machen. Von Zeit zu Zeit wird auch das Handgranatenwerfen geübt.

Arbeitsdienstlager Crottendorf: Das Arbeitsdienstlager ist in der Fabrik von Belger untergebracht. Von den Arbeitsdienstlern wird ein grösseres Sumpfgelände trocken gelegt. Die Landwirte, durch deren Felder sich der sogenannte Heidebach zieht, müssen durch Umlage einen Teil der Kosten für die Trockenlegung des Ge-

länden aufbringen. Darüber sind die Landwirte sehr empört, weil nach ihrer Meinung die Arbeitsdienstler zu wenig leisten.- Im Lager selbst herrscht ein stark pfäffischer Geist. Der Ortspfarrer Petzold versucht immer wieder, die Dissidenten im Arbeitslager für die Kirche zurück zu gewinnen.

Leipzig: In den Arbeitsdienstlagern wird allgemein über mangelhafte Verpflegung geklagt. Besonders schlimm ist es in den Lagern bei Groitsch und Lützscha. Meutereien werden brutal unterdrückt und die meuternden Arbeitsdienstler erhalten den Prozess. Die letzten Aufmärsche des Arbeitsdienstes beweisen, dass die militärische Ausbildung immer mehr in den Vordergrund rückt.

Auerbach i.V.: Eines Tages gab es Linsensuppe als Mittagssmahl und natürlich ohne Speck und Rauchfleisch. Aber da stand auch schon in grossen Buchstaben mit Kreide an der schwarzen Tafel, auf der Bekanntmachungen usw. veröffentlicht werden, geschrieben: Wo bleibt der Speck! Einige Tage darauf bei der Dienstaussgabe forderte der Lagerkommandant den zweiten Zug auf, wer unzufrieden sei, solle vortreten. Darauf fassten sich eine grosse Zahl der Arbeitsdienstler ein Herz und traten vor. Am anderen Tage waren diejenigen, die man als Rädelsführer vermutete, bereits auf dem Transport ins Konzentrationslager. Die anderen aber, wie der ganze 2. Zug überhaupt, sind in andere Arbeitsdienstlager versetzt worden.

Ostsachsen:

Seit Mai besteht praktisch für die jungen Arbeitslosen ein Zwang zum Eintritt in den Arbeitsdienst. Aus Sachsen sind die jungen Leute nach Ostpreussen, Pommern, Mecklenburg und auch nach Bayern (Berchtesgaden) verschickt worden. Die Verpflegung wird als gut bezeichnet, aber über die Behandlung klagt man sehr. Es wird so gut wie gar nicht mehr gearbeitet, sondern nur noch exerziert. In den Arbeitslagern Geising, Heidelberg-Neuhausen wird der Arbeitsdienst mit dem Infanteriegewehr 98 ausgebildet. Es finden regelrechte Felddienstübungen statt. Ganze Läger sind mit Rädern einer Fabrik ausgerüstet und werden als Bewegungstrupps ausgebildet. Die Stimmung in den Lagern hängt sehr stark von der Zusammensetzung der Arbeitsdienstler ab. Soweit es sich vorwiegend um Grossstadtjugend handelt, sind die Leute sehr unzufrieden. Ein Arbeitsdienstler schrieb aus dem Lager an Verwandte folgende Zeilen: Die Sache ist grosser Anschiss, ich habe Urlaubssperre für unbestimmte Zeit, weil ich 2 Stunden zu spät nach Hause gekommen bin, aber wir vergessen nicht, woher wir gekommen sind. Ein anderer Arbeitsdienstler, der entlassen werden sollte, wurde vom Lagerführer gefragt: Nun, jetzt sind Sie doch kein Marxist mehr? - Nein! - Jetzt sind Sie doch sicherlich Nationalsozialist durch und durch? - Antwort: Ja, bis auf die Knochen, dann kommt Marx! Der Mann erhielt 2 Tage Arrest.

Mitteldeutschland: Die Stimmung unter den Arbeitsdienstlern ist sehr gedrückt. Der disziplinäre Zwang, dem sie alle Eigenwünsche unterordnen müssen, verleidet ihnen den Dienst gründlich. Innerhalb der letzten drei Monate sind aus einem Lager rund zweihundert junge Saarländer nach und nach abgerückt, "als geheilt entlassen" worden.

Brandenburg: Das FAD-Lager in Guben ist sehr gut und gilt als eines der besten in Deutschland. Im FAD-Lager Deicho sind 2.000 Mann untergebracht. Eine zeitlang waren dort viele Hamburger, die aber so viel Krach gemacht haben, dass sie sehr bald wieder

abgeschoben werden mussten. Es kommt in den Lagern oft zu Reibereien, aber die Stimmung ist sehr verschieden. Während der Dürrezeit wurde sehr über schlechtes Essen geklagt, seitdem sind die Klagen in der Hauptsache verstummt. Im grossen und ganzen beklagen sich diejenigen jungen Leute nicht, die als Arbeitslose von zuhause nichts Besseres gewöhnt waren.

Pommern: In den Arbeitsdienstlagern ist die Verpflegung fast überall sehr schlecht. Ueber den Dienst ist nicht allzuviel laut geworden in letzter Zeit. Das einzige: Im Arbeitsdienstlager Strasburg/Uckermark haben die Arbeitsdienstfreiwilligen mit Maschinengewehren und Stahlhelmen geübt.

Hamburg:

(Aus einem Brief) Wir haben hier nämlich augenblicklich einen sehr schweren Stand. Ich habe nach Hause nichts von alledem geschrieben und werde es auch nicht tun, um Mutter nicht zu beunruhigen, aber Euch will ich es mitteilen, damit Ihr wenigstens wisst, wie es hier zugeht. Mit einem Wort, wir bekommen hier sehr miserabel zu essen. Wir haben bis jetzt nur gemurrt und Einzelbeschwerde gemacht, aber nur mit dem Erfolg, dass unser Stubenältester, den wir in unserem Namen zum Lagerführer geschickt hatten, 4 Wochen Urlaubssperre bekommen hat. Also, wer sagt, er hat Hunger, kriegt Urlaubssperre. - Letzten Sonnabend gaben sie uns den Rest. Wir bekamen sonst über Sonntag 1/2 Pfund Butter und ein viertel Pfund Wurst. Davon müssen wir Sonnabendabend, Sonntag den ganzen Tag und Montag für die Arbeit mit auskommen. Jetzt sollen wir nur noch 90 Gramm Schmalz, 50 Gr. Marmelade und 120 Gr. Wurst haben für dieselbe Zeit. Das konnten wir uns natürlich nicht gefallen lassen. Wir waren uns darüber klar, dass wir energisch dagegen angehen müssen. Heute morgen war es dann soweit. Als der Lagerführer uns wie gewöhnlich einen guten Morgen wünschte, stand er vor einer stummen, grauen Wand. Keiner, bis auf zwei Mann, die wir uns gemerkt haben, erwiderte den Gruss. Dann trat einer der Kameraden vor und sagte, dass wir Hunger haben und nichts mehr zu essen hätten. Hieraufhin liess er uns wegtreten und innerhalb 10 Minuten hatten wir etwas zu essen. Wie die Dinge weiterlaufen, ist noch offen, jedenfalls wird er sich, wie er schon sagte, die Leute ansehen, die Urlaub einreichen.

Baden: Die Stimmung des Arbeitsdienstes ist ausserordentlich kritisch. Wie der aktive Soldat der Vorkriegszeit über das Soldatsein schimpfte, so macht es jetzt der Arbeitsdienstler fast ohne Ausnahme, nur etwas kräftiger. Die Disziplin ist in der letzten Zeit bedeutend lockerer geworden. Ein Beispiel hierfür gibt Mannheim. Es war eine Besichtigung, die schlecht ausfiel. Der Inspekteur setzte dafür Strafe an, und zwar Urlaubssperre für Samstag und Sonntag. Hierüber waren die örtlichen Instanzen beleidigt und erklärten den Leuten, sie sollen sich verdrücken und am Sonntag wieder kommen.

Der Arbeitsdienst ist nichts anderes wie Militärsersatz. Die meiste Zeit wird mit Exerzieren zugebracht. Der Spaten tritt an Stelle des Gewehrs, mit ihm werden Gewehrgriffe geklopft, präsentiert. Mit dem Spaten zieht man auf Wache. Beim Marsch: Militärgepäck, Spaten geschultert.

Schon 8 Wochen vor dem Nürnberger Parteitag wurden die Arbeitsdienstler schwer gedrillt, um für den Aufmarsch marschfähig zu sein. Der Mannheimer Arbeitsdienst musste 8 Tage vor dem Parteitag einen 50 Kilometermarsch mit 25 Kilo Gepäck und geschultertem Spaten durchführen. Auf dem Rückmarsch waren die Leute völlig erschöpft. Die Kolonnen waren

Südbayern:

(Rosenheim) Der hiesige Arbeitsdienst, der 216 Mann stark ist, beginnt mit der Regulierung der Inn-Altewässer. Die Bevölkerung begrüsst diese Arbeiten. Die Stimmung im Arbeitslager ist wie einst beim Militär. Man fügt sich eben dem Zwang. Es wird eigentlich ziemlich offen dort über die Misstände gesprochen, doch darf der Leiter nichts davon hören.

Das schwierigste Problem für den Arbeitsdienst ist die Frage: was wird aus den Leuten nach Ableistung ihres Dienstjahres? Man verspricht den Eintretenden nach Schluss des Dienstjahres eine Arbeitsstelle und stellt den Ausscheidenden einen Arbeitspass aus. Praktisch setzt man aber alle Hebel in Bewegung, um die Leute entweder in der Landwirtschaft oder bei der Reichswehr unterzubringen. Unsere Bericht-erstatte r melden:

Schleswig-Holstein: Mit dem Arbeitspass versehene Jugendliche versucht man unter Drohung des Unterstützungszuges als Landhelfer abzuschieben.

Baden: Wer aus dem Arbeitsdienst herauskam, dem wurde nicht etwa die Arbeit vermittelt, sondern er wurde der Landhilfe zugewiesen. Wer die Ueberweisung nicht annahm, wurde als Saboteur der Aufbauarbeit bezeichnet und ihm erklärt, dass er keinerlei Anspruch auf Arbeitsvermittlung mehr habe. Unterstützung hatten sie sowieso nicht bekommen.

Westachsen: Auf der anderen Seite werden die, die schon ein Jahr im Arbeitsdienst waren, aus den Lagern entlassen. Sie erhalten, wie das schon in vielen Fällen geschehen ist, zwar einen Arbeitspass, aber keine Arbeit und sie müssen also wieder zum Arbeitsamt, das nun mit allen Raffinessen einen Grund sucht, um den Arbeitsdienstlern keine Unterstützung zuteil werden zu lassen.

Rheinland: Neuerdings werden alle Leute, die im Arbeitsdienst tätig und tauglich sind, auf ein Jahr in die Reichswehr eingestellt. Aus dem Branderlager bei Aachen wurden dieser Tage 45 Mann zwecks Einreihung in die Reichswehr untersucht, vierzig wurden als tauglich befunden. Sie sind bereits abtransportiert worden.

Es hat den Anschein, als ob in Zukunft der Uebergang ausscheidender Arbeitsdienstler in die Reichswehr besondere Bedeutung bekommen wird. Die umfangreichen Kasernen-Neubauten, die aus allen Landesteilen gemeldet werden, lassen ebenso darauf schliessen, wie der immer stärker hervortretende Charakter des FAD als einer militärischen Ausbildungstruppe.

4. Handel und Gewerbe.

Bauern und Mittelständler wetteifern heute darin, wer am besten schimpfen kann. In diesen beiden Bevölkerungsschichten hatte Hitler den frühesten und stärksten Anhang, diese beiden Schichten sind heute die unsichersten und widerspenstigsten Glieder seiner Gefolgschaft. Das liegt daran, dass sowohl der Bauer als auch der Mittelständler fast ausschliesslich durch egoistische, materielle Erwägungen in die Arme Hitlers getrieben worden war. Politisch viel weniger geschult und zugleich viel mehr engstirnig-materialistisch eingestellt als die Arbeiterschaft sind Bauern und Mittelständler begierig und kritiklos den hemmungslosen Versprechungen nachgelaufen, die die Nationalsozialisten an jede Bevölkerungsgruppe ausgeteilt haben. Jetzt sind sie enttäuscht, weil diese Versprechungen nicht erfüllt werden. Diese Enttäuschung, und nicht irgend eine politische Erwägung, bestimmt ihre Haltung zum Regime. Dass die Konsumvereine nicht aufgelöst sind, dass die Warenhäuser noch bestehen, dass noch immer Steuern gezahlt werden müssen, das sind die Angelpunkte ihrer Kritik. Ein Berichterstatter aus Sachsen drückt das sehr plastisch aus, wenn er sagt:

Unter den Handel- und Gewerbetreibenden ist nach wie vor grosse Misstimmung darüber, dass die Nationalsozialisten ihre Versprechen wegen der Auflösung der Konsumvereine usw. nicht gehalten haben. Viele dieser Gewerbetreibenden haben früher bei dem jetzt aufgelösten "Kampfbund des Mittelstandes" sehr hohe Kampfbeiträge (Mk. 20 - 30.- monatlich) gezahlt und wollen jetzt etwas sehen für ihr Geld. Es kommen Redner, die mal für und mal gegen die Auflösung der Konsumvereine sprechen und der Streit kommt nicht zur Ruhe.

Ein anderer sächsischer Berichterstatter äussert sich:

Im Mittelstand beruht die Misstimmung vor allem auf der Nichterfüllung der Steuerversprechungen. Die Steuereintreibung ist nie so rücksichtslos gehandhabt worden wie jetzt. Ein Beispiel: In einer grösseren Gastwirtschaft in Y.. brüstete sich der Leiter einer Arbeitsdienstkapelle dem Gastwirt gegenüber mit seinen Beziehungen zur Kulturkammer und zu Goebbels. Darauf platzte der Gastwirt heraus: Nun, wenn Sie zu Herrn Goebbels Beziehungen haben, dann sagen Sie ihm doch einmal, dass es mit der Steuerwirtschaft so wie bisher einfach nicht mehr weitergeht, daran gehen wir ja kaputt ... dann hielt er plötzlich inne und fügte hinzu: Aber da habe ich wohl schon zu viel gesagt.

Der Kampf um die Warenhäuser geht weiter. In Chemnitz hat die Stadtverwaltung den Warenhäusern Schocken und Tietz die Schankkonzession entzogen, so dass sie ihre Erfrischungsräume schliessen mussten. Umgekehrt liegen die Dinge in München. Unser Berichterstatter meldet:

Das grosse Kaufhaus Uhlfelder in München hatte bereits vor dem März 33 das nebenan liegende Kaufhaus des Konsumvereins München-Sendling käuflich erworben. Uhlfelder war gerade zur Zeit der Machtergreifung Hitlers daran, die baulichen Umänderungen vorzunehmen. Da kam der Beschluss der nationalsozialistischen Stadtverwaltung, dass die Erweiterung des Kaufhauses Uhlfelder zu unterbleiben habe. Uhlfelder, der Jude ist, musste die üblichen Demonstrationen über sich ergehen lassen. Man proklamierte den Boykott. Anfänglich schien der Geschäftsverkehr bei Uhlfelder nachzulassen. Bald aber waren die Hemmungen der Bevölkerung wieder überwunden und man ging wieder zu Uhlfelder, weil eben dort billige Ware zu bekommen war. Und heute, nach einem Jahre erhielt Uhlfelder die Genehmigung, seine Geschäftsräume zu erweitern. Der Betrieb bei Uhlfelder ist wieder zu gewohnter Höhe angewachsen, der einstige Widersacher der Kaufhäuser und Konsumvereine, der Führer des Kampfbundes für Handel und Gewerbe in Oberbayern, Sturm, sitzt in Dachau. Die NS-Hago hat so gut wie keinen Einfluss mehr auf die Entwicklung.

Noch gründlicher haben sich die Nationalsozialisten in ihrem Verhältnis zu den Konsumvereinen umgestellt. Dass sie jetzt mit allen Mitteln versuchen, den Abgang der alten Mitglieder aufzuhalten, hat wahrscheinlich seinen Grund auch in militärischen Gesichtspunkten. Die Konsumvereine haben schon im Krieg für die Lebensmittelversorgung der Grossstädte eine wichtige Rolle gespielt. Deshalb glauben die Nazis sie einfach nicht entbehren zu können. Die Mittelständler wollen das natürlich nicht begreifen.

Nürnberg: Die Firma des Konsumvereins Nürnberg-Fürth ist geändert in "Verbrauchergenossenschaft Nürnberg-Fürth". Aufsichtsratsvorsitzender ist der Nazi-Reichstagsabgeordnete Gradl von Nürnberg. Stellvertretender Direktor ist der Schwiegersohn des Gradl, namens Fuss. Selbstverständlich mit eigenem Dienstauto. Die Schwägerin des Pg. Holz, Frä. Sill, ist Kontrollorin über die Kontrolloren, auch mit eigenem Dienstauto.

Jetzt wird in grossen Propagandaversammlungen der kolossale Wert, den die Konsumvereine für die deutsche Volkswirtschaft haben, besonders als Preisregulator, aber auch als Finanzträger, (die Steuerleistungen werden jetzt bei Heller und Pfennig genannt), dargelegt. Auf einmal sind die den Marxisten geraubten "Fremdkörper der deutschen Wirtschaft" die wichtigsten Grundpfeiler des Steuergebäudes des Dritten Reiches.

Diese Nazipropaganda erregt natürlich den Hass der Mittelständler, die in der NS-Hago zusammengeschlossen sind. Das gibt das schönste Durcheinander an den verschiedenen Orten, je nachdem, ob der Einfluss der Konsumvereine auf die Nazibonzokratie stärker ist, oder der der NS-Hago. In Nürnberg-Fürth ist der Einfluss des Konsumvereins stärker. Da er eignete sich z.B. folgendes:

In dem unweit von Nürnberg liegenden Städtchen Cadolzburg hatten die Nazi-Mittelständler (also NS-Hago) am Ortseingang an zwei starken Baumasten ein grosses Transparent anbringen lassen mit der Aufschrift:

Kauft nicht im Warenhaus!
Kauft nicht im Konsumverein!

In Cadolzburg hat der Nürnberger Konsumverein eine Filiale. Sofort telefonierte ein Cadolzburger Pg. an den Konsumverein Nürnberg und teilte die neueste NS-Hago-Propaganda mit. Dieser erstattete sofort dem Pg. Karl Zeiher Bericht, dem Landesbeauftragten der NSDAP für die Konsumvereine in Bayern. Dieser Zeiher fuhr sofort mit dem Auto nach Cadolzburg zum Bürgermeister und verbat sich diese Schweinerei. Der Bürgermeister musste sofort in Anwesenheit des Zeiher die beiden Masten umlegen lassen. Erst als das geschehen war, fuhr Zeiher nach Nürnberg zurück.

In Nürnberg sehen sich die Mittelständler überall gegenüber dem Konsumverein benachteiligt. Die unter Papen von Hugenberg eingeführten Fettkarten für die Wohlfahrtsunterstützungsempfänger, konnten nur vom Privathandel eingelöst werden, d.h. der Konsumverein war praktisch vom Verkauf dieses verbilligten Fettes ausgeschlossen. Auch das ist seit langem geändert. Man kann sich die Stimmung der Nürnberg-Fürther Metzgermeister, denen das Nörgeln über den Konsumverein angeboren ist, ungefähr vorstellen.

Grosse Teile des Kleingewerbes waren in den letzten Monaten, infolge der Reichszuschüsse zu den Hausreparaturen, gut beschäftigt. Aber die bewilligten Zuschüsse wurden nur sehr schleppend ausgezahlt und noch heute - nachdem die Arbeiten längst erledigt sind und neue Aufträge nicht mehr erteilt werden - sind die Handwerksmeister zum grossen Teil noch ohne Geld. Die Klagen darüber sind allgemein, wie übereinstimmende Berichte aus dem Rheinland, der Pfalz, aus Berlin, Sachsen und Hannover zeigen.

Die Lage des Einzelhandels sollte durch die Einzelhandelssperre gebessert werden. Aber, obgleich diese Sperre bis zum Jahresende verlängert worden ist, bestehen die Klagen über den schlechten Geschäftsgang fort. Wir greifen einen Bericht aus Nordwestdeutschland heraus:

Ein Lebensmittelgrossist, Inhaber eines grossen westdeutschen Unternehmens dieser Branche, gibt eine Darstellung vom Nahrungsmittelkonsum der Bevölkerung und von der Geschäftslage bei Gross- und Kleinhändlern. Durch die Devisenbestimmungen ist ein Zweig der Branche fast ganz vernichtet. Kaffee, Kakao, Tee und ähnliche ausländische Artikel verschwinden immer mehr aus dem Absatz. Der Geschäftsumfang und die Verdienstmöglichkeiten werden dadurch stark eingeschränkt. Den Zusammenbruch zahlreicher Unternehmungen kann vorausberechnet werden. Aber auch der Absatz inländischer Produkte sinkt katastrophal. Der Einzelhändler kann dem Grossisten nicht termingemäss zahlen, da gute, langjährige Kundschaft auf Pump "kauft". Die elenden Löhne und Unterstützungen reichen nur zum Einkauf geringster Qualitäten und Quanten Lebensmittel. Es ist üblich geworden, dass für 5 Pfg. Zucker, Sirup, Mehl, Salz, Oel usw., meistens von Kindern, geholt wird. Der Kleinhändler weiss nicht, wie er solche Hungerquanten abgeben soll, wie er dabei noch etwas verdienen kann, da z.B. ein Pfund Zucker 46 Pf. kostet. Familien, die früher drei Heringe zum Abendessen kauften, kaufen jetzt einen. Dazu kommt die starke Knappheit an Margarine und Kartoffeln. Diese Händlerschichten sind sehr niedergeschlagen, untereinander fluchen sie das Hitlersystem, haben aber nun erst recht Angst vor dem Bolschewismus.

Unter diesen Umständen ist es verständlich, dass Kleinhändler und Gewerbetreibende für die NS-Hago keine Begeisterung mehr aufbringen können. Schon seit Monaten laufen Berichte darüber ein, dass die NS-Hago die grössten Schwierigkeiten habe, ihre Mitglieder zur Erfüllung ihrer Beitragspflichten anzuhalten.

IV. Aus den Betrieben.

Wie auf den meisten Gebieten zeigt die Berichterstattung auch aus den Betrieben ein sehr unterschiedliches Bild. Neben Betrieben, deren Belegschaften noch völlig passiv und verängstigt sind, gibt es andere, in denen schon wieder ziemlich offen gesprochen werden kann. Während in vielen Betrieben die Furcht vor dem Verlust des Arbeitsplatzes und der Terror der Nationalsozialisten die Arbeiter immer wieder einschüchtern, begehrt die Arbeiterschaft in einzelnen Fällen auf und setzt ihren Willen durch. Dieses Aufbegehren hat aber noch keine allgemeinen politischen Beweggründe, sondern ist fast immer die Reaktion auf einzelne Betriebsvorgänge, insbesondere starke Lohnkürzungen. - Den einzelnen Betriebsberichten schicken wir wieder einige allgemeine Beobachtungen voraus.

Ruhrgebiet: Die ehemals sozialistischen Arbeiter stehen in passiver Treue zu uns. Der Nationalsozialismus vermag sie innerlich nicht zu gewinnen. Ihr Hass gegen die Nazis ist stark. Jedoch der Betriebsarbeiter riskiert nichts. Wer Arbeit hat und sei sie noch so schlecht bezahlt, will sie unter allen Umständen behalten. So beschränken sich unsere Arbeiter meist auf mündliches "Miesmachen" und "Kritikastern". Auch bei ihnen, wie bei den altorganisierten Arbeitern anderer Gebiete, zeigt sich offene Schadenfreude, wenn die Nazi versagen. Sie liegen nach Feierabend regelmässig am Rundfunk und hören der Reihe nach Strassburg, Luxemburg und Prag ab. Moskau wird wenig gehört, weil es "zu langweilig" wäre.

Die indifferente Arbeiterschaft - und sie stellt gerade im Ruhrgebiet die Mehrheit dar - ist noch immer grösstenteils hitlergläubig. Der Umstand, dass durch die "Arbeitsbeschaffung" Arbeitslose in wenn auch noch so schlecht bezahlte Arbeit gekommen sind, hat sie sehr beeindruckt. Sie trauen Hitlers "schneller Entschlusskraft" zu, dass er, wenn er "richtig informiert" wird, eines Tages das Steuer über Nacht zu ihren Gunsten herumwerfen wird. Als nach der "Abstimmung" vom 19. August neue Gesetze, die aus Führermund angekündigt waren, nicht herausgegeben wurden, - Gesetze von denen sie, ohne eine Ahnung ihres vermittelichen Inhaltes zu haben, annahmen, sie besserten ihre Lage - da war die Enttäuschung wieder gross. Merkwürdigerweise setzt man in diesen indifferenten Arbeiterkreisen auch Hoffnungen auf Dr. Ley, der wegen diesem und jenem Kraftwort als ein vorläufig leider durch böse Mächte verhandelter Arbeiterbeglückter gehalten wird. Dabei wissen die Leute durchaus, dass diese Arbeitsfrontorganisationen keine Gewerkschaften im alten Sinne mehr sind, dass die Organisationen kaum noch einen Ueberblick über ihre wahre Mitgliederzahl haben und dass die Vertrauensräte feige Hunde sind, von denen kaum einer wagt, den "Betriebsführer" auch nur anzusprechen. Gewisse Auflehnungen kommen auch mal vor. So wollte der Berg-

arbeitervorband vor vierzehn Tagen im Dortmunder Stadion "Rote Erde" 100.000 Mann zu einer Kundgebung zusammenholen. Das Fahr-
geld sollte vom Lohn abgezogen werden. Es kam zu Protesten auf
vielen Zechen, so dass man von dieser Massnahme absah. Ergebnis
war, dass höchstens 35.000 Mann in der "Roten Erde" zusammenge-
trieben werden konnten. Auf Zeche "Hansa" u.a. meldeten sich nur
2 Prozent freiwillig.

Baden: Die Stagnation und Gleichgültigkeit der Belegschaften,
die in den letzten Monaten festzustellen war, ist ein klein wenig
gewichen. Es kommen bereits einzelne Fälle schwachen Widerstandes
vor. Die Bewegungen sind aber recht schwach. Die Möglichkeit, durch
eine Einwirkung früherer, gewerkschaftlicher Art, stärkere Forde-
rungen der Belegschaften auf lohnpolitischem und sozialpolitischem
Gebiet auszulösen, ist noch nicht vorhanden. Dies wird insbesonde-
re auch dadurch gehemmt, dass die Gewerkschaften keine Betriebsver-
sammlungen mehr machen und - wenn doch einmal eine stattfindet -
eine Diskussion nicht zulassen.

Brandenburg: Die Stimmung in den einzelnen Betrieben ist ganz
verschieden. Einige sind noch ganz naziverseucht und oft sind es
gerade diejenigen, die früher besonders radikal waren. In anderen
beginnt sich bei besonderen Anlässen, zum Beispiel Akkorddruckerei,
schon Widerstand bemerkbar zu machen.

Die Stellung der nationalsozialistischen Vertrauensräte in den
Betrieben wird allgemein als sehr unbedeutend und einflusslos geschildert.

Ruhrgebiet: Die Vertrauensleute der NSBO. in den Betrieben, be-
sonders im Bergbau, verfallen immer mehr der allgemeinen Lächerlich-
keit. Ihre Unfähigkeit und ihre Untätigkeit, aber auch ihre Macht-
losigkeit wird nach und nach von den Arbeitern begriffen. Anpflau-
mungen und ironische Bemerkungen sind an der Tagesordnung. Scheu
und unsicher schleichen diese Elemente durch die Betriebe und freuen
sich königlich, wenn sie von einem Arbeiter einmal freundlich ange-
sprochen werden.

Pfalz: Im allgemeinen ist der Einfluss der NSBO. sehr gering und
die ernannten Vertrauensräte geniessen keinerlei Vertrauen. Soweit
überhaupt Gewerkschaftler mit ihnen in Verbindung treten, geschieht
es, um sie zur Abstellung von Misständen oder zu Forderungen an den
Unternehmer aufzufordern. Es ist unter den Arbeitern eine immer wie-
derkehrende Redensart: die früheren Betriebsräte waren doch andere
Kerle.

Brandenburg: Die Vertrauensräte haben in den Betrieben keine Achtung, die Betriebsführer kümmern sich nicht um sie. In einem Fall,
in dem ein Vertrauensrat über eine Akkordregelung sich beim Betriebs-
führer beschwerte und drohte, zum Verband zu gehen, wurde ihm vom
Betriebsführer bedeutet, dass, wer zum Verband gehe, entlassen würde.

Dass es aber auch Ausnahmen gibt, in denen auch nationalsozialistische Vertrauensräte eine geachtete Stellung im Betrieb erringen konnten, zeigt ein Bericht aus

Bayern: Aus München wird von zwei Betrieben berichtet, dass dort NSBO-Funktionäre, die als Vertrauensleute gewählt wurden, sich einen erheblichen Einfluss unter der ganzen Belegschaft gesichert haben. Diese Vertrauensleute gingen lange vor der Machtergreifung Hitlers zur NSBO. Sie glaubten an den Sozialismus Hitlers und meinten es mit den Arbeitern ehrlich. Sie wurden von der Kraft der jungen Nazibewegung begeistert und sahen in den alten Gewerkschaften einen überalterten Apparat. Die Belegschaft, die anfänglich eine gegensätzliche Haltung zu diesen Leuten einnahm, wurde langsam von ihrem ehrlichen Willen überzeugt. Nun, da sie zu einer führenden Stellung in der Belegschaft emporgerückt sind und langsam erkennen müssen, dass ihre Erwartungen getäuscht sind, lassen sie auch Kritik zu. In einem Fall gibt ein solcher Funktionär offen zu, dass man seine Erwartungen zu hoch gesetzt habe. Was geschieht nun? Die Arbeiter halten zu ihrem Vertrauensrat. Sie glauben an seine persönliche Ehrlichkeit. Eben weil er mit ihnen die trüben Seiten seiner eigenen Bewegung bespricht und ihre Meinung anhört, wächst er mit ihnen um so mehr zusammen. Das geht soweit, dass sogar einstige freie Gewerkschaftler in einem solchen Mann so etwas wie einen Führer sehen. Diese einstigen Sozialdemokraten glauben deshalb nicht an den Nationalsozialismus, aber sie glauben an die Persönlichkeit.

Wir ordnen die Einzelberichte wieder nach Landesteilen.

Bayern:

München, Teilstreik auf einer Baustelle. Beim Bau des Hauses der deutschen Kunst hat sich folgender Vorgang abgespielt: Etwa 45 Arbeiter, die mit Pilotenschlagen beschäftigt wurden, hatten einen über-tariflichen Lohn, weil diese Arbeit besonders schwer ist. Da entdeckte irgend jemand, dass diese Arbeiter eigentlich nach dem Tarif für Hochbau bezahlt werden müssten, was eine Verminderung des Stundenlohnes um 15 Pfennig bedeutet hätte. Die Vorstellungen und Unterhandlungen führten zu keinem Ziel. Die 45 Arbeiter verliessen daraufhin geschlossen die Baustelle und setzten durch diesen wilden Streik durch, dass sie wieder zu den alten Lohnsätzen arbeiten konnten.

- Buntweberei Riedinger, Augsburg (Belegschaft 5500 Mann): Am 21. August wurde laut Zeitungsnotiz der Betriebsdirektor Alfred Graf in Schutzhaft genommen. Betriebsdirektor Graf, so heisst es in der Notiz, ist mit Rücksicht auf die von ihm verschuldete Beunruhigung seines Betriebes zu seinem persönlichen Schutz durch die politische Polizei in Gewahrsam genommen worden. Graf hatte allen Warnungen der örtlichen Dienststellen der deutschen Arbeitsfront zum Trotz Entlassungen in grösserer Zahl vorgenommen, ohne diese dem Treuhänder anzuzeigen oder dessen notwendige Genehmigung einzuholen. Auch hatte er rücksichtslos Lohnabbau durchgeführt und Betriebsumstellungen technischer Art in

einem Umfang vorgenommen, die als Raubbau der Arbeitskraft seiner Gefolgschaft angesehen werden musste. - Soweit die Zeitungsnotiz.

In Wahrheit hat sich am 21. so etwas wie eine Revolte der Belegschaft oder ein wilder Streik abgespielt. Der Direktor Graf, der Bruder des Konzerndirektors Graf, war Mitglied der NSDAP und ein eifriger Verfechter der Nazi Herrschaft. Er liess im Betrieb rationalisieren, baute rücksichtslos Arbeiter ab und wollte nun auch noch den Lohn herabsetzen. Der Arbeiter bemächtigte sich immer grössere Erregung. Die Vertrauensleute und die NSBO mitsamt der Arbeitsfront konnten sich dem "Genossen" Graf gegenüber nicht durchsetzen. Da schritt die Arbeiterschaft zur Selbsthilfe.

Am 21. August wurde ohne vorherigen Beschluss und ohne Weisung oder Genehmigung der Arbeitsfront eine Transmission nach der anderen abgestellt. Der wilde Streik ergriff sofort den ganzen Betrieb. Die Arbeiter liefen in den Fabrikhof. Sie schickten ihre Vertrauensräte zum Direktor. Die Besprechung verlief jedoch ergebnislos und ein Vertrauensmann kam auf den Hof und erklärte den Arbeitern, dass alles gütlich beigelegt werde, sie sollten nur jetzt an die Arbeit gehen, damit es nicht schlimme Folgen habe. Ein Sturm der Empörung schlug dem Vertrauensmann entgegen. Es ertönten Rufe wie: "Der Saukerl soll herauskommen! - Wir gehen nicht in den Betrieb! Bevor der Kerl nicht rauskommt wird keine Ruhe!" Besonders wild gebärteten sich die Arbeiterinnen. Der Vertrauensmann verschwand wieder. Nach einiger Zeit erschien der Gauleiter der Arbeitsfront Aschka in seinem feinen Wagen und begab sich in das Direktionsbüro. Vorher versuchte er vergeblich die Arbeiter zu beruhigen. Nach einer Weile erschien Aschka mit Graf. Ein Arbeiter stürzte sich auf Graf und riss ihm das Parteiabzeichen herunter. Die Frauen schrien: "Werft ihn in den Mühlbach!" Ein ohrenbetäubender Lärm setzte ein und die Weiber machten tatsächlich Miene, ihr Vorhaben auszuführen. Nur mit Mühe gelang es, den Graf davor zu bewahren, dass er von den Arbeiterfäusten zusammengehauen wurde. Die Wildesten waren dabei die Nazi Arbeiter. Gerade noch zur rechten Zeit erschien das Ueberfallkommando und nahm Graf in seinen Schutz. Die Arbeiter verliessen daraufhin die Fabrik.

Am Abend erschien der Treuhänder der Arbeit für Bayern, Frey, und sprach in einer Betriebsversammlung im Volkshaus. Er schimpfte auf die Miesmacher und Meckerer und sucht die Arbeitsfront und den Staat reinzuwaschen. In der Diskussion sprach ein Arbeiter, der dem Frey nahelegte, er solle die Miesmacher und Meckerer in den Reihen der Graf und Genossen suchen, die Arbeiter erfüllten immer ihre Pflicht, wenn man sie nicht bis aufs Blut painige. Am anderen Tag haben die Arbeiter die Arbeit zu den alten Bedingungen wieder aufgenommen. Es war bis jetzt nicht festzustellen, ob Graf noch in Schutzhaft ist.

Reichsbahn München. Gemassregelte Sozialisten und Gewerkschaftler, die aufrecht geblieben sind, sind bei uns schon wieder angesehene Leute und bekommen immer mehr Sympathien. In der neuen Lohn- und Dienstordnung der Reichsbahn ist bestimmt, dass der Arbeiter fristlos entlassen werden kann, wenn er nicht mehr die Gewähr dafür bietet, dass er jederzeit rückhaltlos für den nationalen Staat eintritt. Diese Bestimmung vollendet die Rechtlosigkeit des Nicht-Nazi. Und doch setzt sich unter den Arbeitern der Reichsbahn in München der Nationalsozialismus nicht durch, wenn es auch nach aussen hin scheint, dass die Arbeiter alle staatstreu sind. Es gibt Dienststellen, die früher Hochburgen der Nazi waren und die heute längst ihre Bedeutung als politisches

Willenszentrum verloren haben. Es tritt dann der Zustand der Gleichgültigkeit ein. Dafür wächst die Achtung vor dem Nichtgleichgeschalteten, der immer öfter um Rat und Meinung gefragt wird.

Münchener Grossbetrieb (Belegschaft etwa 1000 Mann). Dieser Betrieb ist von allen Münchener Betrieben wohl derjenige, dessen Belegschaft am wenigsten von Hitler erfasst werden konnte. Der alte Kern der Markanten hat sich tapfer gehalten. Die NSBO ist bedeutungslos. Betriebsversammlungen werden nicht mehr abgehalten, weil niemand erscheint. Die "Sozialistische Aktion" wird an fast jeden Mann verteilt, aber noch nie ist etwas verraten worden. Die Vertrauensleute treten so gut wie nicht in Erscheinung. Auch die Kommunisten arbeiten im Betrieb. Aber, so gut auch sonst die Haltung der Belegschaft ist, zur direkten illegalen Arbeit will sich niemand bereitfinden. Man liest die sozialistischen Schriften mit grossem Interesse, wartet aber im übrigen, was die Zeit noch bringt.

Diamant AG. Allach. (Malzextrakt, Bonbons, Pralinen). Die NSBO ist lange nicht mehr so betriebsam wie vor einem Jahre. Sie umfasst ca 50 Prozent der Belegschaft. Neueinstellungen wurden nicht vorgenommen. Die Löhne sind seit Hitler nicht gefallen. Ein 24 jähriger Bonbonkocher verdient 80 Pfg. Stundenlohn. Die Direktion verhandelt nicht mit der NSBO. Die Betriebsleitung hat nun in der Kantine Radio aufgestellt, das sich grösster Beliebtheit erfreut.

Baufirma Waller u. Co., arbeitet z.Zt. bei dem Neubau der Krausfabrik in Allach. Die Bauarbeiter sind den politischen Vorgängen gegenüber genau so teilnahmslos wie früher. Es wird auf der Baustelle nie "Heil Hitler" gegrüsst, es werden keine politischen Reden geführt. Von einer irgendwie kritischen Stimmung ist nichts zu merken. Der Betriebsleiter hat die Vertrauensleute aufgestellt und wir haben sie gewählt. Unsere Löhne sind gleich geblieben.

Kraus VI, VII, Giesserei und Maschinenfabrik Allach. (Belegschaft 6 - 700 Mann). Dieser Betrieb ist ein Teilbetrieb des Gesamtwerkes Kraus - Maffei München mit einer Belegschaft von 3.000 Mann. In der Giesserei werden Kettenbandglieder für Raupenschlepper hergestellt. Die Maschinenfabrik produziert z.Zt. monatlich 40 Röhrenmotorlokomotiven. Die Akkordsätze in Abteilung VIII sind von der Betriebsleitung stark zurückgeschraubt worden. Folgender Einzelvorgang wird geschildert: In der Giesserei hatten die Arbeiter die Bandarbeit an den Kettenbandgliedern im Akkord. Als sich die Akkordsätze durch die Übung der Arbeiter zu deren Gunsten auswirkten, kam eine Arbeitskontrolle in den Betrieb, die während der Arbeit die Akkordsätze für einen Arbeiter um 2.- Mk. zurücksetzte. Der Arbeiter beschwerte sich daraufhin bei der NSBO, bei der er Mitglied ist. Die NSBO erklärte, nachdem sie den Fall 2 Monate liegen liess, dass sie in dieser Sache nichts machen könne, da der Betriebsführer das Recht habe, Akkordsätze herabzusetzen. Diese Handlung stellt einen Bruch des Tarifvertrages dar. Der Arbeiter ist dagegen vollständig schutzlos. Von einer Werkstättenbelegschaft von 150 Mann sind 13 Mitglieder der NSBO.

Maschinenfabrik Augsburg-Nürnberg MAN. Belegschaft 4500 Mann, davon 900 Angestellte. Produktion: Dieselmotoren, Schnellpressen, Druckereimaschinen. Eine Vertretung durch den Vertrauensrat ist ausgeschlossen, da die Vertrauensräte zum grössten Teil Ingenieure, Meister und Gruppenführer sind. Die Stimmung in der Belegschaft ist nicht für die Nazi. Die Arbeiter sind ziemlich interesselos, oder besser gesagt, wie weichen eben dem Druck. Von der ganzen Belegschaft mit 4500 Mann marschierten bei der letzten Wahlkundgebung ganze 400 auf. Bei der Uebertragung der Hitlerrede am Freitag vor der Wahl sollten sich die Arbeiter in den Höfen versammeln. Dort waren Lautsprecher aufgestellt. Die Portiers hatten die Anweisung, die Arbeiter nur in dringenden Fällen durch die Tore zu lassen. Die Tore blieben deshalb bis auf eine Seitentüre geschlossen. Bei dieser Türe setzte ein solcher Andrang ein, dass die Portiers sich nicht mehr zu helfen wussten. Die Arbeiter öffneten selbst die grossen Tore und bald waren nur mehr ein paar Männlein als Zuhörer in den grossen Höfen versammelt.

• Einer der grössten Industriebetriebe von Augsburg verteilte vor der Volksabstimmung an seine Arbeiter einen Aufruf, in dem es hiess:

"Die NSBO - Kreisamtsleitung Augsburg-Stadt ruft auf zu einer Wahlkundgebung mit dem Reichs-Justiz-Kommissar Dr. Frank... Zur Kundgebung marschieren die Betriebe geschlossen auf, geordnet nach Marschsäulen...

Da der Anlass zur Demonstration ein aussergewöhnlich wichtiger ist, verlangt das Ansehen unserer Firma, dass die Grösse unseres Betriebes durch das Ausmass, in welchem wir auftreten, zum Ausdruck kommt. Es ist ein schlechthin unmöglicher Zustand, dass die ... bei öffentlichen Aufzügen nur immer in einem Umfang beteiligt ist, der im Verhältnis zum Betriebsumfang und der Grösse der Belegschaft einfach lächerlich wirkt.

Ich lasse als Betriebsführer nicht zu, dass, wenn sich die schon in der Öffentlichkeit zeigt, das in einem ihrer Bedeutung unwürdigen Umfang geschieht. Hier muss der Grundsatz gelten: Recht oder gar nicht, d.h. wenn wir schon aufmarschieren, dann so, wie es der Bedeutung unseres Unternehmens in der Stadt zukommt."

Gebrüder Bayer, Kältemaschinen und chemische Fabrik, Augsburg. Belegschaft 130 Mann. Produktion: Kältemaschinen, chemische Artikel, Labextrakte für Molkereibedarf. Die Arbeiterschaft ist stark antifaschistisch. Der Betriebsführer, Ing. Dr. Julius Bayer, rief vor dem Augsburger Wahlaufmarsch die Belegschaft zusammen und bat die Leute, doch mitzugehen, da der Betrieb sonst Schwierigkeiten bekommen. Er sagte wörtlich: "Wenn ihr nicht wegen dem Führer und Reichskanzler mitgehen wollt, so tut es doch mir zuliebe." Der Betrieb konnte aber am anderen Tag trotzdem wegen zu geringer Beteiligung nicht am Aufmarsch teilnehmen.

Augsburger Wollwergarnspinnerei AG: Belegschaft 2500 Männer und Frauen. Produktion: Kammgarne aus Kapp- und Australwolle. Zwei Schiffsladungen Rohkammgarn konnten in Hamburg infolge Devisenmangels nicht gelöscht werden. Die AKS lieferten viel nach Japan und an sonstige Ueberseeabnehmer. Die Beteiligung an den nationalen Veranstaltungen ist immer sehr schlecht. Im Betrieb ist eine rege kommunistische Propaganda bemerkbar.

Mechanische Baumwollspinnerei und Weberei AG, Augsburg. Gesamtbelegschaftsstärke 3850 Mann. Die Arbeitsverhältnisse waren unter der Republik viel besser. Im August 33 ist versprochen worden, dass ab 1. September Wochenlohn, also nicht mehr Akkordlohn, eingeführt wird, dass die Abzüge vom verdienten Lohn bedeutend gesenkt werden und dass bei besonders guter Arbeitsleistung eine Prämienzahlung hinzukomme. Diese Versprechungen wurden bis heute nicht verwirklicht. Im Gegenteil, es wurde uns einmal 1.- Mk. für die Hitler-spende, 1 Mark für das Winterhilfswerk und eine Mark für das Festabzeichen des Generalappells der DAF. abgezogen. Man erklärte, dass der Ertrag aus dem Festzeichen zum Bau eines riesigen Stadions verwendet würde. Aber nach Bezahlung des Festes blieben nur 20.000 Mark übrig. Dann hörten wir, dass im Januar eine Lohnerhöhung kommen soll, aber auch daraus wurde nichts. Wir wurden vertröstet auf den 1. Mai, den Tag der Verkündung des neuen Arbeitsgesetzes. Aber statt dessen mussten wir uns "freiwillig" im Februar 1 Mark abziehen lassen und 50 Pfg. für das Maiabzeichen. Kurz darauf mussten die Arbeiter im Betrieb 20 Pfennig für die abgebrannte Sängerrhalle zahlen. Wenige Wochen darauf bekamen wir dann Kurzarbeit.

Die Lohnstarife sind in jedem der 3 Teilwerke der Mechanischen verschieden. Die Unterschiede schwanken bei ein und derselben Stuhlzahl, sowie der gleichen Ware zwischen 5 und 35 Pfennig für 1.000.000 Schuss oder Touren. Beschwerden beim Abteilungs- oder Belegschaftsführer blieben bisher erfolglos.

Bayrische Stickstoffwerke, Trostberg: Hier wurde ein neues Arbeits- und Lohnschema eingeführt. Die Zahl der Jahresarbeitsstunden für den einzelnen Arbeiter wurde auf 2040 Stunden festgelegt. Hat der Arbeiter in einem Jahre diese Stundenzahl erreicht, so muss er aussetzen. Es wurde dazu die Dekaden-Bezahlung eingeführt. Sie beträgt für 10 Tage 24.50 Mark, also im Monat ca. 70 Mark. Da die Stundenlöhne aber 53 - 57 Pfennige betragen, ergibt sich für jeden Arbeiter pro Dekade ein geringer Lohnüberschuss, den das Werk einbehält. Wenn der Arbeiter dann nach Erreichung seiner vorgeschriebenen 2040 Arbeitsstunden ausgestellt wird, erhält er den Lohnrest dekadenweise zu je 24.50 Mark weiterbezahlt, bis er verbraucht ist. Dadurch spart das Reich die Erwerbslosenunterstützung, obwohl die Arbeiter die Beiträge zur Arbeitslosenversicherung leisten müssen. Ausserdem erscheint der Arbeiter nicht als Erwerbsloser in der Statistik. Weiter aber hat der Betrieb den Vorteil, dass er keinen bezahlten Urlaub zu gewähren braucht und dass die bei ihm verbleibenden Gelder Zinsen tragen. Dieses Dekadenlohnsystem wurde auch auf die Werke Hardt (Aluminiumwerk) und Töging (Kraftwerk) bei Mühldorf ausgedehnt. Es soll sich um eine Neuerung des Bayr. Stickstoffkonzerns handeln. Die durch dieses raffinierte Zahlensystem eingesparten Arbeitslosenunterstützungsgelder sollen für Arbeitsbeschaffung (Strassenbau) verwendet werden.

Reichsautobahn Holzkirchen: Auf der Baustelle erschienen während der Arbeit einige Personen und verteilten Flugschriften. Es waren kleine Flugblätter auf dünnem Papier, die einen scharfen Text gegen Hitler trugen. Die Arbeiter, die sich offenbar der Gefährlichkeit dieser Schriften nicht bewusst waren, steckten sie ein und arbeiteten weiter. Nach einiger Zeit kam eine Kontrolle, verbunden mit einer Visitation. Die Arbeiter, welche noch im Besitz eines Flugblattes betroffen wurden, wurden für verhaftet erklärt und von der Arbeitsstelle weg nach Dachau eingeliefert. Es soll sich um ca. 50 Mann handeln. Da man die Zettelverteiler nicht kannte, konnten sie sich dem Zugriff der Staatsorgane entziehen.

Baustelle im Regierungsviertel München, Neubauten am Königsplatz: Hitler erschien mit seinem Adjutanten Brückner allein auf der Baustelle und unterhielt sich mit den einzelnen Arbeitern. Mit einem Baggerführer unterhielt er sich längere Zeit vollständig ungezwungen. Er fragte nach seinem Lohn, nach seiner früheren und jetzigen Einstellung und nach seinen Ansichten über die Zeit. Der Arbeiter sagte Hitler offen seine Meinung. Dieser zeigte für dessen Ansichten volles Verständnis. Der Vorgang hat auf den Arbeiter einen starken Eindruck gemacht. Er ist heute überzeugt, dass Hitler wirklich das Beste will.

Aehnliches wird von der Baustelle bei der Reichsautobahnbrücke Pfraundorf berichtet. Dort erschien Hess zur Zeit des Arbeitschlusses und ging zu den Arbeitern in die Kantine. Er unterhielt sich mit den einzelnen und verstand es ausgezeichnet, das Verantwortungsbewusstsein, das die heutige Staatsführung angeblich haben soll, zum Ausdruck zu bringen.

Löwenbräu, München (Belegschaft 600 Mann). Im Betrieb wurde von der Betriebsleitung ein nationalsozialistischer Vertrauensrat berufen, der so gut wie keinen Einfluss hat. Die Arbeiter wenden sich nach wie vor an den alten Betriebsratsvorsitzenden der Freien Gewerkschaften, der ohne gewählt zu sein, bereits in einzelnen Fällen im Auftrage der Arbeiter mit der Betriebsleitung verhandelte. Der Hitlergruss setzt sich im Betrieb nicht durch.

Porzellanfabrik Schumann in Arzberg, Oberfranken. Die Belegschaft von 6 bis 700 Leuten ist vollbeschäftigt. Aber von einer Entlohnung nach dem Tarif für Arbeiter der Feinkeramik ist keine Rede. Vom Januar bis Ende April erhielten verheiratete Arbeiter wöchentlich 10 Mk., Ledige 6 bis 8.- Mk. Seit 1. Mai erhalten Verheiratete wöchentlich 12 Mk., Ledige bis zu 9.- Mk. Man sagt nicht, dass man die Löhne gekürzt habe, man sagt nur, dass die Arbeiter nur diesen Betrag auf den verdienten Lohn ausbezahlt erhalten können, weil die Firma den vollen Lohn nicht auszahlen könne, so dass die Arbeiter je mehrere hundert Mark Lohnbeträge bei der Firma gutstehen hätten. Von diesen geringen Löhnen mussten die Arbeiter, die in Fabrikwohnungen wohnen, bis in den Mai hinein auch die Miete entrichten. Von da ab wurde ihnen mitgeteilt, dass die Miete von der nicht ausbezahlten Lohnsumme abgerechnet werde. Die Angestellten dieser Firma werden seit September 33 nicht mehr voll entlohnt. Die Arbeiter sehen, dass sie rechtlos und wehrlos sind und stellen nun Vergleiche zu den "Hermann-Müller-Löhnen" an, die damals auch nicht genügt haben.

Westsachsen:

Holzwarenfabrik Adler in Waltersdorf. Das Unternehmen wurde im vorigen Jahr unter grossem Tamtam wieder in Betrieb gesetzt. Nachdem die üblichen Besichtigungen von allerlei Abordnungen und Kommissionen stattgefunden hatten, wurde der Betrieb mit 180 Arbeitern eröffnet. Die Angestellten wurden alle von der Nazileitung mitgebracht. Angefertigt wurden fast nur Tische und Schemel für Kasernen und Arbeitsdienstlager. Von Monat zu Monat wurden jedoch Arbeiter entlassen. Gegenwärtig werden nur noch 60 Mann beschäftigt. Die Arbeiter wurden immer nur auf Probe für 8 Wochen eingestellt und galten als Umschuler. Waren 8 Wochen um, so hiess es, die Arbeiten seien noch nicht zur vollen Zufriedenheit ausgefallen, der Arbeiter müsse noch 4 Wochen für den alten Lohn arbeiten. Der Lohn war aber so niedrig, dass er teilweise unter den Unterstützungssätzen lag. Nach Ablauf der 4 Wochen wurden jedoch die meisten Arbeiter entlassen und neue "Umschuler" eingestellt.

Textilfabrik Ullmann in Gornsdorf (Erzgeb.) (Belegschaft 500 Personen). Die Verdienstmöglichkeiten waren, da es sich vorwiegend um Facharbeit handelt, verhältnismässig gut; die Löhne sind aber erheblich gesenkt worden, so dass gegenwärtig bei voller Arbeitszeit höchstens 60 bis 70 Prozent der Löhne erreicht werden können, die 1932 gezahlt wurden. In 30 stündiger Arbeitszeit verdienen Facharbeiter im Akkord wöchentlich netto 17 bis 18.- Mk. Die NSBO. spielt so gut wie keine Rolle. Der deutsche Gruss wird im Betrieb so gut wie nicht angewendet.

Gornsdorf war vor der nationalen Erhebung bis zuletzt eine sozialdemokratische Domäne. Die KPD. fand dort keinen nennenswerten Boden.

Dieser grundsätzlichen Haltung scheint die dortige Arbeiterschaft treu zu bleiben. Wenn auch im Betrieb keine nennenswerten Diskussionen stattfinden, so haben weder die Kommunisten noch die Nationalsozialisten Einfluss. Aber ebenso muss gesagt werden, dass jeder Beschäftigte bemüht ist, sich die Arbeitsstelle zu erhalten und nicht unnötig Anlass zur Entlassung bieten will. Da die gesamte Belegschaft mit wenig Ausnahmen in den letzten Jahren Arbeitslosigkeit so gut wie nicht kennen gelernt hat, wirkt dieser Faktor für die Entfaltung einer aktiven politischen Tätigkeit hemmend.

GEG-Betrieb Chemnitz: Am 1. September unternahmen annähernd 60 Arbeiter eine "Fahrt ins Blaue". Abschluss der Fahrt war ein gemütliches Beisammensein. Die gemütliche Stimmung wurde aber vergällt durch einen längeren Vortrag über die Arbeit der Nationalsozialisten. Im Vortrag wurden die früheren marxistischen Führer und die marxistische Bewegung auf das Tollste beschimpft. Das war den Arbeitern denn doch zu viel und sie machten ihren Unwillen durch erregte Zwischenrufe Luft. Der Referent forderte die Zwischenrufer auf, den Saal zu verlassen, wenn sie mit seinen Ausführungen nicht einverstanden wären. Wie ein Mann standen alle Teilnehmer auf und waren willens, den Raum zu verlassen. Schnell wurde die Saaltür von den anwesenden Nationalsozialisten geschlossen, so dass keiner der Aufforderung des Referenten nachkommen konnte. - Der Zwischenfall hatte bis jetzt keine Folgen.

Ostsachsen:

Steingutfabrik von Villeroy & Boch, Dresden-N. (Belegschaft von 1200 Mann, früher sehr gut gewerkschaftlich organisiert.) Bei Naziveranstaltungen treten regelmässig nur 60 bis 70 Mann an. Die Nazis können es einfach nicht schaffen, mehr Leute auf die Beine zu bringen. Vor der Wahl war auf dem Klosett folgendes Verschen angeschrieben worden:

60 Pfg. Stundenlohn
ist das nicht ein Hohn?
Alles von V und B
stimmt mit nee !

Die Polizei wurde alarmiert und nahm von verdächtigen Marxisten Fingerabdrücke und Schriftproben. Trotzdem wurde der "Täter" nicht entdeckt.

In der Glasfabrik Sörnewitz bei Meissen hat sich ein ähnlicher Vorfall abgespielt.

Zigarettenmaschinenfabrik Universelle in Dresden. (Am Tage der Vertrauensratswahl 886 Beschäftigte.) Für den alten sozialdemokratischen und freigewerkschaftlichen Gesamtbetriebsratsvorsitzenden Neff stimmten 814. Für den alten Vorsitzenden des Arbeiterrates 804. Es haben also auch Nazis für unsere Leute gestimmt, denn die NSBO-Zelle ist 46 Mann stark. - Die Belegschaft klagt über die früher eingestellten SA-Leute, dass sie nicht arbeiten, weder können noch wollen. Die früheren Indifferenten kommunistischer Färbung kassieren jetzt für die Arbeitsfront. - Hitler genießt aber auch bei unseren Leuten zum grossen Teil noch Vertrauen bzw. wird vom allgemeinen Misstrauen ausgehoben.

Auch die alten Genossen sagen, Hitler hätte bisher die Arbeiter in den Betrieben noch nicht weiter angegriffen. Jedenfalls scheint Hitlers Stellung innerhalb der Arbeiterschaft durch die Juni-Ereignisse gefestigt.

Chemische Fabrik v. Heyden, Dresden-Radebeul (Belegschaft 800). Die NSBO und die NS-Vertrauensräte spielen im Betriebe keine Rolle mehr. Dagegen erfreuen sich unsere früheren Betriebsräte wachsenden Ansehens. Die Direktion setzt bei den NS-Vertrauensräten alles durch, während noch vor 1 1/2 Jahren die ganze Direktion nach dem Konzentrationslager Hohnstein geschafft werden sollte.

Zeiss Ikon, Ika- und Ernemann-Werk, Dresden-Striesen. (Belegschaft 900). Die Stimmung ist überwiegend gegen die Nazis gerichtet. Sammlungen bringen im Betrieb so gut wie gar kein Ergebnis. Zu der grossen Ley-Kundgebung musste zwar die gesamte Belegschaft antreten, von den 900 Mann verschwanden aber die meisten auf dem Marsche, sodass nur noch 120 Mann an der Kundgebung teilnahmen.

Mimosa - Dresden, Fotopapiere (Belegschaft 350). Am schwarzen Brett erschien eines Tages die Ankündigung, dass die Gesamtbelegschaft die Druckerei des nationalsozialistischen "Freiheitskampfes" besichtigen werde, weil dies ein besonders mustergültiger Betrieb sei, Erscheinen sei Pflicht. Während der Nachtschicht wurde über das Plakat ein Streifen geklebt, auf dem nur stand: Früher Dresdner Volkszeitung. (Das war die SPD-Zeitung, die nach dem 5. März 33 von den Nazis besetzt worden war). Es begann eine eifrige Untersuchung durch die Gestapo, die aber kein Ergebnis hatte.

Dresdner Strassenbahn A.G. (Belegschaft 1500 Mann). Der Betrieb war zeitweise stark kommunistisch eingestellt. Jetzt schweigt alles, auch Kommunisten. Sammlungen verlaufen ergebnislos. Neueingestellte SA-Leute schimpfen darüber, dass es nur Mk. 28.- Wochenlohn gibt. Man hat jetzt versucht, sie dadurch zu besänftigen, dass man an länger Beschäftigte, Sterne für die Uniformen austellt.

Textil-Grossbetrieb in Dresden. (600 Beschäftigte). Die Akkordlöhne sind durch Stundenlöhne ersetzt worden. Die Arbeiterinnen müssen jedoch die gleiche Leistung wie bei der Akkordarbeit vollbringen. Sie verdienten noch im Jahre 1931 nach allen sozialen Abzügen 35 bis 36 Mark pro Woche; jetzt nach Beseitigung der Akkordlöhne und nach Reduzierung der Arbeitszeit auf 5 Tage bzw. 40 Stunden bei gleicher Leistung wie früher und nach Abzug aller Lasten nur noch 15 bis 18 RM. Wochenlohn. Auf diese Weise sind auch die Löhne der männlichen Arbeiter erheblich gesenkt worden. Die Packer, für die auch früher kein Akkordlohn galt, erhielten noch 1931 bis 1932 zu ihrem Stundenlohn gewisse Leistungszuschläge, so dass auch sie einen Wochenlohn (auch nach Abzug aller sozialen Leistungen) von 32 bis 35 RM. ausgezahlt erhielten. Nach Beseitigung der Leistungszuschläge, Steigerung der Abzüge, Reduzierung der Arbeitszeit auf 5 Tage bzw. 40 Stunden erhalten auch diese männlichen Arbeiter bei gleicher Arbeitsleistung wöchentlich 15 bis 20 RM. ausgezahlt.

Die Stimmung in diesem Betrieb, der früher eine kommunistische Hochburg war, ist ausserordentlich kritisch. Der Druck ist jedoch so stark,

dass sich auch jetzt die Kritik nur in ganz bescheidener Weise äussert. Die Nationalsozialisten im Vertrauensrat gehen nicht selbständig gegen die Betriebsleitung vor, und die Unzufriedenheit unter der Arbeiterschaft mit diesem Vertrauensrat ist allgemein. Starker Unwillen besteht auch wegen der hohen Beiträge für die Arbeitsfront.

Dresdner Kartonagen-Betrieb (250 Beschäftigte). Der Akkordlohn ist beseitigt, die Arbeitszeit auf 5 Tage bzw. 40 Arbeitsstunden herabgedrückt, die Arbeiterinnen erhalten trotz gleicher Arbeitsleistung nur 15 bis 18 RM. ausgezahlt gegen etwa 30 RM. bei Akkordlohn im Jahre 1931. Diese Massnahme erfolgte im Einverständnis mit dem neuen nationalsozialistischen Vertrauensrat. Die ehemals gewerkschaftlich organisierte Belegschaft hat keinerlei Achtung vor diesem Vertrauensrat, erzählt unter einander, dass es sich um strohdumme Kerle handle, die keine Schulung besäßen und selbst bei einfachen Betriebs- und Arbeitsrechtsfragen bei der Betriebsleitung und den Ingenieuren Auskunft einholen müssten. Unter der Belegschaft wird - allerdings nur in kleinsten Kreisen der Kollegen - oft darüber gesprochen, dass auch in Betriebs- und Arbeitsrechtsfragen unter Führung des gewerkschaftlichen Betriebsrates bessere Zeiten bestanden hätten.

Sächsischer Kleinbetrieb (60 Mann Belegschaft). Die Arbeiter diskutieren wieder, z.B. über die Vorschläge des Staatssekretärs Reinhardt zur Steuerreform, die heftig kritisiert werden. Die SA-Leute diskutieren mit und stimmen unseren Leuten zu. Bei den Aufmärschen erscheinen regelmässig nur 10 bis 15 Mann. Der nationalsozialistische "Freiheitskampf" und "Der Deutsche" müssen zwangsweise bezogen werden, die Abonnementsgebühr wird den Arbeitern sofort vom Lohn einbehalten.

Grossbetrieb bei Meissen (Belegschaft über 500). Hier ist illegale Literatur im Betrieb stark verbreitet und wird von allen Betriebsangehörigen gelesen. Neben der "Sozialistischen Aktion" sogar die "Deutsche Freiheit" und die "Schwarze Front". Offensichtlich handelt es sich hier aber um einen Ausnahmefall.

Schlesien:

Helio-Watt-Werke, früher Aron Werke, in Schweidnitz. (1500 Beschäftigte). Erzeugt werden Radioapparate und Elektrizitätszähler. Bei der Betriebsrätewahl im März 1933 erhielten die freien Gewerkschaften 8, die NSBO 3 Mandate. 1934 gingen in den meisten Abteilungen nur 50 Prozent der Wahlberechtigten zur Wahl und von diesen haben 25 Prozent gegen die Liste gestimmt. NSBO-Mitgliedschaft besteht nicht mehr, da die Betriebszelle aufgelöst wurde. Die Vertrauensmänner haben gegenüber der Betriebsleitung nichts zu sagen. Bei der Belegschaft macht man sich nur durch Terrormassnahmen bemerkbar, wenn Versammlungen und Aufmärsche stattfinden. Die Arbeiterschaft verhält sich passiv, die Angestellten fangen an zu denken.

Maschinenfabrik Frümbs und Frindenberg, Schweidnitz. (180 Beschäftigte). Erzeugt werden Kessel für Zuckerfabriken. Bei der Betriebsrätewahl 1933 erhielten die freien Gewerkschaften 4, die NSBO 2 Mandate. 1934 beteiligten sich 60 Prozent der Belegschaft an der Abstimmung. Das Resultat ist bis heute nicht bekannt geworden. NSBO-Mitgliedschaft besteht nicht mehr. Die Vertrauensmänner haben gegenüber der Betriebsleitung nichts zu sagen.

sie versuchen, sich gegenseitig aus dem Betrieb zu entfernen. Bei Versammlungen und Aufmärschen ist in diesem Betrieb der Terror grösser als in allen anderen Betrieben. Die Belegschaft fängt an zu denken, sie fragt unsere früheren Funktionäre, was werden soll. Die Akkordsätze sind erheblich gesenkt worden. In diesem Betrieb wurde der Arbeiter Albrecht, seit 1923 Mitglied der NSDAP, fristlos entlassen. Er bestellte sich keine Arbeitsfrontmütze, sondern verlangte für sich einen Zylinder, damit er die Arbeiterrechte beerdigen könne. Trotz Bemühungen erhält er in Schlesien keine Arbeit mehr.

Leinen- und Baumwoll A.G. Schweidnitz. Der Betrieb ist vom 3- zum 2-Stuhlsystem übergegangen. Da der Lohn auf dem 3-Stuhlsystem aufgebaut ist, verdienen die Arbeiter nur noch zwischen 6 und 10 Mk. wöchentlich. Das ist weniger als der Wohlfahrts-Richtsatz. Als besondere Errungenschaft gibt der Vertrauensrat bekannt, dass den Arbeitern der Unterschiedsbetrag bis zum Richtsatz vom Wohlfahrtsamt zugezahlt wird.

Am 1. November fand im Lokal "Stadt Reichenbach" eine Textilarbeiterversammlung statt. Ein in vorstehendem Betrieb beschäftigter Kriegsinvalide, vor 10 Wochen eingestellt, strammer Nazi, verlangte das Wort. Er wurde verprügelt und wie ein Stück Vieh aus der Versammlung geschleift. Die Belegschaft blieb ruhig, da die Nazis sich ja untereinander prügelten.

Der erste Vertrauensmann des gleichen Betriebes, Paul Treiber, 32 Jahre alt, mit Zuchthaus vorbestraft, verdient ebenfalls regulär nur 6 - 7 Mark die Woche. Aus den Beiträgen der Belegschaft hat er sich seinen Lohn seit längerer Zeit auf 35 RM. wöchentlich aufgerundet. Er befindet sich heute noch im Amt.

S. Fränkel, Webwarenfabrik in Neustadt O.S. (Belegschaft 1200). Am 22.8. fand eine Betriebsversammlung statt, in der ein Treuhänder aus Berlin folgendes ausführte: Wir haben erwogen, wie der Betrieb vor der Stillelegung bewahrt werden kann. Bei Verhandlungen mit den Banken und Gläubigern sind wir zu einem negativen Ergebnis gekommen. Soll der Betrieb weiter geführt werden, so muss der Fehlbetrag (Fünftausend!) von der Arbeiterschaft getragen werden. Ich bin nach Schlesien gesandt worden, um die Betriebe vor dem Untergang zu schützen und da Rohstoffe nicht leicht beschafft werden können, muss auch die Arbeiterschaft ein Opfer bringen. Ich befürchte, dass ihr in kurzer Zeit auch einmal ohne Geld werdet nach Hause gehen müssen. Damit das alles vermieden wird, schlage ich euch vor, an der Rentabilität des Betriebes mitzuwirken und bestimme einen Lohnabbau von 6 Prozent für die ohne Kinder und von 4 Prozent für die mit Kindern. Für die Angestellten einen Abbau von 8 - 10 Prozent je nach der Höhe des Gehaltes. Als er im Weggehen war, drehte er sich auf der Treppe um und sagte, ich möchte auch noch darüber abstimmen lassen. Also wer ist gegen meinen Vorschlag? In dieser Situation erhob sich natürlich keine Hand. Befriedigt erklärte er dann: "Ich werde sofort dem Landeshauptmann in Ratibor berichten, dass es in Neustadt eine so verständige Arbeiterschaft gibt, die die schwierigen wirtschaftlichen Verhältnisse anerkennt. Heil Hitler!"

Die Belegschaft dieses Betriebes war früher kommunistisch eingestellt. Jetzt wagt nicht einmal einer zu mucken. Der Verdienst betrug früher 18 bis 35 Mk. die Woche, jetzt noch 12 bis 20 Mk. im Akkord. 20 Mk. ist der Höchstlohn. Der Betriebsleiter erklärte, dass er bis jetzt durch die

Neueinstellungen in einem Jahr 360000 Mk., das wären täglich 1.000 Mk., habe zusetzen müssen. Das gehe natürlich nicht mehr. Die Belegschaft dürfe deshalb nicht unvernünftig werden, wenn einige Entlassungen erfolgten.

Aus dem Waldenburger-Kohlenrevier: Als im Jahre 1928 infolge Absatzschwierigkeiten die Vorratshalden trotz dauernder Feierschichten sich immer höher türmten, wurde der Plan erwogen, einige Tausend Bergarbeiter zu entlassen. Es gelang damals den Bergarbeiterorganisationen, die Entlassungen zu verhindern, indem man gemeinsam mit den Unternehmern beschloss, den sogenannten Werksurlaub einzuführen. Der Werksurlaub bestand darin, dass ein Teil der Belegschaft alle sieben Monate einen Monat aussetzte. Es wurde dem aussetzenden Teil die tarifmässigen Feiern angerechnet und vom ersten Tage an die Arbeitslosenunterstützung gewährt. Diese Regelung wurde von der Arbeiterschaft gern hingenommen, da so die Dauerarbeitslosigkeit vieler verhindert wurde. In einer grossen Versammlung, die Ende Juli in einem der grössten Säle in Waldenburg stattfand, wurde von den jetzigen Funktionären bekanntgegeben, dass der Werksurlaub, der eine marxistische Einrichtung sei, in Wegfall komme. Dafür müssten aber einige Tausend Bergarbeiter entlassen werden. Man müsse dahin kommen, nur bodenständige Bergarbeiter, d.h. solche deren Väter und Grossväter schon Bergarbeiter gewesen seien, im Revier zu haben. Darob grosse Erregung in der Versammlung. Es fielen Zwischenrufe wie: "Ihr seid Lumpen", "Was wird mit den Gehältern der Beamten" u.a.

Auf dem Bahnschacht in Waldenburg wurde ein Bergarbeiter von einem Steiger misshandelt. Dies veranlasste die Belegschaft, die Einfahrt zu verweigern. Darauf erschien der Direktor und erklärte, Arbeitsverweigerung gäbe es jetzt nicht mehr. Der Steiger werde vom Dienst suspendiert und eine Klage gegen ihn eingereicht. Damit gab sich die Belegschaft zufrieden und fuhr wieder ein.

Mittelddeutschland:

Mitteldentscher Grossbetrieb. (6000 Arbeiter). Bei uns werfen die Nazis geschickte Köder aus und versuchen, die Arbeiterschaft durch kleine Annehmlichkeiten über den Lohnabbau hinwegzutrusten. So werden z.B. für die Belegschaft grosse Raxenplätze angelegt. Der Speisesaal hat eine Radioanlage erhalten. Ein Nebenraum des Speisesaals ist für Raucher hergerichtet worden. Zwei- oder dreimal monatlich erscheinen nationalsozialistische Redner. Die ganze Belegschaft versammelt sich im Speisesaal während der Arbeitszeit zur Entgegennahme von Vorträgen. Diese Vorträge umfassen eine bis 1 1/2 Stunde. Jeder Arbeiter muss teilnehmen, da diese Zeit bezahlt und als Arbeitsleistung gewertet wird.

Mansfelder Kupferbergbau. In den Arbeiterwohnsitzgemeinden beider Mansfelder Kreise wurden in diesem Jahre erstmalig wieder die sogenannten "Gefolgschaftsfeste" der Mansfelder A.G.-Belegschaften abgehalten, die 1907 zum letzten Male stattgefunden haben. Jeder männliche Festteilnehmer erhielt 10 Freimarken zu je 15 Pfg., jeder weibliche 6 und jedes Kind 2 Marken zum gleichen Wert. Für diese Marken konnten Bier, Kaffee, Kuchen und Würstchen erworben werden. Die Betriebsführer (Direktoren der AG.) und die beiden NSDAP.-Kreisleiter hielten Ansprachen.

Druckerei und Verlagsanstalt Perthes-Gotha. Vor einiger Zeit wurde den jüngeren Arbeitern der Lohn um 25 Prozent gekürzt. Der von der Belegschaft in Anspruch genommene Verbandsleiter (NSBO) lehnte es ab, sich der Angelegenheit anzunehmen, da ihm die Einmischung in wirtschaftliche Angelegenheiten verboten sei. Der Aufforderung, sich an den Treuhänder der Arbeit Triebel (früher vom Eisenbahner-Verband ausgeschlossener RGO-Mann) zu wenden, entsprach er, um den Bescheid zu bekommen, dass dieser keine Zeit habe. Dann wurden die neu gewählten Vertrauensräte mobilisiert. Als sie beim Direktor vorstellig wurden, erklärte ihnen dieser, er habe sich 30 Jahre lang der Gewerkschafts-Diktatur beugen müssen, diese Zeit sei jetzt vorbei und er denke gar nicht daran, von dem ihm laut Gesetz zustehenden Recht, allein zu bestimmen, auch nur das Geringste aufzugeben.

Zeissbetrieb, Jena. Der von dem Treuhänder bestimmte Betriebsvertrauensrat musste in den letzten Tagen zurücktreten, weil er unfähig war, die Vertretung der Belegschaft durchzuführen. Gewählt wurde fast der gesamte alte Betriebsrat der ehemaligen freien Gewerkschaften.

Weberei H. Thiele, Greiz. (500 Beschäftigte). Verarbeitet wird Kunstwolle mit Kunstseide. Der Vertrauensrat wurde vom Treuhänder eingesetzt, weil er keine Mehrheit erhielt. Im Betrieb hat er weder bei den Arbeitern noch bei dem Betriebsführer etwas zu sagen. Ueber 23 Jahre alte Packer erhalten im Betrieb 52 Pfg. Stundenlohn. Ueberstunden, sofern sie notwendig sind, um die Ware zum Versand bringen zu können, werden nicht bezahlt. Die im April neu eingestellten Handwerker erhalten einen Stundenlohn von 43 Pfg.

Rhein und Ruhr:

München-Gladbach: Gesellschaft für Baumwollindustrie. Am schwarzen Brett wurde bekanntgegeben: "Um auch den erwerbslosen SA-Führern die Teilnahme am Reichsparteitag in Nürnberg zu ermöglichen, hat jedes Gefolgschaftsmitglied einen Stundenlohn abzuführen. Der Betrag wird bei der nächsten Lohnzahlung auf dem Lohnbüro einbehalten. Wer von den Belegschaftsmitgliedern mit dieser Massnahme nicht einverstanden ist, hat sich sofort auf dem Lohnbüro zu melden. Jeder der sich den Betrag nicht abziehen lässt, hat die aus solchem Verhalten entstehenden Folgen zu tragen."

Die Wirkung dieses Anschlages war für die Nazis verblüffend. Trotz der Drohungen stand die Belegschaft einige Stunden später zu Hunderten in Schlangen vor dem Lohnbüro, um gegen die Einbehaltung des Stundenlohnes zu protestieren. Der Erfolg der Aktion war, dass die drei Zellenmitglieder sich den Stundenlohn einbehalten liessen; die übrigen 400 Mann zahlten nicht. Aus Rache wurden einige Belegschaftsmitglieder unter der Beschuldigung der Vorbereitung zum Hochverrat verhaftet, trotzdem jeder Arbeitskamerad weiss, dass die betreffenden sich niemals um Politik gekümmert haben.

Zeche Rheinpreussen 4 (Belegschaft 1500 Mann): Ein Bergmann wird beim Vertrauensrat wegen einer unverschuldeten Lampenreparatur vorstellig. Der Vertrauensrat aber meint, der Bergmann solle erst zum Betriebsführer gehen. Der Betriebsführer ist als Brülljude bekannt; deshalb geht niemand gern zu ihm. So auch in diesem Fall, der Mann bezahlte lieber selber die Reparatur.

Auf derselben Schachtanlage erkundigt sich ein Bergmann bei demselben Obmann nach dem steuerfreien Einkommen. Der sagt nach langem Suchen in seinen Büchern, er solle sich an Ruesenberg wenden, der wäre genau im Bilde. Ruesenberg ist der Obermarkenkontrollleur.

Als Hindenburg beerdigt wurde, sollte die Belegschaft geschlossen an der Trauerfeier teilnehmen. Von der ganzen Belegschaft nahmen etwa 130 bis 140 teil.

Kleine Metallwarenfabrik in Duisburg. (60 Beschäftigte). Ausser den drei Vertrauensleuten sind im Betrieb alles alte organisierte Metallarbeiter. Im Laufe der Zeit war eine Fahne angeschafft worden. In der vergangenen Woche sagte der Fahmenträger zu seinen Kollegen, sie möchten ihm alle ein paar Groschen geben für einen braunen Anzug. Sein Sonntagsanzug litte zu viel beim Fahmentragen. Die Kollegen lehnten unter Hinweis auf ihren geringen Verdienst ab. Daraufhin wandte sich der Fahmenträger an den Obmann. Dieser legte bei der letzten Lohnzahlung eine Liste vor und forderte jeden zur Zeichnung auf. Die alten organisierten Arbeiter fielen um und zahlten. Als dieser Nazi zu einem sechzehnjährigen Lehrling kam (ein Schüler der früheren weltlichen Schule) lehnte dieser als Einziger ab. Sein Vater sei schon vier Jahre arbeitslos und hätte ebensowenig wie er selber einen Sonntagsanzug. Auch könnte er seine Gesinnung nicht verleugnen. Der Obmann zog unter Drohungen ab. Die alten freuten sich über den Mut des Jungen, sie selbst aber waren feige und zeigten kein Rückgrat.

Hütte Ruhrort Meiderich. Zu den grossen Heldentaten Hitlers gehörte auch die Inangsetzung dieser Hütte. Das geschah aber nur mit Worten. Bis heute liegt diese modernste Hütte, von einer Abteilung von 300 Mann abgesehen, still. Früher war sie das Musterbeispiel für den Heroismus der Arbeiter, die einen weitgehenden Lohnabbau auf sich nehmen wollten, entgegen der Haltung ihrer Gewerkschaften, nur um arbeiten zu können. Ein solches Beispiel ist jetzt nicht mehr nötig, denn was den Lohnabbau anbetrifft, so sind alle Betriebe des Dritten Reiches gleichgeschaltet. Deshalb braucht der Führer auch nicht mehr mit Ruhrort-Meiderich zu paradiere.

Hoerschwerke in Hoerde bei Dortmund. Es wird von starker illegaler Arbeit berichtet, die in der Form der Verbreitung von illegalen Schriften erfolgt und der Gestapo aufgefallen ist. Die Gestapo hat ihren Sitz von Dortmund aus nach Hoerde verlegt, angeblich aus Raummangel, tatsächlich aber, um die illegale Arbeit in Hoerde besser bekämpfen zu können.

Motorenfabrik Deutz AG.: (3000 Arbeiter und Angestellte). Anfang August wurden morgens zahlreiche Flugblätter an den Arbeitsplätzen gefunden. Das zweiseitig gedruckte Flugblatt beschäftigte sich mit der katastrophalen Wirtschaftslage im Dritten Reich und mit der politischen Situation.

Radium-Gummiwerke m.b.H. Köln-Dellbrück. Im Juli erfolgte eine Lohnsenkung um 20 bis 30 Prozent. Sie wurde mit folgender Bekanntmachung der Betriebsführung eingeleitet:

"Die wirtschaftliche Lage zwingt die Betriebsführung, zum Zwecke der Aufrechterhaltung des Unternehmens eine Absenkung der gesamten Löhne und Gehälter vorzunehmen. Die Absenkung bezieht sich auf die bisher gezahlten Akkord- und Prämien-Ueberservisdienste und es werden daher nach eingehender Beratung im Vertrauensrat sämtliche Akkord- und Prämien-sätze hiemit zum 29. Juli ds.Js. aufgekündigt.

Die Absenkung der Gehälter ist bereits im Wege der freiwilligen Vereinbarung durchgeführt.

Die Ermässigung der Löhne erfolgt in der Form; dass eine Abteilung nach der andern im Vertrauensrat unter Hinzuziehung von Belegschaftsmitgliedern besprochen wird. Es wird gebeten, von unnötigen Rücksprachen abzusehen, solange die Bäsprechung mit der betr. Abteilung noch nicht stattgefunden hat.

Jedes Gefolgschaftsmitglied muss sich darüber klar sein, dass es sich um eine Massnahme handelt, zu der nur die äusserste Not zwingt und dass es keine andere Möglichkeit gibt, das Unternehmen zu erhalten. Betriebsführung und Vertrauensrat erwarten daher von der Gefolgschaft, dass sie aus einem echten Gemeinschaftsgeist heraus die Lage würdigt.

Köln-Dellbrück, den 13. Juli 1934.

Toe./S.

Die Betriebsführung:

(Unterschrift unleserlich)

Der Vertrauensrat:

(gez. Sloop)."

Druckerei-Betrieb in Köln (70 Beschäftigte): 80 Prozent der Belegschaft ist länger als zehn Jahre im Betrieb. Fast alle Arbeiter waren langjährige Gewerkschaftsmitglieder. Ihrer sozialistischen Gesinnung sind sie treu geblieben. Ausserdem gibt es ein halb Dutzend Nazis im Betrieb. Der lächerlichste und dümmste Kollege von dieser Sorte ist NSBO-Obmann. Für uns hat das weiter nichts zu besagen, als dass er uns die Einladungen zu Verbandsversammlungen ausliefert. Nur hin und wieder geht einmal einer von den Nazis in diese Versammlungen. Die übrigen Kollegen haben sämtlich seit der "Machtübernahme" keine Versammlung mehr besucht. Man bedauert nur, dass man noch die Beiträge zahlen muss. Wenn der NSBO.-Mann Abzeichen oder Plakate verkauft, so ist das jedesmal für mich ein Gaudium. Abgesehen davon, dass er nur 4 bis 5 verkauft, so wird er jedesmal mit guten Ratschlägen und Lehren derart versorgt, dass er froh ist, dass er die Türe wieder von draussen zumachen kann. Nationalsozialistischen Kult und politischen Zwang gibts bei uns nicht!

In unserem Betrieb herrscht übrigens vollkommene Redefreiheit. (Soweit man dies Fremdwort noch gebrauchen kann.) Abgesehen von wenigen Ausnahmen, macht niemand aus seiner antifaschistischen Gesinnung ein Hehl. Offen wird kritisiert und bemängelt, was einem nicht gefällt. Man möchte heraus aus dem Uebelstand der faschistischen Macht; auch weiss man, dass die Zeit nicht mehr allzu fern ist. Aber was dann kommen wird, darüber gehen die Meinungen auseinander. Arbeiter-

deutschland, rote Mächte, das ist das Sehnen aller. Aber man glaubt allgemein, die Arbeiterbewegung sei noch nicht reif genug. Wenn sie auch gelernt habe, so sei die neue Bewegung, an deren Existenz niemand zweifelt, doch noch zu jung, um Positives leisten zu können. Doch was uns fehlt, das wissen wir alle; das ist die Freiheit!

Hannover:

Continental-Gummiwerke. (Belegschaft 9000 Mann). Ley hat vor einiger Zeit die Werke besichtigt. Zur Erinnerung an diesen Besuch haben die Werke ein Dreifarbenbild herstellen lassen, das Ley darstellt, wie er einem Arbeiter die Hand drückt. Es war Pflicht jedes Arbeiters, ein solches Bild zum Preise von 30 Pfennig abzunehmen.

In den letzten Wochen sind starke Kürzungen der Akkordsätze erfolgt, für einzelne Kategorien sogar in Höhe von 10 - 17 Mark wöchentlich. Als einzelne Arbeiter mit einer Klage drohten, wurde der zu unrecht einbehaltene Lohn nachgezahlt. Die Direktion sagte diesen Arbeitern, sie möchten hievon den anderen nichts sagen, damit diese nicht auch die Nachzahlung der einbehaltenen Akkordsätze forderten.

Auf einem Handelsdampfer:

Nach dem 30. Juni hat sich auf hoher See auf dem grossen Handelsschiff X. folgender Vorgang abgespielt: Bei der Begegnung mit einem Schiff fremder Nationalität werden zur gegenseitigen Begrüssung die Flaggen gehisst. Der Kapitän Y. steht dabei und sagt verächtlich bei der Hissung der Hakenkreuzflagge: "Für den Schwindellappen sollten wir besser ein Stück Segeltuch hochziehen. Wer soll in der Welt vor uns noch Achtung haben." Bis auf einen dem Schiff vom Marinesturm zugeteilten Schiffsjungen ist die ganze Besatzung begeistert von ihrem Kapitän, der endlich ein erlösendes Wort sprach. Der Schiffsjunge meldet den Kapitän bei der Ankunft im deutschen Hafen der Gestapo. Darauf wird der Kapitän von Bord weg verhaftet und ins Konzentrationslager gebracht.

In der Arbeitsfront haben die Nationalsozialisten mit einer Kette von Schwierigkeiten zu kämpfen, die nicht abreißen will. Eine der grössten Schwierigkeiten ergibt sich aus dem Mangel an geeigneten Kräften für die Amtswalterposten. In der Liste der Korruptionsfälle, die wir in den letzten Berichten zusammengestellt haben, nimmt die Arbeitsfront den ersten Platz ein. Aus vielen Landesteilen erreichen uns seit einiger Zeit Meldungen, dass man sich in der Arbeitsfront in wachsendem Masse darum bemüht, frühere Funktionäre der Gewerkschaften zur Uebernahme von Amtswalterposten zu bewegen. Dieses Bemühen nimmt gelegentlich geradezu groteske Formen an. So wird uns folgender Fall berichtet, dessen nähere Umstände wir aus begreiflichen Gründen nicht bekanntgeben können:

In X. wurde vor Kurzem die Fachschaft der Angestellten neu formiert. Nachdem mehrere Versammlungen ergebnislos verlaufen waren, weil immer zu wenig Leute gekommen waren, gelang es schliesslich eine ausreichend besuchte Versammlung zustandezubringen. Ein früherer Genosse, Angestellter bei ging zu dieser Versammlung und setzte sich an einen Tisch, an welchem schon einige Herren sassen. Diese unterhielten sich über die Neuorganisation und der Genosse mischte sich in das Gespräch. Er sei das erste Mal da und höre jetzt so verschiedene Ansichten und seine Ansicht sei die und die. Die Herren stellten dann auch im Laufe der weiteren Unterhaltung sich gegenseitig vor. Als die offizielle Sache nun losging, waren die Tischgenossen auf der Bühne zu sehen und einer erklärte den Zweck der Neuorganisation und dass man heute einen Leiter der Sache zu bestimmen habe. Sie seien hierzu von der NSDAP und der Arbeitsfront abgesandt worden. Des Weiteren machte der Sprecher sofort den Vorschlag, dass Herr Y. die Geschäftsführung der Fachschaft übernehmen solle. Herr Y. war aber mein Bekannter, der erst die Herren am Tische kennengelernt hatte. Er wurde auch ohne Widerspruch akzeptiert. Als er einwandte, dass er ehrenamtlich die Sache gar nicht machen könne, weil der Bezirk zu gross sei, wurde ihm eröffnet, dass er die Sache doch bezahlt machen solle. Als Gehalt wurde ihm das gleiche, wie in seiner letzten Stellung bewilligt. Auch die von ihm geforderten Schreibkräfte wurden ihm sofort zugestanden. So kommt es, dass heute ein Marxist Führer einer grossen Fachschaft ist.

Eine andere grosse Sorge der Arbeitsfront ist die wachsende Beitragsmüdigkeit der Mitglieder. Aus verschiedenen Landesteilen erhalten wir Berichte über die Bemühungen der Arbeitsfront, ihre Mitglieder zur Begleichung der Rückstände anzuhalten. Der "Völkische Beobachter" vom 15. September brachte sogar eine öffentliche Mahnung der

Gaues Gross-Berlin an alle Einzelmitglieder der D.A.F. In Sachsen hat Gauleiter und Reichsstatthalter Mutschmann, gemeinsam mit dem Bezirksleiter der D.A.F., in einem Aufruf vom 15. September die Teilnehmer aufgefordert, die Einziehung der DAF-Beiträge durch die Lohnbüros vorzunehmen. Aus Bayern geht uns folgender Bericht zu:

Von allen Betrieben, mit denen wir Verbindung haben, wird gemeldet, dass die Beiträge zur Arbeitsfront äusserst schlecht eingehen. Fast alle Arbeiter sind mit ihren Beiträgen im Rückstand. Zurückzuführen ist diese Zahlungsunwilligkeit einerseits auf die geringen Leistungen der Verbände, andererseits auf die sich häufenden Unterschlagungen und das offensichtliche Bonzenleben der Angestellten.

Weiter ist feststellbar, dass das Geschäftsgebaren der Arbeitsfront in eine derartige Unordnung gekommen ist, dass sich bald niemand mehr auskennt. Angestellte der DAF. erklären selbst, dass sie sich die Übernahme der Verbände und die Arbeitstechnik derselben viel leichter vorgestellt haben. Die mit ihrer Zahlung rückständigen Mitglieder werden endlos gemahnt. Zuletzt kennt sich überhaupt niemand mehr aus. Dann kommt ein Schreiben der Fachschaft Kasse, wie das folgende, das einem Genossen nicht weniger als siebenmal ins Haus geschickt worden ist:

"Deutsche Arbeitsfront
Reichsbetriebsgemeinschaft Verkehr und öffentliche Betriebe,
München, Luisenstrasse 15. München, den 5. Juni 1934.

Fachschaft: Kasse.

A./F.

Werter Volksgenosse !

Zur Neuorganisation der Deutschen Arbeitsfront benötigen wir eine genaue Feststellung der in den bisherigen Verbänden zusammengeschlossenen Mitglieder.

Ich ersuche Sie nun, auch wenn Sie mit Ihren Beiträgen im Rückstand sind, so rasch als möglich mit Ihrem Mitgliedsbuch oder Ihrer Mitgliedskarte in unser Kassenbüro, Luisenstrasse 15, Zimmer 4, zu kommen.

Bei der grossen Bedeutung einer Mitgliedschaft in der Deutschen Arbeitsfront und der Aufrechterhaltung derselben, liegt es in Ihrem eigensten Interesse, mit dem Ersuchen umgehend nachzukommen.

Heil Hitler!

(gez. S. Egger)

Kreisfinanzwart."

Ueber die Ursache der Beitragsmüdigkeit äussert sich eine besonders sachkundiger Beobachter folgendermassen:

Nach der Gleichschaltung der Gewerkschaften wurden vom X-Verband in Y. anstelle der alten Unterkassierer Nazis als Unterkassierer angestellt. Nach kurzer Zeit musste die neue Gewerkschaftsleitung jedoch die alten Unterkassierer wieder heranziehen. Kürzlich veranstaltete der Kreisleiter eine Besprechung mit allen Hilfskassierern, in

der er mitteilte, dass die Einnahmen des Verbandes seit der Gleichschaltung wesentlich zurückgegangen seien und noch nicht ein Drittel der früheren Höhe erreichten. Er forderte die Kollegen auf, Vorschläge für die Erhöhung der Einnahmen zu machen. In der Diskussion stellten sich die Kollegen auf den Standpunkt, dass die Mitgliedschaft seit der Gleichschaltung nur noch den niedrigsten Beitrag leistet, da die Gewerkschaften heute keine Kampforganisationen mehr sind. Früher konnten die Arbeiter u.a. auf dem Wege des Streiks ihre Lohnforderungen durchsetzen, jetzt aber sind ihnen diese Möglichkeiten vollständig genommen. Früher war die Gewerkschaftszeitung ein Blatt, das der beruflichen Fortbildung der Arbeiterschaft diente, heute ist die gleichgeschaltete Verbandszeitung ohne jeden Wert für die beruflichen Interessen der Arbeiter. Es fehlen alle sachlichen Informationen und es gibt auch keine wirtschaftlichen Übersichten mehr. Die alten Gewerkschaftler waren ausserdem gewöhnt, alle Vierteljahre eine genaue Abrechnung über Einnahmen und Ausgaben zu erhalten. Sie hatten die Möglichkeit, selbst Vorschläge für eine andere Verwendung der eingegangenen Gelder zu machen und sie hatten vor allem jederzeit eine Kontrolle über das Verbandsvermögen. Alle diese Möglichkeiten bestehen heute nicht mehr.

Es ist eine allgemeine Erscheinung, dass die Gewerkschaftler zwar die Mitgliedschaft in den Gewerkschaften aufrechterhalten, aber nur die niedrigsten Beiträge zahlen. Früher erhielten erkrankte Gewerkschaftsmitglieder ohne weitere Formalitäten die ihnen zustehende Krankenunterstützung ausgezahlt. Heute müssen sie erst ein Gesuch einreichen, das meist erst nach fünf oder sechs Wochen erledigt wird. Wird es im zustimmenden Sinne erledigt und das Gewerkschaftsmitglied ist inzwischen wieder hergestellt, dann wird ihm erklärt, dass er jetzt ja das Krankengeld nicht mehr benötige und es doch für andere Zwecke zur Verfügung stellen könnte.

Seit einiger Zeit ist die Umorganisation der Arbeitsfront im Gange. Sämtlichen Mitgliedern sind Fragebogen zugestellt worden, die "als Grundlage für die Organisation der örtlichen Verwaltungen der deutschen Arbeitsfront" gelten sollen. Nach welchen Prinzipien diese Umorganisation erfolgt, ist noch nicht voll zu übersehen. Es lassen sich aber gewisse Rückschlüsse ziehen, wenn man folgende Tatsachen beachtet:

1. Die Reorganisation der Arbeitsfront soll nach wiederholten Erklärungen Leys den Organisationsaufbau der DAF genau dem der Partei angleichen, deren Untergliederung sie ohnehin sei.

2. Durch Verfügung des Stellvertreters des Führers, Rudolf Hess, wurde das Schatzamt der DAF. der Aufsicht des Reichsschatzmeister der Partei unterstellt.

3. In den neuen Richtlinien des Organisationsleiters Selzner wird betont, dass die Organisationen der Arbeitsfront nicht sozialpolitische, sondern rein politische Organe sind und dass durch eine "feste Kuppelung der Arbeitsfront an die NSDAP die absolute Garantie dafür gegeben ist, dass eine klassenkämpferische Gewerkschaftspolitik nie in der Deutschen Arbeitsfront getrieben werden kann."

4. Die Amtswalter Brucker, Krüger und Hauenstein der Deutschen Arbeitsfront, die in der Zentralleitung eine grosse Rolle gespielt hatten (Krüger war Propagandaleiter der NSBO., Brucker Führer des Reichsverbandes der Ortskrankenkassen, Hauenstein Herausgeber des DAF-Kalenders) sind am 24. August von Ley abgesetzt worden. In einer Anordnung Leys heisst es: "Es sind die Kräfte der alten Gewerkschaften und der alten Arbeitgeberverbände, die in letzter Minute versuchen, den Aufbau zu verhindern."

5. Zur Entlassung Bruckers nimmt "Der deutsche Volkswirt" (Nr.48, S. 2139) in einer Glosse Stellung, die sich mit den organisationspolitischen Gegensätzen zwischen Arbeitsfront und NSBO beschäftigt. Es heisst dort: "Die Versuchung mag dadurch aktuell geworden sein, dass man dabei ist, die Arbeitsfront nach dem Beispiele der PO bis zu Zellen hinab neu durchzugliedern. Dabei aber trifft man notwendig auf die Betriebszellen und deren Organisation. Was soll nun werden? Sollen die Betriebszellen und die der Arbeitsfront nebeneinander bestehen? Sollen die Betriebszellen aufgelöst oder etwa in die Arbeitsfront eingegliedert werden?"

6. Aus Deutschland kommt die Nachricht, dass der Führer der NSBO, Walter Schuhmann, abgesetzt ist. Die NSBO war die Verfechterin der gewerkschaftlichen Organisationsform der Arbeitsfront.

Wenn man diese Tatsachen überblickt, liegt der Schluss nahe, dass das Wesen der Umorganisation der Arbeitsfront in einer endgültigen Preisgabe der gewerkschaftlichen, ja vielleicht sogar der Betriebs-Organisation und in ihrer Ersetzung durch eine Organisation auf der Grundlage der Wohnbezirke liegt. Zu diesem Schluss kommt ein Bericht aus Berlin:

Es bestätigt sich, dass der NSBO-Obmann Walter Schuhmann abgesetzt worden ist. Ebenso ist sein Personalchef Klapper von seinem Posten enthoben worden. Beide sind wahrscheinlich in Haft. Es ist anzunehmen, dass die Absetzung Schuhmanns ebenso wie die Absetzung der Brucker, Krüger und Hauenstein darauf zurückzuführen ist, dass sie mit der bevorstehenden Umorganisation der Deutschen Arbeitsfront nicht einverstanden sind. Brucker soll Beziehungen zu Stegerwald unterhalten haben, wobei auch der frühere deutschnationale Reichstagsabgeordnete Behrens, der bisher in der sozialpolitischen Abteilung der Arbeitsfront beschäftigt war, eine Rolle gespielt hat. Alle diese Kräfte widersetzten sich dem Plan, die bisherige Organisationsform der Arbeitsfront, die im wesentlichen den Charakter der alten Berufsverbände beibehalten hatte, auf-

zugeben und anstelle einer Berufsorganisation eine allgemeine Volksorganisation auf der Grundlage des Wohnbezirks zu schaffen.

Natürlich spielen bei den Gegensätzen zwischen Schuhmann und Ley nicht nur sachliche, sondern auch finanzielle Momente eine Rolle. Ley ist Teilhaber des Verlages der Deutschen Arbeitsfront. Der Geschäftsführer dieses Verlags Stobbe, früher Verlagsbuchhändler in München, ist der Schwager von Ley. In dem Münchner Betrieb Stobbes war früher die jetzige Frau von Hess als Sekretärin beschäftigt. Ley hat es Brucker schwer verübelt, dass er sein Buch "Der Sozialismus im Dritten Reich" nicht im Verlag der Arbeitsfront, sondern bei Reimar Hobbing hat erscheinen lassen. Da das Buch eine sehr grosse Auflage erreicht hat, ist dem Arbeitsfront-Verlag und damit auch Ley ein grosser Gewinn entgangen. Brucker und Schuhmann, der ein einleitendes Kapitel des Buches geschrieben hatte, haben je Mk. 20.000.- Honorar bekommen. Die Arbeit für das Buch aber ist in Wirklichkeit von Angestellten der Arbeitsfront gemacht worden, z.B. hat der ehemalige Sekretär der christlichen Gewerkschaftszentrale Meystre daran mit gearbeitet. Schuhmann ist seit längerer Zeit ein überaus aufwendiger Lebenswandel vorgeworfen worden, er hat eine Villa am Lehnitz-See bei Berlin, hat dort wiederholt Saufgelage veranstaltet, fuhr ein kostbares Luxusauto usw.

A n h a n g :Die Sozialdemokratische Partei Deutschlands.
Ihre Organisation und ihre Tätigkeit unter der Hitler-DiktaturA. Allgemeines

Die Sozialdemokratische Partei Deutschlands zählte bereits seit dem 30. Januar 1933, dem Tag der Ernennung Hitlers zum Reichskanzler, zu den teilweise illegal arbeitenden Parteien innerhalb der Sozialistischen Arbeiter-Internationale. Das formelle Verbot der Partei erfolgte zwar erst am 23. Juni 1933, aber dieses Verbot war nur noch die amtliche Bestätigung der bereits früher erfolgten Zerstörung aller organisatorischen Einrichtungen der Partei, es bedeutete nur noch die völlige Vernichtung der letzten Möglichkeiten einer legalen Betätigung der Partei.

Die letzte legale Reichstagung der Partei fand am 26. April 1933 in Form einer Reichskonferenz ohne vorherige öffentliche Bekanntgabe in Berlin statt. Diese Reichskonferenz trat an die Stelle des für Mai 1933 nach Frankfurt a.M. einberufenen ordentlichen Parteitag, dessen Durchführung unter den veränderten Verhältnissen unmöglich geworden war. Der Parteivorstand gab für die Beschickung dieser Konferenz die Anweisung heraus, dass jeder Bezirk von den bereits für den Parteitag gewählten Delegierten drei Vertreter entsenden könne, von denen aber mindestens zwei in keinem Anstellungsverhältnis zur Partei stehen dürften. Dieser Reichskonferenz unterbreitete der Parteivorstand durch das Referat des Parteivorsitzenden, Genossen Wels, den Bericht über die Tätigkeit der Partei in den entscheidenden Monaten des nationalsozialistischen Umsturzes und gleichzeitig die Richtlinien für die zukünftige Arbeit der Partei. Schon in diesem Referat wurde nachdrücklich auf die Möglichkeit einer Zerschlagung der Organisation und die Notwendigkeit der illegalen Fortführung der Bewegung hingewiesen. Der Parteivorstand stellte der Reichskonferenz seine Mandate zur Verfügung und die Reichskonferenz wählte nach mehrstündiger Diskussion über das Referat des Genossen Wels die Leitung der Partei. Die jetzt im Ausland tätigen Mitglieder des Parteivorstandes sind also unmittelbar vor dem Verbot der Partei durch eine Gesamtvertretung der Partei mit der Führung der Partei beauftragt worden.

Die Aufnahme der Auslandsarbeit des Parteivorstandes gründet sich auf einen ausdrücklichen Beschluss des Parteivorstandes. Am 5. Mai 1933 befasste sich der Parteivorstand mit der durch die Gleichschaltung der Gewerkschaften geschaffenen neuen Situation. In dieser Sitzung des Parteivorstandes herrschte Uebereinstimmung darüber, dass nach der Vernichtung der Freien Gewerkschaften, nach dem Vorgehen der Hitlerregierung gegen die Deutschnationalen eine Aussicht auf die Fortführung der legalen Existenz nicht mehr vorhanden sei. Die Beschlagnahme des Parteivermögens am 10. Mai bestätigte die Richtigkeit dieser Auffassung und am 21. Mai trat die Mehrheit der Parteivorstandsmitglieder zu einer Sitzung in Saarbrücken zusammen, in der der Beschluss gefasst wurde, den Sitz des Parteivorstandes nach Prag zu verlegen.

In diesen Tagen ergab sich allerdings, dass die in Berlin verbliebenen Vorstandsmitglieder, im Gegensatz zu dem Beschluss vom 5. Mai eine weitere politische Tätigkeit des Parteivorstandes in Berlin für möglich hielten. Sie setzten sich auch im Gegensatz zu der in Saarbrücken versammelten Mehrheit des Parteivorstandes für die Teilnahme der Sozialdemokratischen Reichstagsfraktion an der Reichstags-sitzung vom 17. Mai ein, und sie bereiteten die Bildung eines neuen Parteivorstandes in Berlin unter Ausschluss der ins Ausland gegangenen Parteivorstandsmitglieder vor. Um die Gesamtpartei vor den politischen Schäden einer derartigen abwartenden Haltung gegenüber der Hitlerdiktatur zu bewahren, grenzte sich der Parteivorstand gegen diese Auffassungen klar ab und brachte durch seinen Beschluss, den Sitz des Vorstandes der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands nach Prag zu verlegen, zum Ausdruck, dass er allein berechtigt ist, die deutsche Sozialdemokratie organisatorisch und politisch zu vertreten. Die zwischen Berlin und Prag in dieser Frage bestehenden Gegensätze wurden durch das Verbot der Partei am 23. Juni beseitigt. Seit diesem Tage gibt es innerhalb und ausserhalb Deutschlands ausser dem Parteivorstand in Prag keine Körperschaft, die sich in bezug auf die Vertretung der deutschen Sozialdemokratie auf ein so umfassendes Mandat berufen kann wie der auf der Reichskonferenz in Berlin gewählte Vorstand der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Trotz dieser eindeutigen Sachlage ist sich der Parteivorstand im klaren über die selbstverständliche Begrenzung seiner Funktionen,

die sich aus der besonderen Situation der deutschen sozialdemokratischen Bewegung in der Illegalität ergibt. Die Unmöglichkeit, die politische Linie der Partei im ständigen engen Meinungsaustausch mit den in Deutschland tätigen Gruppen und Mitarbeitern und der in Deutschland lebenden grossen Masse der Mitgliedschaft festzulegen, die Unmöglichkeit die Führung der Partei in den in normalen Zeiten üblichen Zeitabständen und Formen der Kontrolle und der Entscheidung der Gesamtpartei zu unterstellen, die totale Vernichtung der alten organisatorischen Zusammenhänge der Bewegung durch die Hitlerdiktatur, alle diese Umstände zwingen jede verantwortungsbewusste Parteiführung zu stärkster Zurückhaltung in allen Fragen, die für die Zukunft der Bewegung von entscheidender Bedeutung sein können. Der Parteivorstand hat daher von Beginn seiner Auslandstätigkeit an den Standpunkt der Treuhänderschaft gegenüber der Gesamtpartei vertreten und zur Grundlage seines Handelns gemacht.

Diese Treuhänderschaft umfasst alle Gebiete des organisatorischen und politischen Lebens der Bewegung. Sie erstreckt sich auf die Verwaltung des geretteten Parteivermögens, die Erhaltung der organisatorischen Reste der Partei, den Wiederaufbau der Bewegung und auch auf die Vertretung der sozialdemokratischen Auffassungen, der Grundsätze eines freiheitlich-demokratischen Sozialismus. Der Standpunkt der Treuhänderschaft gegenüber den in Deutschland lebenden und arbeitenden Parteigenossen schliesst es aus, dass der Parteivorstand aus eigener Machtvollkommenheit eine Entscheidung über die Zukunft der deutschen Sozialdemokratie herbeiführt. Wir wissen nicht - und niemand weiss es heute - in welchen Formen sich der Wiederaufstieg der Arbeiterbewegung in Deutschland vollziehen wird. Aber wie immer der Wiederaufbau der deutschen Arbeiterbewegung erfolgen wird, der Parteivorstand hat die Pflicht, das ideelle und materielle Gut der deutschen Sozialdemokratie zu verwalten und darüber zu wachen, dass die grosse Tradition und die entscheidenden Zielsetzungen der sozialdemokratischen Arbeiterbewegung auch in der zukünftigen Bewegung lebendig und wirksam bleiben. In jedem Fall muss die Entscheidung über diese Lebensfrage der Bewegung der in Deutschland lebenden und wirkenden Mitgliedschaft in erster Linie selbst vorbehalten bleiben.

Diese prinzipielle Einstellung zwingt den Parteivorstand auch zur Ablehnung der von einzelnen Gruppen und einzelnen Personen im In-

und Ausland erhobenen Führungsansprüche. Die Bestellung einer neuen Führung der Partei kommt allein den Vertrauensleuten der in Deutschland wieder erstehenden sozialistischen Bewegung zu. Der Parteivorstand hat die Pflicht- und wir sind uns in jedem Zeitpunkt unserer Tätigkeit dieser Pflicht bewusst gewesen- die organisatorischen Voraussetzungen für die Einberufung einer durch die Bewegung in Deutschland autorisierten illegalen Reichskonferenz zu schaffen. Die nachfolgende Einzeldarstellung unserer Arbeit beweist, dass wir diesem Ziel im ersten Jahr unserer illegalen Tätigkeit ein gutes Stück nähergekommen sind. Wenn wir trotzdem heute die Einberufung einer derartigen Reichskonferenz zu einem nahen Zeitpunkt nicht in Aussicht nehmen können, so liegen die Hindernisse vor allem in den objektiven Bedingungen, unter denen die illegale sozialistische Bewegung heute noch in Deutschland zu arbeiten gezwungen ist. Gegenwärtig wäre eine Reichskonferenz im In- oder Ausland nur möglich um den Preis der stärksten Gefährdung der entscheidenden Träger unserer illegalen Arbeit in Deutschland. Ein weiteres schwerwiegendes Hindernis für die Einberufung einer Reichskonferenz bilden der gegenwärtige Stand der organisatorischen Entwicklung und die geistig-politische Situation der neuen Bewegung in Deutschland.

Die hier dargestellte und von uns selbst gewählte Begrenzung unserer Aufgabe gegenüber der Gesamtbewegung schliesst den Verdacht aus, dass andere als rein sachliche Gründe unsere Entscheidungen in dieser Frage beeinflussen. Wir sind der Gesamtpartei Rechenschaft schuldig für die Tätigkeit, die wir heute ohne die enge und ständige Zusammenarbeit zwischen Führung und Mitgliedschaft leisten müssen. Jeder, der die drückenden und beklemmenden Bedingungen einer derartigen Arbeit kennt, wird wissen, dass wir jede mögliche und gegenüber den Trägern der illegalen Bewegung vertretbare Lösung benutzen werden, um die Verantwortung für das Schicksal und die Politik der deutschen Sozialdemokratie in Gegenwart und Zukunft auf die Schultern der Gesamtbewegung zu legen.

B. Unsere Deutschland-Arbeit

1. Die parteipolitische Situation .

In unserer bisherigen Tätigkeit sind wir von folgenden grundsätzlichen Erwägungen ausgegangen: Wir erwarten den Sturz der

Diktatur in Deutschland nicht von aussen, wir bauen nicht auf das Glück des Zufalls, sondern wir wissen, dass die Sammlung und die Aktivierung der Arbeiterschaft im Kampf gegen die Hitlerdiktatur die wesentlichste Voraussetzung für die Beseitigung dieser Diktatur ist. Das Schwergewicht unserer Arbeit lag daher vom ersten Augenblick an in Deutschland. In der ersten Zeit hatten wir dabei grosse Schwierigkeiten zu überwinden. Wir standen vor einem grossen Trümmerfeld. Alle Organisationen der Arbeiterschaft, politische, gewerkschaftliche und kulturelle, waren zerschlagen oder in sicherem Besitz des Gegners. Die Massen unserer Anhänger, die seit September 1930 einen beispiellos zähen und opfervollen Abwehrkampf gegen die drohende faschistische Gefahr geführt hatten, und die noch in den Terrorwahlen vom 5. März 1933 ein Beispiel bewunderungswürdiger Treue zur Partei lieferten, waren nach dem Zusammenbruch aufs schwerste deprimiert und fast völlig gelähmt. Dazu kamen in der ersten Zeit die hemmenden Auseinandersetzungen zwischen Berlin und Prag. Ein Teil der Parteifunktionäre sträubte sich noch immer gegen die Erkenntnis, dass der Wiederaufbau der Bewegung nur unter den Bedingungen der völligen Illegalität in Angriff genommen werden konnte. So mussten wir in den ersten Monaten beginnen mit der Fühlungnahme mit einzelnen zur Mitarbeit bereiten Genossen und mit kleinen, meist örtlich begrenzten aktiven Gruppen junger Parteigenossen und Reichsbannerkameraden. Nur in den wenigsten Fällen konnten wir anknüpfen an die Menschen und Einrichtungen der alten Organisation. Damals schien es so, als sei dem Faschismus nicht nur die organisatorische Vernichtung, sondern auch die geistige und seelische Ueberwindung der deutschen Sozialdemokratie gelungen. Es schien unser Schicksal, als letzte Sachwalter einer grossen, aber restlos vernichteten Bewegung in einem für lange Zeit hoffnungslosen Kampf gezwungen zu werden, der, ohne Resonanz im Innern, nichts mehr lebendig zu erhalten vermochte als die Erinnerung an die grosse Vergangenheit der deutschen Sozialdemokratie.

2. die Reaktivierung der sozialistischen Arbeiterbewegung .

Heute ist das Bild wesentlich anders. Die Zahl der aktiven Gruppen, die Zahl unserer ständigen Mitarbeiter in Deutschland ist zwar, gemessen an der Mitgliederzahl der Partei vor dem 30. Januar 1933 nach wie vor relativ klein. Aber die Erfolgsaussichten unserer Arbeit sind wesentlich gestiegen. Denn die organisierte Arbeiterschaft hat die Depression

und die Lethargie in weitem Masse überwunden. Im Lichte ihres neu-
erwachenden Interesses an der politischen Arbeit zeigt sich immer
deutlicher, dass der Kern der deutschen Arbeiterschaft, die in der
Partei und in den Freien Gewerkschaften organisierten Arbeiter, nicht
gleichgeschaltet ist. Der Nationalsozialismus hat diesen Kern nicht
zu erobern vermocht, er hat ihn nicht in seiner sozialistischen Ge-
sinnung erschüttern können. Wir stützen uns bei dieser Feststellung
zunächst auf die Beweise, die das Regime gezwungenermassen selbst lie-
fert. Die Vertrauensrätewahlen in den Betrieben im Frühjahr 1934
brachten eine völlige Niederlage der NSBO. Fast in allen Betrieben
blieben die NSBO-Kandidaten in der Minderheit, während frühere frei-
gewerkschaftliche Betriebsräte, soweit sie als Kandidaten zugelassen
wurden, die höchsten Stimmenzahlen erhielten. Noch eindeutiger spre-
chen die Zahlen der sogenannten Volksabstimmung vom 19. August 1934.
Die Wahlergebnisse sind nach den uns vorliegenden Berichten in viel
grösserem Umfange gefälscht worden als die Ergebnisse vom 12. Nov. 33.
Aber trotzdem lassen die amtlich veröffentlichten Ergebnisse die
Widerstandszentren in Deutschland klar erkennen. Sie liegen vornehm-
lich in den Grosstädten und Industriebezirken, und dort wiederum sind
die Nein-Stimmen in den Städten und Bezirken am höchsten, die als
sozialdemokratische Hochburgen bekannt sind, wie Hamburg, Lübeck, Bre-
men, Berlin, Leipzig, Bielefeld und viele andere Städte.

Wir stützen uns aber auch auf die Berichte unserer Vertrauensleute
im Reich, die in dem einen Punkt völlig übereinstimmen, dass Ueber-
läufer zu den Nazis aus den Reihen der freigewerkschaftlich und sozial-
demokratisch organisierten Arbeiterschaft kaum zu verzeichnen sind.
Zwar gehören auch früher sozialdemokratisch organisierte Arbeiter der
NSBO und vor allem den gleichgeschalteten Gewerkschaften und gleichge-
schalteten Kulturorganisationen an, aber ihre sozialistische Gesinnung
ist unverändert. Es kann nach diesen Berichten ohne Uebertreibung ge-
sagt werden, dass im Falle einer freien Organisationsmöglichkeit in
Deutschland die Sozialdemokratische Partei in kürzester Frist ihren
alten Mitgliederstand wieder erreichen würde.

In der letzten Zeit verstärkt sich auch das Bedürfnis der Masse
der früheren Parteimitgliedschaft nach zuverlässigen politischen Infor-
mationen und die Bereitwilligkeit zu aktiver Mitarbeit, sodass unsere
Arbeit heute wesentlich breitere Schichten der Parteigenossenschaft
erfasst als vor etwa einem Jahr.

Wir stehen in Deutschland offensichtlich vor einer Reaktivierung der sozialistischen Arbeiterbewegung. Die Vorstellungen in der ersten Zeit der Illegalität, dass unter den besonderen Bedingungen der illegalen Arbeit die alten organisatorischen Formen der Arbeiterbewegung überwunden werden und eine neue einheitliche revolutionäre sozialistische Arbeiterbewegung an die Stelle der zersplitterten Bewegung vor dem Zusammenbruch treten würde, findet im heutigen Zustand der deutschen Bewegung keine Stütze mehr. Zwar haben sich die Bedingungen der Arbeit aller Gruppen der Arbeiterbewegung weitgehend angeglichen, aber die organisatorischen und ideellen Abgrenzungen der einzelnen Gruppen bestehen fort. Neben den illegalen Gruppen der Sozialdemokraten finden wir selbständige Gruppen der Sozialistischen Arbeiter-Partei, der Kommunistischen Opposition und der Kommunistischen Partei Deutschlands. Jede dieser Gruppen arbeitet mit eigenem Material und betont mit Nachdruck ihre besondere ideologische Haltung und politische Zielsetzung. Eine Uebereinstimmung besteht im wesentlichen nur in der Negation, im Kampf gegen die Hitlerdiktatur.

3. Das Verhältnis zu den Kommunisten.

Diese Entwicklung hat organisatorische, politische und prinzipielle Ursachen. Die grossen Gefahren, die in Deutschland mit jeder illegalen Arbeit verbunden sind, bedingen die schärfste Abgrenzung gegen jede andere illegale Gruppe und gegen jeden einzelnen, der sich zur Mitarbeit bereit erklärt, ohne dass seine politische Vergangenheit und seine frühere politische Tätigkeit die vollständige Gewähr für seine Zuverlässigkeit bieten. Hinzu kommt noch, dass die Prinzipien der illegalen Arbeit in den einzelnen Gruppen ausserordentlich verschieden sind. Die Kommunisten arbeiten mit einem rücksichtslosen Einsatz ihres Menschenmaterials. Sie opfern auch vielfach heute noch bedenkenlos ihre illegalen Mitarbeiter, wenn sie sich davon einen Augenblickserfolg propagandistischer Art versprechen. Die Kommunistische Partei Deutschlands fordert selbst von ihren gefährdeten Leuten die Fortsetzung der illegalen Arbeit in Deutschland. Unser Standpunkt dagegen ist, dass jede illegale Arbeit nur unter den denkbar stärksten Sicherungen für Freiheit und Leben ihrer Träger geleistet werden darf, und dass niemals die aktiven Kräfte der Bewegung um eines billigen Augenblickserfolges willen aufs Spiel gesetzt werden dürfen.

Die Zusammenarbeit mit den Kommunisten auch nur im Rahmen örtlicher Verbindungen wird von den sozialdemokratischen Gruppen fast durchweg auch mit der Begründung abgelehnt, dass die Spitzelgefahr bei dieser Zusammenarbeit so gross ist, dass jede derartige gemeinsame Arbeit beinahe automatisch eine Gefährdung unserer Genossen zur Folge hat. Diese Spitzelgefahr besteht auch heute noch.

Zu diesen organisatorischen Gründen gesellen sich die politischen. Das Zentralkomitee der Kommunistischen Partei Deutschlands verfolgt in seinen illegalen Veröffentlichungen und in seinen Verlautbarungen im Ausland gegenüber der Sozialdemokratie die alte Politik. Für das Zentralkomitee ist die Vernichtung der Sozialdemokratie auch jetzt noch die Voraussetzung für die Ueberwindung des Faschismus, und es betrachtet die augenblickliche Einheitsfrontkampagne, wenigstens in Deutschland, nur als ein Manöver, um die sozialdemokratischen Massen zu gewinnen, die sich nach den Berichten im Exekutivkomitee der Kommunistischen Internationale gegenüber der kommunistischen Beeinflussung ebenso immun erwiesen haben wie gegenüber den nationalsozialistischen Verlockungen.

Darüber hinaus bestehen aber auch die prinzipiellen Unterschiede zwischen Kommunisten und Sozialdemokraten in grossem Umfange fort. Die ideologische Einstellung der deutschen Sozialdemokraten ist heute keineswegs einheitlich. Ihre Vorstellungen über Taktik und Ziel der deutschen Sozialdemokratie gehen oft weit auseinander. Aber so sehr sie sich von der Politik der Sozialdemokratie in der Vergangenheit in vielen Fällen abgrenzen, so sehr sie die schwächliche Selbstaufgabe der deutschen Demokratie verurteilen, so entschieden lehnen sie die fortgesetzte kommunistische Zersetzungsarbeit ab. Von den Kommunisten trennen sie auch die Vorstellungen vom inneren Aufbau einer neuen einheitlichen sozialistischen Bewegung. Die Kommunisten kennen keine Parteidemokratie, keine Meinungsfreiheit innerhalb der Partei. Die Kommunistische Partei Deutschlands ist heute wie früher ein Instrument sowjetrussischer Aussenpolitik. Die deutschen Sozialdemokraten sind auch heute nicht bereit, auf ihre demokratischen Rechte innerhalb der Bewegung zugunsten einer Parteidiktatur nach kommunistischem Vorbild zu verzichten. Nicht weniger tiefgehende Differenzen bestehen zwischen den deutschen Sozialdemokraten und den Kommunisten in bezug auf das politische Ziel des Kampfes. Das Ziel der Sozialdemokratie ist nicht ein Rätedeutschland nach russischem Vorbild,

sondern ein freiheitlich-sozialistisches Deutschland, das seinen Bestand mit harter Entschlossenheit gegenüber seinen Gegnern sichert, das in einer möglichen revolutionären Uebergangszeit die politischen und wirtschaftlichen Voraussetzungen seines Bestandes schafft, das aber dem deutschen Volke die Freiheit seines geistigen und kulturellen Lebens zurückgibt.

Die Sehnsucht nach der Einigung der Arbeiterklasse ist heute in Deutschland so stark wie nie zuvor. Es kann auch keinen Zweifel darüber geben, dass die Ueberwindung der unglückseligen Spaltung der deutschen Arbeiterbewegung von grösster politischer Bedeutung für die Gegenwart und Zukunft der deutschen und internationalen Arbeiterklasse sein würde. Die Entwicklung in Deutschland zeigt aber, dass dieses hohe Ziel nicht erreicht werden kann durch rein organisatorische Massnahmen, sondern dass eine ehrliche und dauernde Einigung der deutschen Arbeiterbewegung nur möglich ist, wenn zuvor die entscheidenden politischen und grundsätzlichen Differenzen überwunden sind.

Die Richtigkeit dieser Feststellung wird bewiesen durch die Tatsache, dass die einzelnen Zweige der früheren sozialdemokratischen Arbeiterbewegung heute enger denn je zusammenarbeiten. Es gibt im gegenwärtigen Zeitpunkt keine selbständigen Funktionen der einzelnen Gruppen der Arbeiterbewegung oder einzelner ihrer Funktionäre, denn die organisatorische Wiederherstellung der deutschen Arbeiterbewegung in allen ihren Zweigen hat den Sturz der Diktatur zur Voraussetzung. Der Augenblick für eine fruchtbare Diskussion über die zukünftigen Formen der Arbeiterbewegung ist noch nicht gekommen. Aber bereits heute steht fest, dass die Geschichte der deutschen Sozialdemokratie nicht mit dem 30. Januar abschliesst, sondern dass sie im schwersten Kampf der Illegalität eine Erneuerung erlebt, die ihre Zukunft sichert und den endgültigen Sieg ihrer Ideen vorbereitet.

C. Unsere Organisation

1. Der organisatorische Stand.

Wir haben neben dem Büro der Sopade in Prag ein Netz von Grenzsekretariaten an allen deutschen Grenzen aufgezogen, die überwiegend von Genossen geleitet werden, die über grosse organisatorische

Erfahrungen verfügen und die das ihrem Sekretariatssitz gegenüberliegende deutsche Grenzgebiet aus ihrer früheren Tätigkeit genau kennen. In der Tschechoslovakei besitzen wir zur Zeit sechs Grenzssekretariate bzw. Grenzstellen. Weitere wichtige Stützpunkte befinden sich an der deutschen Westgrenze. Unsere nördlichste Grenzstelle hat ihren Sitz in Kopenhagen. Insgesamt werden durch diese Grenzstellen 24 Bezirke der alten Parteiorganisation erfasst.

Die organisatorischen Formen der illegalen Bewegung sind ebenso unterschiedlich wie die Methoden der illegalen Arbeit. Die Unterschiede sind bedingt durch die Verschiedenartigkeit der Verhältnisse in Deutschland. Wir haben Gebiete, in denen der Terror und der politische Druck jeden Versuch einer festeren organisatorischen Zusammenfassung unserer Anhänger verbieten, in denen nur der engste Kreis unserer Mitgliedschaft mit Informationsmaterial versehen werden kann, während in anderen Bezirken die Mitglieder der Sozialdemokratie verhältnismässig wenig behelligt werden und in denen die kritische Stimmung der Bevölkerung gegenüber der Diktatur schon soweit fortgeschritten ist, dass mit einer stillschweigenden Duldung unserer Materialverbreitung durch diese Bevölkerungskreise gerechnet werden kann.

Als allgemeine Feststellung kann gelten, dass ein fester organisatorischer Zusammenschluss der Parteimitgliedschaft unter den gegenwärtigen Verhältnissen in Deutschland nicht möglich ist. Er ist auch nicht zu schaffen in neuen sogenannten neutralen Vereinen, da ja auch das gesamte Vereinswesen nationalsozialistischen Kommissaren und Parteistellen unterstellt ist. Trotzdem findet die Masse der Parteimitgliedschaft Gelegenheiten zur persönlichen Fühlungnahme und zum Meinungsaustausch. In den Betrieben und in den Arbeitsämtern hat die mündliche Propaganda in den letzten Monaten besonders stark zugenommen. In den Betrieben ist es heute bereits vielfach so, dass der alte freigewerkschaftliche Betriebsrat, der dem NSBO-Mann weichen musste, als der eigentliche Vertrauensmann der Belegschaft angesehen wird. Stark gewachsen ist ferner das Ansehen der Parteigenossen, die in den Kommunen oder politischen Bezirken vor dem Umsturz öffentliche Funktionen als Bürgermeister, Gemeindevorsteher oder Amtsvorsteher innehatten. Während in der ersten Zeit nach dem Umsturz niemand im Ort diese Genossen auch nur zu grüssen wagte, finden sie heute wieder allgemeine Achtung und Anerkennung. Es mehren sich die Fälle, in denen selbst unpolitische oder gegnerisch eingestellte Menschen die Verhältnisse

in der Gegenwart mit den Zuständen der Weimarer Republik und der Zeit der verantwortlichen Mitarbeit der Sozialdemokratie kritisch vergleichen. Diese Entwicklung, die nach den uns vorliegenden Berichten in der letzten Zeit starke Fortschritte macht, bedeutet selbstverständlich noch nicht die organisatorische Wiederherstellung der Partei und die Ueberwindung der ideologischen Unsicherheit, die der Zusammenbruch ausgelöst hat.

In den illegal arbeitenden Gruppen ist auch heute noch nur eine Minderheit der Parteimitgliedschaft vereinigt, und die grosse Mehrheit unserer früheren Anhänger erfährt von der Tätigkeit dieser Gruppen nur durch die Verbreitung unseres Materials, der "Sozialistischen Aktion" und des sonstigen allgemeinen Propagandamaterials. Man kann annehmen, dass jede Nummer der "Sozialistischen Aktion", die nach Deutschland gelangt, im Durchschnitt von mindestens 5 bis 10 Genossen gelesen wird. In einzelnen Fällen wurde festgestellt, dass 20 und mehr Genossen ein Exemplar der Zeitung weitergegeben haben, sodass es zum Schluss kaum noch zu entziffern war.

Einen gewissen Masstab für die Aktionsfähigkeit unserer illegalen Organisation in Deutschland bilden auch die Berichte, die wir nach der Abstimmung vom 19. August aus den verschiedensten Teilen des Reiches über die Organisation eines Ueberwachungsdienstes der Stimmzettelauszählung in den einzelnen Stimmbezirken erhalten haben. In einigen Städten z.B. wurden alle Stimmbezirke durch Parteigenossen besetzt, die der Stimmauszählung bei Schluss der Wahlhandlung beiwohnten, soweit sie nicht entgegen den Gesetzen und Vorschriften vor der Auszählung aus dem Stimmlokal entfernt wurden. Diese Organisation des Ueberwachungsdienstes wurde auch in vielen anderen Städten, wenn auch nicht in dem Umfang, durchgeführt. Mit seiner Hilfe ist es gelungen, eine ganze Reihe von konkreten Einzelbeispielen beizubringen, aus denen die Tatsache der Fälschung der Wahlresultate überzeugend hervorgeht.

2. Die Materialverbreitung.

Während wir uns in der ersten Zeit unserer Arbeit im wesentlichen auf die Verbreitung der "Sozialistischen Aktion" beschränkt haben, sind wir in den letzten Monaten in grösserem Umfange zur Herausgabe von allgemeinem Werbematerial übergegangen. Schon vor der Wahl vom

19. August stellten wir auf Wunsch einzelner Bezirksorganisationen Klebezettel und Streuzettel mit zersetzenden Parolen oder mit Kampf- oder Symbolpropaganda her. Im allgemeinen kann gesagt werden, dass die Verbreitung des Materials dazu beigetragen hat, die vom Propagandaministerium eifrig verbreitete Legende von der ausschliesslichen illegalen Arbeit der Kommunisten zu erschüttern, und dass es auch das Selbstbewusstsein derjenigen unserer Anhänger stärkt, die nichts von der Arbeit der illegalen Gruppen in der Öffentlichkeit bemerken konnten und die nun wieder auf Propagandamaterial stossen, das die Lebenskraft der Bewegung beweist. Sehr stark zugenommen hat die Herstellung von Werbematerial und Informationsblättern in Deutschland selbst. In vielen Grosstädten werden heute kleine Flugblätter, Werbe- und Streuzettel, teilweise sogar periodische Veröffentlichungen hergestellt.

Ueber den Umfang der Materialverbreitung unterrichten folgende Zahlen:

Die bedeutsamste illegale Veröffentlichung ist die "Sozialistische Aktion", die in der ersten Zeit wöchentlich vierseitig, seit Februar d.J. aber 14-täglich achtseitig herausgebracht wird. Insgesamt wurden vom Juli 1933 bis September 1934 1.460.000 Exemplare der "Sozialistischen Aktion" in Deutschland verbreitet. Daneben wurden acht Broschüren in einer Gesamtauflage von 80.000 Exemplaren nach Deutschland gebracht. Die höchste Zahl von 40.000 erzielte die illegale Ausgabe der programmatischen Erklärung des Parteivorstandes vom 30. Januar 1934. Zu den verschiedenen aktuellen Anlässen wurden Flugblätter herausgegeben ihre Gesamtauflage betrug ca. 950.000 Exemplare. Aus Anlass der sogenannten Wahlen im November 1933, nach dem 30. Juni 1934 und aus Anlass der Volksabstimmung vom 19. August 1934 wurden Streuzettel und Klebezettel verbreitet, insgesamt ca. 400.000 Stück.

3. Mitarbeiterschulung..

Besondere Aufmerksamkeit haben wir neben der allgemeinen Materialverbreitung der Schulung unserer Mitarbeiter gewidmet. Die Diktatur hat jede Möglichkeit einer zuverlässigen politischen Information vernichtet. Sie hat ebenso die politische Schulung in der früher üblichen Form unmöglich gemacht. Der illegale Mitarbeiter von heute braucht aber unbedingt gründlichere Informationen über die Lage in Deutschland, über die internationale Situation, über die Auseinandersetzungen im

Lager des Sozialismus in Deutschland und in der Internationale. Seit dem Erscheinen unserer "Zeitschrift für Sozialismus" geben wir deshalb auch eine getarnte Kleinausgabe der Zeitschrift mit den wichtigsten Veröffentlichungen nach Deutschland. Sie ist nicht für eine Massenverbreitung, sondern lediglich zur Weitergabe an die Mitarbeiter bestimmt. Ebenso haben wir Kleinausgaben hergestellt von den Broschüren, die für die politische Diskussion in den illegalen Gruppen von Bedeutung ist, so von der "Revolution gegen Hitler" und von "Neu beginnen".

Seit drei Monaten haben wir unsere Deutschlandberichte durch einen besonderen Teil B ergänzt. Dieser Teil B enthält zusammenfassende Betrachtungen über die jeweils aktuellen Fragen der Innen- und Aussenpolitik. Sie dienen in erster Linie als Schulungsmaterial für die verantwortlichen Funktionäre in Deutschland. Diese Berichte haben überall stärkste Zustimmung gefunden, da sie den Genossen in Deutschland die Gesamtübersicht wesentlich erleichtern.

4. Fürsorge für die politischen Gefangenen..

Im Rahmen der Deutschlandarbeit spielt die Fürsorge für die politischen Gefangenen in Deutschland eine grosse Rolle. Die Zahl der verhafteten Sozialdemokraten seit dem Januar 1933 geht in die Zehntausende. In der neuesten Zeit ist eine genaue Uebersicht über die Verhaftungen kaum noch zu gewinnen, da die Geheime Staatspolizei ihre Verhaftungsaktionen jetzt in grösster Stille durchführt, sodass wir nur durch unseren eigenen Nachrichtendienst von derartigen neuen Verhaftungen Kenntnis erhalten. Bei den verhafteten Sozialdemokraten handelt es sich fast ausschliesslich um Arbeiter und Arbeitslose, sodass jede Verhaftung auch für die Familienangehörigen bitterste materielle Not bedeutet. Unsere Unterstützungsaktion für die Opfer des Faschismus in Deutschland erstreckt sich daher sowohl auf die Unterstützung der Gefangenen selbst, auf die Stellung von Rechtsbeistand, wie auch auf die Unterstützung der Familienangehörigen der Gefangenen.

D. Unsere Arbeit im Ausland

1. Unsere Veröffentlichungen .

Unsere Arbeit im Ausland wird bestimmt durch den Grundsatz, durch sie den Kampf in Deutschland zum Sturz der Hitlerdiktatur zu unterstützen. In erster Linie obliegt uns hier die Beeinflussung der

öffentlichen Meinung. Seit Juni 1933 erscheint in Karlsbad das offizielle Organ der deutschen Sozialdemokratie, das Wochenblatt "Neuer Vorwärts". Der "Neue Vorwärts" hat trotz der nachlassenden Interessens für Emigrationszeitungen seine Auflage zu halten vermocht. Er wird heute in 42 Ländern verbreitet, Neben dem "Neuen Vorwärts" erscheint in Saarbrücken die einzige deutsche sozialdemokratische Tageszeitung, die "Deutsche Freiheit", die vor alle, nach den Ereignissen des 30. Juni ihre Auflage wesentlich steigern konnte.

Die Information und die Beeinflussung der ausländischen Presse suchen wir durch die "Sopade-Information" zu erreichen, die wir seit Mitte 1933 in den drei Hauptsprachen deutsch, französisch und englisch in einer Gesamtauflage von 400 Exemplaren herausgeben. Bisher sind 41 Ausgaben der "Sopade-Information" erschienen.

Seit April dieses Jahres verbreiten wir ferner die grünen Deutschlandberichte, die monatlich erscheinen und eine systematische Zusammenfassung der bei uns eingehenden Situationsberichte aus Deutschland darstellen. Die Berichte werden an alle Parteien der Sozialistischen Arbeiter-Internationale, an die Organisationen des I.G.B., an alle führenden Funktionäre der internationalen sozialistischen Arbeiterbewegung, an die sozialdemokratischen Zeitungen, an eine Anzahl bürgerlicher Blätter und an eine Reihe von Einzelpersonlichkeiten in einer Auflage von 500 Exemplaren verschickt wird. Die Deutschlandberichte enthalten heute ohne Zweifel das umfassendste und zuverlässigste Material, das im Ausland über die Zustände und über die Entwicklung in Deutschland verbreitet wird, denn sie stützen sich nicht auf zufällige Einzelberichte, sondern auf einen über das ganze Reich verbreiteten organisierten Nachrichtendienst.

Im Rahmen unserer Auslandsarbeit nimmt schliesslich die Verlags-Anstalt "Graphia" in Karlsbad eine besondere Stellung ein. Der Aufbau dieser eigenen Verlagsanstalt der Sopade erfolgte erst zu Beginn dieses Jahres, aber sie ist inzwischen zu dem wesentlichsten Faktor unserer propagandistischen Arbeit im Ausland geworden. Bis jetzt erschienen im Verlag "Graphia" folgende Schriften: Revolution gegen Hitler, Neu beginnen, Volk in Ketten, Reichstagsbrand, Oranienburg (in sechs Sprachen), Bürgerkrieg in Oesterreich, Revolte und Revolution, Der Faschismus und die Intellektuellen, Konzentrationslager, Der Faschismus als Massenbewegung, Grenzen der Gewalt, Putsch oder Revolution? Die Gesamtauflage dieser Schriften beträgt bis jetzt 290.000. .

2. Unser Verhältnis zur Emigration..

Die sozialdemokratische Emigration hat den Parteivorstand vor eine ganze Reihe von ernststen Problemen gestellt. Wir haben es bei der deutschen Emigration mit einer Massen-Emigration zu tun. Im Sommer 1933 dürfte die Zahl der ins Ausland geflüchteten Mitglieder der sozialdemokratischen Organisationen 2 - 3.000 betragen haben. Einige Länder sind von der deutschen Emigration besonders stark betroffen worden, so das Saargebiet, die Tschechoslovakei und Frankreich. Die Partei- und Gewerkschaftsorganisationen aller übrigen an der Emigration beteiligten Länder haben grosse Opfer gebracht, Opfer, die in einzelnen Fällen, so vor allem in der Tschechoslovakei, die Leistungsfähigkeit der gastgebenden Parteien weit überschritten. Mit der längeren Dauer der Emigration gestaltet sich die materielle Lage unserer emigrierten Genossen immer schwieriger. Selbst in den Ländern, in denen die Bruderparteien in der Lage waren, grössere Beträge zur Unterstützung der Emigration aufzuwenden, gehen die Unterstützungsfonds zur Neige, zumal der deutschen Emigration im Gegensatz zur österreichischen keine nennenswerte Hilfe durch internationale Fonds zuteil wurde. Der Parteivorstand hat die bedrängte materielle Lage der Emigration stets anerkannt. Er konnte jedoch nur in ganz beschränktem Umfange helfend eingreifen.

War es dem Parteivorstand nicht möglich, mit finanzieller Unterstützung unmittelbar helfend einzugreifen, so nahmen wir uns umso nachdrücklicher der sozialen Fragen der Emigration an. Wiederholte Verhandlungen mit dem Flüchtlingskommissar Macdonald galten der Passfrage, den Fragen der Arbeitsbeschaffung und Auswanderung und der Sicherung der Ansprüche der Emigranten an die Sozialversicherung. Wenn auch hier bisher keine nennenswerten Erfolge erzielt werden konnten, so trifft die Schuld dafür nicht den Parteivorstand, sondern die Umstände, die heute in allen Ländern die Eingliederung der politischen Flüchtlinge in das normale Leben des Gastlandes infolge der Wirtschaftskrise und der politischen Spannung in Europa so gut wie unmöglich machen. Zweifellos ist die Frage der Sicherung der primitivsten Existenzmöglichkeit der Emigranten eines der ~~ernstesten~~ ^{ernstesten} Probleme, und wir werden auch in Zukunft keine Mühe scheuen, um zu unserem Teil zur Lösung dieses Problems beizutragen.

Der Parteivorstand unternahm auch den Versuch einer organisatorischen Zusammenfassung der Emigration, indem er allen Emigranten, die ihre Mitgliedschaft in der Partei vor dem 30. Januar 1933 nachweisen konnten, oder deren Mitgliedschaft ausser Zweifel stand, besondere Mitgliedskarten ausstellte und für die Mitglieder der Partei in zahlreichen Orten Zusammenkünfte und politische Aussprachen veranstaltete. Der Aufbau einer Auslandsorganisation der sozialdemokratischen Emigration ist allerdings nicht möglich. In einer ganzen Reihe von Ländern, so z.B. in der Schweiz und in Holland, ist jede politische Betätigung der Emigration, insbesondere jeder politischer Zusammenschluss der Emigranten auf das strengste verboten. Ein Versuch, entgegen diesen Bestimmungen eine Auslandsorganisation der Sozialdemokratie aufzubauen, würde in kürzester Zeit zur Gefährdung des Asylrechts für alle Emigranten führen.

Eine besondere Aufgabe erwuchs dem Parteivorstand aus den Notwendigkeit, die Emigration und die Unterstützungseinrichtungen für die Emigration vor Spitzeln und Schnorrern zu bewahren. Der Parteivorstand gibt an die Grenzsekretariate, Flüchtlingsstellen, die Länderorganisationen mit starker Emigration und andere interessierte Organisationen "Mitteilungen über das Spitzelwesen" heraus. Sowohl Göring, als der damalige Leiter der Gestapo Diels, haben zu Beginn des Jahres 1934 mit zynischer Offenheit erklärt, dass die Gestapo alle deutschen Flüchtlinge im Ausland überwachen lasse, und dass sie deshalb über jeden Emigranten Auskunft habe. Zu diesem Zweck unterhält die Gestapo im Ausland einen grossen und kostspieligen Apparat. Immer wieder versuchen die Spitzel, sich mit gestohlenen oder gefälschten Ausweispapieren in die Emigration einzuschmuggeln, diese zu zersetzen und zu die gesamte Emigration gefährdenden Provokationen zu verleiten. Wiederholt sind Entführungen von Emigranten in das Reich erfolgt. Mit unseren "Mitteilungen" ist einzelnen Spitzeln das Handwerk gelegt und anderen erschwert worden. Das gleiche gilt für die Hochstapler, Schnorrer und Bummler, die in grosser Zahl in "Emigration" reisen und auf diese Art sich Unterstützung zu verschaffen suchen.

Die Mitarbeit der Emigration am Wiederaufbau der Bewegung in Deutschland liegt im wesentlichen auf politisch-geistigem Gebiet. Die im Ausland lebenden Genossen haben die Möglichkeit, frei und offen ihre Meinung zu vertreten und die durch die Ereignisse der letzten Jahre aufgeworfenen Probleme zu diskutieren. Für diesen Meinungsaustausch hat der Parteivorstand weitgehende Möglichkeiten geboten. Er hat in seinem Manifest vom 30. Januar 1934 seinen politischen Standpunkt dargestellt, und er hat durch die Herausgabe der "Zeitschrift

für Sozialismus" der Diskussion über die Fragen der Bewegung eine öffentliche Tribüne geschaffen. Die bisher erschienenen Nummer der Zeitschrift sind ein eindeutiger Beweis für die weitgehende Toleranz, die der Parteivorstand gegenüber diesen Diskussionen geübt hat. Die Zahl der kritischen Beiträge überwiegt bei weitem die Zahl der Veröffentlichungen, die entweder rein referierend wichtige Teilgebiete des politischen Lebens behandeln, oder die im Sinne der Auffassung des Parteivorstandes zu den Problemen Stellung nehmen. Der Parteivorstand sieht auch die Möglichkeit, einzelne Emigranten, die über besondere Erfahrungen und besondere Vorkenntnisse auf einzelnen Gebieten des öffentlichen Lebens verfügen, für eine systematische Durcharbeitung und theoretische Vorbereitung der Aufgaben heranzuziehen, die die deutsche Arbeiterbewegung im Falle eines Umsturzes in Deutschland zu erfüllen haben wird.

Schlussbemerkungen.

Unsere Darstellung kann nicht mehr sein als eine summarische Aufzählung der von uns im ersten Jahr der Emigration geleisteten Gesamtarbeit. Sie lässt nur teilweise die ganze Kompliziertheit unserer Arbeit erkennen, die sich aus den besonderen Bedingungen der Illegalität in Deutschland ergibt. Wir glauben, dass uns das hier vorgelegte Material trotzdem zu der Feststellung berechtigt, dass der Vorstand der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands in Prag am Ende des ersten Jahres seiner Auslandstätigkeit zu dem wichtigsten Zentrum des Kampfes der deutschen Arbeiterbewegung gegen die Hitlerdiktatur geworden ist.

Deutschland - Bericht
der Sopade
August / September 1934.

Prag, am 6. Oktober 1934.

Teil B: Uebersichten.

Inhalt

<u>I. N.S.D.A.P., Staat und Volk</u>	B 1
1). Der "Führer"	1
2). Partei und Staat	3
3). Partei und Volk	9
 <u>II. Hoffnung auf den Krieg ?</u>	 15
1). Die Spannungen nach dem Kriege	15
2). Deutsche Rüstung als Kriegsgefahr	17
3). Präventivkrieg?	20
4). Der Krieg - keine Hoffnung !	22

- - - -

I. N.S.D.A.P.; Staat und Volk.

Der Nürnberger Parteitag der NSDAP. war wie seine Vorgänger eine Folge lärmender Demonstrationen. Dennoch lohnt es sich, ihn näher zu betrachten. Hinter den organisatorischen Kraftleistungen, hinter den rednerischen Phrasen wird das Bild der Partei in ihrer tatsächlichen Stellung zu Staat und Volk sichtbar. Wenn man sich klar werden will, was diese Partei heute noch bedeutet und was sie nicht mehr bedeutet, muss man vor allem zwei Unterscheidungen treffen: 1. muss man einen Unterschied machen zwischen Hitler und der N.S.D.A.P. und 2. muss man einen Unterschied machen zwischen der Stellung der N.S.D.A.P. im Staat und ihrer Stellung im Volk.

1. Der "Führer".

Der Parteitag war diesmal noch mehr auf die Person Hitlers zugeschnitten als früher. Nicht nur, dass Hitler überall als Redner auftrat, er stand im ganzen derart im Mittelpunkt aller Veranstaltungen, dass Nürnberg mehr zu einem Tag des Führers, als einem Tag der Partei wurde. Das war nicht nur eine leere Demonstration, sondern eine weithin sichtbare Versinnbildlichung des Führerprinzips. Hess hat das in seiner Eröffnungsrede zum Parteitag selbst ausgesprochen:

"Dieser Parteitag ist der erste unter der unumschränkten Herrschaft des Nationalsozialismus, er steht im Zeichen Adolf Hitlers als oberstem und alleinigem Führer der Deutschen, im Zeichen des "Führers" als staatsrechtlich verankerter Begriff."

Aber diese Verherrlichung des "Führers" ist nicht nur Symbolik, sondern zugleich bewusste Taktik. Die Nationalsozialisten wissen sehr gut, dass Hitler für sie heute mehr ist als Parteivorsitzender, Reichskanzler und oberster Befehlshaber der Wehrmacht. Sie wissen, dass Hitler heute für die Partei die Autorität ist, die die widerstrebenden Kräfte in SA., PO. und Arbeitsfront zusammenhält, und sie wissen, dass Hitler heute noch für grosse Massen des Volkes der Mann ist, dem die Sympathien gehören, die die NSDAP. verloren hat. Nach dem 19. August schrieb die "Frankfurter Zeitung", dass Hitler der Mann sei, "der diesen nationalsozialistischen Staat allein führen kann, weil er in seiner

Person zugleich die Basis und die Spitze des Nationalsozialismus ist." Das ist eine sehr treffende Bemerkung über die gegenwärtige Position Hitlers: Für die Partei ist er die anerkannte oberste Autorität; für das Volk in weiten Schichten ist er der Mann, der dem ganzen Regime bis jetzt eine Massenbasis gesichert hat. Ohne ihn hätte der Nationalsozialismus vielleicht überhaupt keine Massenbasis mehr.

Unsere Berichte aus allen Teilen Deutschlands haben diesen Tatbestand seit Monaten, insbesondere nach dem 30. Juni, immer wieder klar hervortreten lassen. Sie haben gezeigt, dass die Ereignisse vom 30. Juni die Autorität Hitlers in der SA und der Partei nicht erschüttert haben, dass aber seine Autorität im Volke eher noch gestiegen ist. Er ist doch ein Kerl; er greift durch; er macht vor den Grossen nicht halt - so kamen die Äusserungen auch von Abseitsstehenden. Wo immer in Deutschland geschimpft wird über die Misswirtschaft, über die braunen Bonzen, meist wird Hitler ausgenommen, der das alles nicht wolle und bloss schlecht beraten und unterrichtet werde. Diese Wirkung Hitlers auf die indifferente Masse erstreckt sich auch auf die Arbeiterschaft, soweit sie nicht politisch geschult ist. Unsere Betriebsberichterstattung verzeichnet Fälle, in denen Hitler bei Betriebsbesuchen auch auf Arbeiter unzweifelhaft Eindruck gemacht hat.

Die Stellung, die Hitler heute innerhalb der NSDAP. und in den Augen weiter Kreise des Volkes einnimmt, muss man beachten, wenn man abschätzen will, welche Bedeutung Hitler heute noch für das gegenwärtige Regime hat. Hitler hat dem Regime bis jetzt eine Massenbasis erhalten, wie sie die "Bewegung" als solche schon längst nicht mehr hat, und Hitler ist der unumschränkte Herr über die NSDAP. und ihre Nebenorganisationen - das ist der doppelte Wert, den Hitler heute für die wirklich herrschenden Mächte des Regimes hat. Man muss unterscheiden: für die inneren Machtverhältnisse ist Hitler heute kein entscheidender Machtfaktor mehr, für die äusseren Machtformen ist er noch immer von massgebender Bedeutung. Würde Hitler heute verschwinden, so würde sich an der gesellschaftlichen Funktion des Regimes, an seinem faschistischen Charakter, an den inneren Machtverhältnissen nichts wesentliches ändern, aber in den äusseren Herrschaftsformen wäre eine Änderung unvermeidlich. Das Regime wäre gezwungen, sich eine neue Massenbasis zu suchen, und es wäre sehr fraglich, ob es einen neuen Mann finden würde, der genau wie Hitler allein durch seine Person dem Regime die Massenbasis stellen könnte.

Hitler beseitigen, bevor nicht sein Nimbus verflogen ist, hiesse in der gegenwärtigen Situation aber auch die politische Gesundung in Deutschland hemmen und nicht fördern. Nachdem einmal der Nationalsozialismus in der Person Hitlers seine wichtigste Stütze gefunden hat, nachdem es einmal den Nationalsozialisten gelungen ist, das Führerprinzip in weiten Volksschichten populär zu machen, muss dieses Führerprinzip auch mit Hitler wieder abwirtschaften, ebenso wie die NSDAP. schon abgewirtschaftet hat. Ein politisch sehr erfahrener Beobachter aus einem Landesteil, in dem Hitler noch besonders starke Sympathien genießt, drückt das so aus:

"Alles schimpft bereits über die Hitlerei. Nur gibt es noch viele, die Hitler selbst die Rettung des Volkes zutrauen, wenn er nur die richtige Umgebung hätte. Das Schlimmste, was uns passieren könnte, wäre deshalb, wenn etwa Hitler jetzt durch ein Attentat oder einen ausserdeutschen Akt erledigt würde. Dann würden seine Gläubigen immer wieder sagen, hätten sie uns den Hitler gelassen, der hätte es schon noch geschafft. Nun arbeitet aber das System dem völligen Zusammenbruch entgegen, wirtschaftlich und politisch. Die Zeit kommt jedenfalls sehr rasch, wo man Hitler nicht mehr anbeten, sondern verfluchen wird. Dann ist gewiss das System auch noch nicht erledigt, weil es dann noch immer über alle Machtmittel der staatlichen Exekutive verfügen wird. Ist aber Hitler bei allen Volksschichten erst ideologisch unten durch, dann lässt sich auch seine Herrschaft nicht mehr lange halten. Dann ist unsere Zeit da, denn dann sagt uns keiner mehr, der Hitler wird es doch noch schaffen, dann werden alle sagen, Hitler hat den Zusammenbruch herbeigeführt."

2. Partei und Staat.

Den "Parteitag der stabilisierten Macht" nannte der "Völkische Beobachter" die Nürnberger Veranstaltung. Hitler hat selbst die Machtfülle und unumschränkte Herrschaftsgewalt der Partei in allen Reden herausgestellt. In seiner "Proklamation" hies es:

"Und diese Führung des Volkes hat heute in Deutschland die Macht zu allem! Wer will bestreiten, dass die nationalsozialistische Bewegung nicht unumschränkter und unbeschränkter Herr des deutschen Reiches geworden ist?"

In seiner Rede vor der SA. hat er dasselbe mit anderen Worten gesagt und in der Ansprache vor den Amtswaltern hat er die Formel geprägt:

"Nicht der Staat befiehlt uns, sondern wir befehlen dem Staat! Nicht der Staat hat uns geschaffen, sondern wir schufen uns unsern Staat."

Stabilisierung der Macht - es sieht fürs erste tatsächlich so aus, aber es ist die Stabilisierung mit Hilfe der Reichswehr. Hitler gibt das in seiner "Proklamation" selbst mit erstaunlicher Offenheit zu:

"Durch die Stellung der Wehrmacht aber als einzigen Waffenträger der Nation zu diesem neuen Staate ist die letzte und auf unabsehbare Zeit wirkende Sicherung des neuen Zustandes erfolgt!"

Die Partei befiehlt dem Staat! In den Veröffentlichungen des Bundes Nationalsozialistischer deutscher Juristen nimmt der Pressechef der "Deutschen Rechtsfront", Dr. Freiherr Max du Prel Stellung zu diesem neuen "Staatsgrundgesetz" des Dritten Reichs. Die "Frankfurter Zeitung" (3. Okt.) berichtet darüber:

Damit sei das Problem eindeutig geklärt. Mit dieser Klarstellung sei ein Wunschgebilde zerschlagen, das allzu häufig aufgetaucht sei, seitdem die Einheit von Partei und Staat ihren gesetzmässigen Niederschlag gefunden habe. Der Staat sei nicht mehr ein über allen schwebendes autoritäres Gebilde, das sich zum Zwecke des besseren Befehlens Parolen und Grundsätze der nationalsozialistischen Bewegung nach Belieben anzueignen vermöge. Der Staat erhalte seine Autorität allein als eines der Machtmittel in der Hand des Führers der Bewegung. Aber er habe sich bewusst zu sein, dass nicht er der Bewegung befehle, sondern dass die Bewegung in ihrer Gesamtheit als die beste, erprobte, opferbereiteste und kampfentschlossenste Repräsentanz des Volkes dem Staat befehle. Die Einflussnahme der Bewegung sei nicht damit beendet, dass sie für die Besetzung dieser leitenden Stellen mit zuverlässigen Nationalsozialisten Sorge, sie werde auch während ihrer Amtsführung beobachten, ob der ihnen anvertraute Teil des Staatsapparates im Geiste Adolf Hitlers geführt werde und arbeite.

Diese Ausslassung von "berufener Seite" - denn wer sollte zur Auslegung des von Hitler proklamierten Grundsatzes berufener sein als die nationalsozialistischen Juristen? - enthüllt die ganze Hilflosigkeit der Nationalsozialisten gegenüber dem Problem der Staatsführung. Welches Wunschgebilde ist durch die Redensart des Führers zerschlagen? Die Beherrschung des Staates durch das Offizierskorps, die hohe Bürokratie und die "Wirtschaftsführer" ist eine sehr reale Tatsache und kein Wunschgebilde und die wirklich herrschenden Kräfte werden sich durch eine reine Propagandaparole ebensowenig aus dem Sattel werfen lassen, wie durch alle früheren. Nach dem Freiherrn du Prel hat sich der Staat bewusst zu sein, dass "die Bewegung in ihrer Gesamtheit" ihm befehle. Wie wird denn das gemacht? Wo ist denn das geistig überlegene Willenszentrum der nationalsozialistischen Bewegung, das den Gang der Verwaltungsmaschine, den Ablauf des Wirtschaftsprozesses, das Arbeiten der Wehrmacht steuert und

reguliert? Die Nationalsozialisten haben nicht einmal genügend Kräfte gehabt, um die entscheidenden Verwaltungsstellen mit ihren Leuten zu besetzen, wo sollen die Kräfte herkommen, die so umfassende Führungs- und Kontrollaufgaben bewältigen können? Was weiss den Hitler selbst dafür vorzuschlagen? Hitler hat in Nürnberg von den "Hemmungen" gesprochen, "die sich aus dem Mangel fachlich geeigneter Qualitäten ergeben" und die "eine wahrhaft souveräne Bewegung grosszügig sehen und selbstsicher in Kauf nehmen" müsse. Er weiss, dass die Nationalsozialisten sich in der Verwaltung - und ebenso in der "Wirtschaft" - nur durchsetzen könnten, wenn geeignete Parteigenossen in so grosser Zahl vorhanden wären, dass das Missverhältnis "zwischen der Macht der Bewegung und ihrer ziffernmässigen Verankerung und Beteiligung an den tausend und zehntausend einzelnen Stellen der Staatsführung" beseitigt werden könnte. Aber er hat für seine Anhänger einen zweifachen Trost: er verweist sie einmal auf die "ungebrochene Assimilisierungskraft" der nationalsozialistischen Idee, die die alten Beamten schon bisher in grosser Zahl zu treuen Dienern des nationalsozialistischen Staates gemacht habe und noch weiter machen werde. Gleichzeitig stellt er aber die endliche Besetzung aller führenden Positionen in Wirtschaft und Verwaltung durch waschechte Parteigenossen in nahe Aussicht :

"In alle führenden Stellen rücken gehorsame Söhne der Nationalsozialistischen Partei ein und bieten die Gewähr, dass nur ein Wille Deutschland beherrscht und damit Deutschland selbst wieder in einem Willen zusammengefasst erscheint."

Was diese Eroberung der führenden Posten angeht, so zeigt die Praxis ein ganz anderes Bild. Sie zeigt, dass "gehorsame Söhne" der Bewegung zu Dutzenden wegen Unterschlagungen und Unfähigkeit aus ihren Aemtern entfernt werden müssen, dass "die beste, erprobte, opferbereiteste und kampfentschlossenste Repräsentanz des Volkes" Schritt für Schritt in ihrem Einfluss auf den Staatsapparat, die Wirtschaftsführung und die Wehrmacht zurückgedrängt wird. Wir haben auf diesen Vorgang in früheren Berichten wiederholt aufmerksam gemacht. Hier ein paar neue Beispiele, die zeigen, wie eindeutig das Problem geklärt ist:

Goering, der auf dem Parteitag nicht zu Wort kam, hat in einem Begrüssungsartikel im "Völkischen Beobachter" in stolzer Bescheidenheit auf seine staatsmännische Leistung in Preussen verwiesen:

"Von der ersten Stunde an habe ich es als meine einzige Pflicht angesehen, den Befehlen meines Führers folgend, den übernommenen preussischen Staat von Grund auf zu reorganisieren und an die Stelle des alten überlebten, den neuen nationalsozialistischen Staatsgedanken auf allen Gebieten zu verwirklichen. Ich bin glücklich, dass dieses Ziel erreicht ist, und danke allen, die mir dabei uneigennützig an der Stelle geholfen haben, an die ich sie im Auftrag Adolf Hitlers berief."

Dieser Dank gilt z.B. im besonderen Masse dem preussischen Finanzminister Dr. Popitz. Als ungewöhnlich fähiger und gerissener Verwaltungsmann hat Popitz zweifellos auch in Preussen einiges geleistet - aber ein Vorkämpfer des nationalsozialistischen Staatsgedankens ist dieser konservative Beamte, der viele Jahre unter der Republik Ministerialsdirektor und unter Hilferding Staatssekretär im Reichsfinanzministerium war, beim besten Willen nicht.

Ein anderes Beispiel: Der neue grosse Schlager der Arbeitsschlacht ist der Arbeitsplatztausch. Aber welche Wendung in den Methoden! Vor anderthalb Jahren wetteiferten die Herren Gauleiter in phantastischen Feldzugsplänen gegen die Arbeitslosigkeit. In den einzelnen Orten gab es "Stosstruppführer" der Arbeitsschlacht. Nationalsozialistische Kreisleiter führten die Arbeitsschlacht für ihren Bezirk dadurch siegreich zu Ende, dass sie die "Einfuhr" aus anderen Bezirken untersagten. Ueberall kämpfte die Partei in der vordersten Linie. Und heute? Der neue Feldzug gegen die Arbeitslosigkeit wird nur noch mit den regulären Truppen der Reichsarbeitsverwaltung geführt. Vor einigen Wochen erschien in der deutschen Presse folgende amtliche Verlautbarung:

"Berlin, 21. August. Aus den verständlichen Bestrebungen, beim Kampf gegen die Arbeitslosigkeit tatkräftig mitzuarbeiten, haben in den letzten Monaten, so teilt das Reichswirtschaftsministerium mit, zahlreiche Stellen gegen sich auf die verschiedenste Weise um die Verteilung von Arbeitskräften, insbesondere durch Austausch von Beschäftigten gegen Unbeschäftigte bemüht. Hierdurch seien Unklarheiten über die Zuständigkeiten, sowie über Art und Umfang dessen, was auf diesem Gebiete tragbar sei, entstanden, die bei den beteiligten Kreisen, sowohl der Arbeitgeber, als auch der Arbeiter und Angestellten eine gewisse Unsicherheit ausgelöst hätten.

Es habe sich daher als erforderlich erwiesen, die Verteilung von Arbeitskräften nach einheitlichen Richtlinien und unter einheitlicher Führung vorzunehmen. Nach einer soeben im Einvernehmen mit dem Reichsarbeitsminister und dem Stellvertreter des Führers der NSDAP erlassenen Verordnung vom 10. August, ist allein der Präsident der Reichsanstalt für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung ermächtigt, die Verteilung von Arbeitskräften, insbesondere ihren Austausch zu regelein.... Einwirkungen anderer Stellen auf diesem Gebiet sind künftig verboten. Als solche Einwirkung gilt nach der Verordnung auch das Verlangen von Auskünften aller Art, insbesondere auf Grund von Fragebogen."

Die "anderen Stellen", die nichts mehr dreinzureden haben, sind die "zuständigen Dienststellen" der NSDAP. Der Präsident der Reichsanstalt aber, der jetzt allein über Strategie und Taktik der Arbeitsschlacht entscheidet, ist Herr Dr. Syrup, genau so wie Popitz alter Beamter und schon von der Republik in dieses Amt eingesetzt. Wer glaubt, dass Popitz und Syrup zu den "gehorsamen Söhnen der Nationalsozialistischen Partei" zu rechnen sind?

Ein drittes Beispiel: Wenn die Nazis es schon nicht fertig bringen, sich in den alten Verwaltungen durchzusetzen, so sollte man meinen, dass sie wenigstens die neuen, erst von ihnen eingerichteten Ämter unter die Führung ihrer "gehorsamen Söhne" stellen. Die Praxis zeigt das Gegenteil. Aus Berlin wird gemeldet:

Es ist bemerkenswert, wie auch in den von den Nazis neu geschaffenen Verwaltungen immer mehr die alten Kämpfer hinausgedrängt werden. Im Stabe des General-Inspektors für die Reichsautobahn Dr. Todt, waren bis vor kurzem 5 alte SS-Leute tätig. In den letzten Monaten sind sie fortlaufend durch andere Kräfte ersetzt worden, die nicht in der Partei oder der SA und SS organisiert sind.

Wenn die "gehorsamen Söhne" versagen, so bleibt nach Hitler immer noch die "ungebrochene Assimilierungskraft" der nationalsozialistischen Idee. Diese "Idee" - das war auf die Wehrmacht bezogen: die Abschaffung der Söldnertruppe und die Bildung eines Volksheeres (Punkt 22 des NSDAP-Programmes); das war auf die Wirtschaft bezogen: die Brechung der Zinsknechtschaft, die Enteignung der Trusts und die Gewinnbeteiligung der Arbeiter (Punkt 11, 13, 14); das war auf den Staat, seine Führung und Verwaltung bezogen: die Volksgemeinschaft. Und was ist von allem übrig geblieben? Der Wehrmacht ist von Hitler (in seinem Handschreiben an Blomberg vom 20. August) ausdrücklich ihr gegenwärtiger Bestand und ihre Unantastbarkeit garantiert worden. In der Wirtschaft werden Monopole, Kartelle und Trusts in ungeheuerer Masse gefördert. In der Staatsführung und Verwaltung hat sich eine riesenhafte unfähige und schmarotzende Bonzokratie ausgebreitet.

Diese ganze "Assimilierungskraft" der Idee hat von Anfang an nur eins bewirkt: den Gleichschaltungsrummel und die Nazis spüren allmählich selbst, dass dieser Gleichschaltungsrummel von ihrem eigenen Standpunkt aus ein ungeheurer Unfug war. Wo sie jetzt hinschauen, alles ist braun, aber nirgends sind sie sicher, ob dieses Braun echt oder nur eine Schutzfarbe ist. Die Wehrmacht trägt das "Hoheitszeichen" der NSDAP, aber alle Konzessionen, die an ihren Bestand und ihren

Charakter hätten rühren können, hat sie abgelehnt. In der Wirtschaft haben sich die grösseren Unternehmungen längst einen "alten Kämpfer" als Konzessions-Nazi zugelegt, der vorgeschickt wird, wenn irgend eine NS-Dienststelle es mit der Volksgemeinschaft einmal zu ernst nimmt. In der Verwaltung ist zum Beispiel fast die gesamte Bürokratie des Reichsfinanzministeriums kurz nach dem Umsturz geschlossen zu den Nationalsozialisten übergetreten mit dem Erfolg, dass so gut wie keine Personalveränderungen erfolgten.

Im Grunde glaubt Hitler an seine Assimilierungs-Theorie ebensowenig wie an das Vorhandensein der "gehorsamen Söhne". Statt dessen glaubt er nach wie vor an die alte nationalsozialistische Methode der Drohung und Einschüchterung. Diese Methode soll im Kampf mit dem Staatsapparat erneut angewendet werden.

In München hat kurze Zeit nach dem Parteitag eine Tagung der Reichsleiter der NSDAP. stattgefunden, die die praktische Verwirklichung der neuen Richtlinie: "Die Partei befiehlt dem Staat" zum Gegenstand hatte. Die Beschlüsse dieser Konferenz sind nicht bekannt gegeben worden. Aber die parteiamtlichen Äusserungen der letzten Zeit zu diesem Problem lassen keine Zweifel über die Richtung, in der sie sich bewegen. Der "Völkische Beobachter" (vom 26. Sept.) bringt den Beamten in einem halbwehklagenden, halb drohenden Leitartikel zum Bewusstsein, dass "sie weiter nichts sind, wie das Instrument, der Bewegung in unserem Volke das Leben zu sichern." Die "NS.-Beamtenkorrespondenz" schreibt:

"Es ist merkwürdig, welch ein zähes Leben die Reaktion in den Amtsstuben der öffentlichen Verwaltung zu führen gewusst hat. Solche Leute parieren in der Tat nur, wenn sie eine stahlharte Faust am Zügel spüren, freilich ohne dabei ihre zersetzende Gefährlichkeit zu verlieren. Braucht sich doch die Zügelführung nur ein wenig zu lockern, um die ängstlich geduckten Köpfe wieder hochkommen zu lassen, die den Willen der politischen Führung umbiegen, abbiegen, verfälschen."

Diese Methoden der Drohung und Einschüchterung werden kaum Erfolg haben. Nicht, weil die Beamten sich ihnen widersetzen werden, sondern gerade, weil sie es nicht tun werden. Sie werden zurückweichen und der neue Stoss wird genau so ins Leere gehen wie die bisherigen. Zweifellos wird es den Nazis gelingen, die Beamten durch eine neue Kampagne einzuschüchtern - dazu gehört nicht viel - aber auf die Dauer muss diese

Methode versagen: einerseits können die Drohungen nicht ernst gemacht werden, weil die Nazis keine geeigneten Ersatzleute aufreiben können und andererseits sind Drohungen selbst gegenüber Beamten nicht geeignet, "Wärme für die Aufgabe" und "den Pulsschlag der Bewegung" zu vermitteln, die die Nazis heute bei den alten Beamten mit Recht vermissen.

3. Partei und Volk.

So darf man sich durch die Aktivität der Nationalsozialisten, die Stellung der Partei im Staat zu verbessern, nicht täuschen lassen. Diese Bemühungen haben wenig Aussicht auf Erfolg und die Stellung der Partei im Staat, ihre Stellung gegenüber den tatsächlich herrschenden Mächten, wird trotz aller äusseren Machtfülle nach wie vor unbedeutend und untergeordnet bleiben. Aber man darf sich dadurch auch nicht in anderer Richtung täuschen lassen: so kläglich die Stellung der NSDAP. im Staat bleibt, so wenig darf ihre Stellung im Volk unterschätzt werden. In den letzten Monaten hat sich eine neue Gewaltenteilung in Deutschland herausgebildet: Die alten Mächte beherrschen den Staat, die NSDAP beherrscht das Volk. Aeusserlich liegt zwar auch die Staatsführung in den Händen der Nationalsozialisten, im Innenverhältnis aber haben sie sich nicht durchsetzen können. So bleibt ihre Funktion im Dritten Reich im wesentlichen darauf beschränkt, das Volk mit den von ihnen entwickelten Terror- und Propagandamethoden zu beherrschen. Natürlich dürfen die Nazis nicht zugeben, dass auf diese Weise Staatsführung und Volksführung praktisch getrennt sind, denn der Erfolg ihrer Volksführung hängt davon ab, dass der nationalsozialistische Totalitätsanspruch unverändert aufrechterhalten bleibt.

Unter diesem Gesichtspunkt einer neuen Gewaltenteilung muss man die Bedeutung der NSDAP. für die Herrschaftsverhältnisse im Dritten Reich betrachten. Die Schwäche der Nazis gegenüber der Staatsführung ist chronisch und muss schliesslich die Gesamtbewegung zum Erliegen bringen. Fürs erste aber bedingt gerade diese Schwäche ihre Stärke in der Volksführung. Weil die NSDAP. keine Gefahr mehr für die Staatsführung der herrschenden Mächte ist, deshalb können diese Mächte ihr in der Volksführung um so leichter freie Hand lassen. Hätte die NSDAP. nicht das Kompromiss mit der Wehrmacht geschlossen, dann hätte sich die Wehrmacht

vielleicht eines Tages gegen die Volksführung der Nazis gewendet. So aber kann sie sich nicht nur damit abfinden, sondern den Nazis sogar den Rücken decken.

Die NSDAP. als Herrschaftsorganisation über den Staat ist im wesentlichen nur noch eine optische Täuschung. Die NSDAP. als Herrschaftsorganisation über das Volk ist noch immer ein realer Faktor von entscheidender Bedeutung. Man darf die Ereignisse vom 30. Juni nicht falsch einschätzen. Für die Staatsführung bedeuten sie einen entscheidenden Wendepunkt: Verzicht auf die Eroberung der Reichswehr von unten her und Erklärung der Wehrmacht zum einzigen Waffenträger der Nation. Aber für die Volksführung spielen diese Ereignisse nur eine untergeordnete Rolle. Man darf die Vorgänge vom 30. Juni nicht als Symptom einer völligen Zersetzung der Bewegung werten. Dass die Kameradenmorde möglich waren, ohne dass Hitlers Autorität in Partei und SA. ernsthaft gefährdet wurde, beweist im Gegenteil, dass von Zersetzung noch nicht gesprochen werden kann.

Man darf überhaupt die SA. nicht zu problematisch sehen. Es ist ja gar nicht so, dass hier eine revolutionäre Strömung zur Macht drängte und deshalb Hitler die SA. unter allen Umständen auflösen oder auf einen Bruchteil verkleinern müsste, wenn diese Strömung sich nicht immer wieder durchsetzen soll. Die SA. ist keine politische Bewegung von eigenem Geist und eigenen Zielen, sie ist in ihrer grossen Masse eine Horde von Landsknechten und Schlägern ohne eigene politische Vorstellungen. Worum es sich für Hitler handelt, ist die Zurückführung der SA. auf ihr altes Verhältnis zur Partei. Man vergegenwärtige sich: Nach dem Organisationsaufbau der NSDAP. ist die SA. genau so eine Untergliederung wie die Parteiorganisation, die Hitlerjugend, die NS-Volkswohlfahrt usw. Ihr Stabschef ist den übrigen Reichsleitern - das ist der Titel der höchsten Parteiwürdenträger - wie Ley, Goebbels, Hierl usw. gleichgeordnet. Röhm erhob, gestützt auf die Parteitruppe, weitergehende Machtansprüche, nicht weil die SA. revolutionär war, sondern weil er die Wehrmacht zu einem Instrument des Nationalsozialismus und zur Grundlage seiner eigenen Machtstellung machen wollte. Darum liess ihn Hitler mit seinem Anhang niederknallen. Mit ihrer Beseitigung war der Fall dann auch grösstenteils erledigt. Darüber hinaus braucht Hitler die SA. nicht aufzulösen oder entscheidend zu verringern, er braucht sie nur streng der politischen Leitung der Partei zu unterstellen, muss dafür sorgen, dass ihre Führer

nicht erneut machtpolitische Ambitionen verfolgen und muss die SA.-Leute beschäftigen. Das hat Hitler in seiner Rede vor der S.A. und in seiner Nürnberger Schlussrede mit den Worten ausgedrückt:

"Die erste Aufgabe, die uns die Gegenwart stellt, liegt in der notwendigen, immer schärferen Zusammenführung der einzelnen Gliederungen der Partei. Sie haben zu begreifen, dass sie nur verschiedene Funktionen ausüben, allein alle als Nationalsozialisten und Parteigenossen, ob Mitglieder der Politischen Organisation, der SA., oder SS., der Frauenschaft, der Bauern- und Arbeiterverbände, sie alle sind nur Kämpfer in den verschiedenen Kommandos der NSDAP."

Natürlich muss Hitler der SA. neue Aufgaben geben. Neue Aufgaben? Vielleicht auch nur die alten. Die SA. als selbständiger politischer Machtträger ist erledigt, als Terrortruppe besteht sie weiter und die Führer des Dritten Reiches fühlen den Tag näher kommen, an dem sie diese Truppe erneut zum Einsatz bringen müssen. Goebbels hat das Mitte September in seiner Rede vor der Berliner SA. durchblicken lassen, wenn er sagte:

"Wollt Ihr SA-Männer mich noch fragen, was denn Eure Aufgabe sei? ... In der Zeit, da wir gemeinsam den Marxismus niederschlugen und die Reaktion zu Paaren trieben, da, Kameraden, habt Ihr nicht nach Eurer Aufgabe gefragt, da habt ihr sie erfüllt

Ihr aber, SA-Männer, sollt Eure Aufgabe wieder anfassen. Ihr werdet sie wie in der Vergangenheit erfüllen in Treue, Ergebenheit und unverbrüchlicher Gefolgschaft zum Führer. Mag kommen, was will, wir stehen und fechten."

Das ist die Zurückführung der SA. auf ihre "ureigenen" Aufgaben. In diesem Sinn, aber auch nur in diesem, soll sie "Garant der nationalsozialistischen Revolution" bleiben. Man hat ihre machtlüsternten Führer beseitigt, man hat ihre Nebenorganisationen aufgelöst und ihr damit den Charakter eines Staates im Staate genommen, man hat sie zahlenmässig vermindert und gesiebt, aber als Organisation bleibt sie bestehen. Als Instrument der Staatsführung war sie Hitler im Wege, als Instrument der Volksführung will und kann er sie auch in Zukunft nicht entbehren.

Aber die SA. ist nur ein Instrument der nationalsozialistischen Volksführung; Arbeitsdienst, Parteiorganisation und die allumfassende Propaganda sind die anderen. Selbst wenn die SA. beseitigt würde, wären Arbeitsdienst und Partei noch immer sehr grosse und sehr wirksame Orga-

nisationen zur Massenbeherrschung. Die starke Förderung und Herausstellung, die der Arbeitsdienst in der letzten Zeit erfährt, und die sich auch in Nürnberg zeigte, liegt offen zu Tage. Aber auch die Bedeutung der Parteiorganisation verdient Beachtung. Nicht die SA-Leute, die Amtswalter der Parteiorganisation sind das eigentliche Rückgrat der Bewegung. Schon rein zahlenmässig: Die Gesamtzahl der Amtswalter erreicht angeblich fast eine Million. Davon waren 180 bis 200.000 in Nürnberg, fast doppelt soviel wie SA-Leute. Je mehr die Organisation der Arbeitsfront der Parteiorganisation eingegliedert wird - das ist der Zweck des Umbaus der Arbeitsfront - umso mehr erhöht sich der Wirkungsgrad der Partei; ihr Wirkungsgrad, d.h. ihre Fähigkeit zur Bespitzelung und Beaufsichtigung der Volksmassen. Nicht die SA., die Parteiorganisation ist das Instrument, das die Aufgabe erfüllen soll, das Volk im Sinne der Nazis politisch durchzuorganisieren, und die Bedeutung dieser politischen Riesenorganisation ist umso grösser, als auf der anderen Seite die Organisierung der Opposition nur unter den grössten Gefahren und Schwierigkeiten möglich ist. Man braucht gar nicht anzunehmen, dass diese Riesenorganisation gegen oppositionelle Strömungen immun ist. Im Gegenteil, am 30. Juni zeigte sich deutlich, dass jede ernsthafte Erschütterung des Regimes sofort auch die Massenorganisation der Partei demoralisiert, unsicher macht und damit in ihrer Kampfkraft schwächt. Aber schon allein die materiellen Interessen, die die Herren "politischen Leiter" untereinander verbinden, sind ein wirksamer organisatorischer Kitt.

Diese Organisation hat für die Staatsführung keinerlei nemenswerte Bedeutung - wir haben wiederholt auf den kläglich gescheiterten Versuch hingewiesen, in dem bürokratischen Aufbau der Partei eine Konkurrenz zur öffentlichen Verwaltung zu schaffen - aber für die Beherrschung der Volksmassen ist sie nicht zu unterschätzen.

Dazu kommt die Wirkung der Propaganda. Der Nationalsozialismus hat die politische Propaganda in einem Grade zum Instrument der Machteroberung und Machtsicherung ausgebaut, der vorher schlechthin unbekannt war. Noch heute, anderthalb Jahre nach der Machtergreifung, nach vielen bitteren Enttäuschungen der Parteianhänger und der Massen, angesichts der wachsenden wirtschafts- und aussenpolitischen Schwierigkeiten ist es der nationalsozialistischen Propaganda gelungen, dem Regime eine Massengrundlage zu erhalten. Es ist dieser Propaganda gelungen

gen, das Führerprinzip populär zu machen und breiten Massen Hitler als den Führer aufzuschwatzen. Es ist dieser Propaganda gelungen, für die Schmierenkomödie um den 30. Juni herum, bei den Massen Beifall zu erzielen und die wahren Hintergründe der Aktion zu verschleiern. Diese Propaganda hat es bis heute fertig gebracht, die wirtschaftlichen Schwierigkeiten vor der grossen Masse nicht als Folge der falschen Politik des Regimes, sondern als Ergebnis eines aussenpolitischen Komplotts der Gegner Deutschlands hinzustellen.

Ohne diese Propaganda wäre die Massenbasis des Regimes längst zum Teufel. So aber ist nicht zu übersehen, wie weit die Propaganda den Schrumpfungsprozess der Massenbasis noch verlangsamen kann.

Es scheint, dass die Nationalsozialisten selbst mit einem schnellen Fortgang dieses Schrumpfungsprozesses rechnen. Trotz aller Kraftmeierei können sie ihre Sorge vor dem kommenden Winter nicht verbergen. Sie klingt in allen Reden durch: "Auch wenn wir Not und Sorge auf uns zu nehmen haben..." (Hitler vor den Amtswaltern in Nürnberg); "Wenn für uns Führer schwere Zeiten kommen sollten..." (Goering in seiner einzigen, nur aus drei Sätzen bestehenden, improvisierten Ansprache an die Volksmenge vor seinem Hotel in Nürnberg); "Ein grauer, kalter Winter steht vor der Tür..." (Goebbels vor der Berliner SA. am 16. September). Es scheint, dass sich Hitler selbst schon auf die Zeit einrichtet, in der nur noch eine Minderheit hinter ihm, geschweige hinter der NSDAP. steht. Welchen anderen Sinn kann die in seiner Nürnberger Schlussrede so lang und breit entwickelte Theorie von der "geschichtlichen Minorität" haben, die die NSDAP. auch in Zukunft bleiben soll, als den, schon jetzt die Theorie für den Fall zu schaffen, dass seine Anziehungskraft auf die Massen erlischt? Weil er schon jetzt damit rechnet, dass er sich eines Tages nicht mehr auf die Gunst der grossen Masse, sondern nur noch auf die Minderheit der NSDAP. stützen kann, deshalb begründet er schon jetzt das Wesen dieser "geschichtlichen Minorität" als den "Höchstwert unseres Volkes schlechthin"; als "das Beste aus dem deutschen Volk überhaupt", als seine "eigene beste Auslese"; deshalb setzt er auseinander, dass "die Völker noch nie erfolgreich von ihrer Mehrheit, sondern stets von einer Minderheit geführt worden" seien.

Die Bedeutung dieser Theorie ist klar: das Regime fühlt seine Massengrundlage schwinden, es wird alle seine Künste spielen lassen, um diese Entwicklung aufzuhalten - aber wenn das nicht gelingt, dann soll die "verschworene Gemeinschaft" der Partei, gesäubert und gereinigt von allen unsicheren Kantonisten, wie Pech und Schwefel zusammenhängen, dann wird die SA. vor neuen und doch wohlvertrauten Aufgaben stehen. Das Regime richtet sich auf gewaltsame Verteidigung ein. Wir tun gut daran, mit dieser Entwicklung zu rechnen, auch damit zu rechnen, dass sich das Regime - seiner Massenbasis beraubt und in seinem wahren Charakter blossgestellt - mit den Mitteln der reinen Gewalt noch eine ganze Zeit lang halten kann. Es braucht auch dann noch nicht auf den Bajonetten zu sitzen - die Bajonette stehen hinter ihm - die "modernen" Methoden des politischen Terrors sind bequemer und wirksamer.

Aber schliesslich können brutaler Terror und raffinierte Propaganda zwar den Sturz des Regimes hinauszögern, aber nicht verhindern. Jede Propaganda als politische Waffe stumpft schliesslich ab und diese Abstumpfung ist schon jetzt deutlich sichtbar. Aller Terror, alle Bespitzelung, alle organisatorische Fesselung der Volksmassen verfehlen schliesslich ihre Wirkung, denn den "modernsten" Methoden der Faschisten zur Massenbeherrschung werden die Sozialisten noch modernere Methoden zur Organisierung der Opposition entgegenstellen. Langsam aber sicher wird sich die Technik des illegalen Kampfes gegen das Regime so vervollkommen, dass die Technik der faschistischen Diktatur immer unwirksamer wird.

Vor allem aber kann alle Terror- und Propagandatechnik zwei Dinge nicht ersetzen: Die werbende, mitreissende, überwindende und aufbauende Kraft einer echten grossen Idee und die umwälzende Wirksamkeit einer von tiefer Einsicht in die gesellschaftlichen Zusammenhänge getragenen Politik. Die grosse Vision der gesellschaftlichen Umwälzung und die tiefe Einsicht in ihre Entwicklungsgesetze, die Kraft der Idee und die Macht des Gedankens, diese beiden unüberwindlichen Gewalten der Erneuerung, des Vorwärtsdrängens, der Revolution, sie sind nicht auf der Seite von Hitler, Goebbels und Ley, sie sind auf der Seite der wieder erstarkenden, sich ihrer gesellschaftlichen Aufgaben wieder bewussten sozialistischen Bewegung.

II. Hoffnung auf den Krieg ?

(Aus einem Referat).

1. Die Spannungen nach dem Kriege.

Wir haben alle das Gefühl, in einer Pause zwischen zwei Kriegen zu leben. Unsere Aufmerksamkeit in der letzten Zeit vor der Machtergreifung Hitlers war so stark auf den faschistischen Gegner gerichtet, auf den innerpolitischen Kampf gegen den Nationalsozialismus, dass wir darüber der immer näher rückenden Kriegsgefahr in Europa und in der Welt nicht mit jener Klarheit ins Auge gesehen haben, die erforderlich gewesen wäre. Die besondere Situation nach der Machtergreifung Hitlers führt aber auch dazu, dass wir leicht geneigt sind, Stimmungen nachzugeben und uns Illusionen zu machen. Diese Illusionen haben sich vornehmlich in der ersten Zeit in zwei Richtungen bewegt. Die eine war der Glaube, dass nun mit Notwendigkeit der Faschismus zur herrschenden Macht mindestens in allen europäischen Ländern werden müsse. Die andere Illusion war der Glaube an den unmittelbar bevorstehenden Präventivkrieg der demokratischen Länder gegen das faschistisch gewordene Deutschland. Seitdem ist eine ziemlich lange Zeit verflossen und wir haben erfahren, dass weder das eine, noch das andere eingetroffen ist. Es ist deshalb notwendig, dass wir versuchen, die Dinge so zu sehen, wie sie wirklich sind und wie sie sich wirklich entwickelt haben. Und da ist es nicht so, dass mit dem Machtantritt Hitlers sich nun alles in der Welt mit einem Schlag plötzlich verändert hätte und dass allein der Machtantritt Hitlers die Kriegsgefahr in der Welt hervorgerufen habe. Die Spannungen, die zum Krieg zu führen drohen, haben sich vielmehr in langjähriger Entwicklung herausgebildet und dabei hat die deutsche Politik nicht einmal im Mittelpunkt der Ereignisse gestanden.

Die grossen Spannungen im Fernen Osten, die Spannungen zwischen Sowjetrussland und Japan und den Vereinigten Staaten, haben sich schon seit vielen Jahren allmählich entwickelt. Ebenso ist das Verhältnis zwischen England und Sowjetrussland immer hoch gespannt gewesen. Die Sowjetpolitik hat seit Jahren behauptet, dass die englische Politik systematisch auf die Sammlung zum Interventionskrieg gegen Sowjetrussland gerichtet sei.

Aus der besonderen Situation Sowjetrusslands ist diese Anschauung auch erklärlich. Allerdings deckt sie sich nicht vollständig mit der Wirklichkeit, denn die englische Politik hat in ihrem weiten Machtbereich noch ganz andere Sorgen, als die Planung eines Präventivkrieges gegen Sowjetrussland. Nichtsdestoweniger hat auch in den vergangenen Jahren zwischen England und Sowjetrussland eine sehr starke Spannung bestanden. Ebenso hätten wir die französisch-italienischen Spannungen sehen können, ebenso die Spannungen, die durch die sowjetrussische Revisionsbewegung, namentlich auf dem Balkan, hervorgerufen worden sind.

Die Ursachen dieser wechselnden internationalen Spannungen sind sehr verschiedener Art und dennoch zeichnet sich dabei eine ganz besondere Ursachenreihe ab. In Versailles war der Versuch unternommen worden, nach dem Krieg Europa nezugestalten nach dem Prinzip der Autonomie der Nationalitäten. Die stillschweigende Voraussetzung dabei war, dass nach dem Krieg eine Ära des relativen Freihandels in der Welt einsetzen würde. Hier aber stiess das Prinzip der Autonomie der Nationen auf die Lebensinteressen des Monopol-Kapitalismus. Statt der Aufrechterhaltung des Freihandels haben wir die immer weitergehende Zerschlagung des Welthandels erlebt. Heute sucht jeder grosse Industriestaat, sich und seine Einflussgebiete vollständig von anderen Industriestaaten und deren Einflussgebieten abzuschliessen. Eine Tendenz zur völligen Zerstörung des auf Freihandel beruhenden Welthandels, eine Tendenz zur Antarkie hat sich ganz allgemein durchgesetzt. Im Verlauf der letzten Jahre ist in der Welt eine allgemeine Gruppierung eingetreten zwischen aktivistischen und konservativen Mächten. Aktivistische Mächte waren dabei jene, die bei der Neuauftellung der Welt durch den Versailler Friedensvertrag zu kurz gekommen waren, jene Mächte, die mit aufblühender Industrie über nicht genügend agrarisches Hinterland und über nicht genügend Einfluss auf den Weltmärkten verfügten; Mächte wie Italien, Deutschland, Polen, oder die kleinen Mächte, etwa Ungarn. Auf der anderen Seite stehen die konservativen Mächte, deren Hauptbestreben dahinging, den durch Versailles und in der Folge von Versailles geschaffenen weltpolitischen Zustand aufrechtzuerhalten. Diese konservativen Mächte waren in erster Linie Frankreich, das nach dem Versailler Vertrag satuiert war, und Sowjetrussland, das um seines inneren Aufbaues, um seiner inneren Entwicklung willen den Frieden in der Welt dringend notwendig hat.

2. Deutsche Rüstung als Kriegsgefahr.

Die Tendenzen zum Aktivismus, die Tendenzen, die auf eine Neuverteilung der Welt und eine Verlagerung des politischen Schwerepunkts in Europa gerichtet waren, waren auch in Deutschland lange vor Hitlers Machtergreifung wirksam. Dass diese Tendenzen nicht unmittelbar an der Regierung beteiligt waren, sagt noch nicht, dass sie fern von der Macht gewesen wären. Denn wirkliche Macht und Regierungsmacht hat sich in der Zeit zwischen dem Versailler Vertrag und der Machtergreifung Hitlers in Deutschland nicht immer vollkommen gedeckt. Diese aktivistischen Kräfte, die nicht am Frieden interessiert waren, sondern an einer machtpolitischen Stärkung Deutschlands, an einer Zerreissung der Verträge, an einer neuen, wirtschaftlichen und politischen Expansionspolitik Deutschlands, diese Kräfte haben sich konzentriert um bestimmte Wirtschaftsgruppen; sie haben sich vor allem konzentriert um die mit der Reichswehr und ihren Nebenverbänden verbundenen nationalistischen Gruppen und Verbänden. Diese nationalistischen Tendenzen in Deutschland sind allmählich, aber sicher gewachsen. Alle Versuche, sie einzuengen, haben nur vorübergehende Erfolge gezeigt. Und die Versuche, die Reichswehr, die ein Konzentrationspunkt aller dieser Kräfte war, fest einzugliedern in die Verfassung von Weimar, sind immer und bis zuletzt erfolglos geblieben.

Alle diese nationalistischen Tendenzen in Deutschland haben sich in den letzten Jahren vereinigt und gesammelt in der Nationalsozialistischen Partei. In dieser Partei, deren Programm aus verschiedenen Richtungen zusammengesetzt ist, deren Programm ein Gemenge aus verschiedenen, sich widersprechenden Anschauungen ist, in dieser Partei finden wir alle Spielarten des deutschen Nationalismus wieder, des Nationalismus, der in der Vorkriegszeit, in der Kriegszeit und in der Nachkriegszeit in Deutschland eine Rolle gespielt hat. Die Nationalsozialisten sind sowohl die Erben der Alldutschen, als auch der sogenannten gemässigten Nationalisten. Wir finden in den aussenpolitischen Programmschriften der Nationalsozialisten die Tendenzen der sogenannten Grossraumpolitik, der Anschauung, dass ein starker Industriestaat sich notwendig schwächere Industriestaaten und Agrarstaaten angliedern und sie zusammenschliessen muss zu einem grossen, nach Möglichkeit räumlich verbundenen Block, auf dass in diesem Block die agrarischen und die weniger starken Industrieländer

beherrscht werden von dem führenden Industriestaat. Es ist das eine Neubelebung der grosskapitalistischen und imperialistischen Ideen der Vorkriegszeit und der Kriegszeit. Daneben aber spielt in der nationalsozialistischen Politik die reine Bodenideologie eine gewisse Rolle. Der Glaube, dass die sozialen Spannungen in einem modernen Industriestaat behoben werden können, wenn er sich neues Agrarland angliedert, damit dort der Bevölkerungsüberschuss untergebracht wird. Im Gegensatz zum grossbürgerlichen Nationalismus ist das eine besondere Spielart des kleinbürgerlichen Nationalismus. Es ist die Illusion, dass die Jugend des versinkenden Mittelstandes in diesen Gebieten, sei es als Bauer, sei es als Handwerker, sei es auch in dem Verwaltungs- und Beherrschungsapparat der eroberten Gebiete, eine neue Existenzmöglichkeit finden könnte. Daneben gehen aber noch andere nationalistische Tendenzen einher, die in vielen Reden von Hitler zum Ausdruck kommen, und die eine geradezu vor-kapitalistische Spielart des Nationalismus darstellen.

So finden sich die verschiedensten Tendenzen des Nationalismus vereinigt in der Nationalsozialistischen Partei und sie münden alle in dem einen Zielpunkt, in der einen Parole: Macht schaffen für ein nationalsozialistisches Deutschland, Aufrüsten, damit Deutschland, wenn es gerüstet ist, nach aussen hin expansiv werden kann, damit es seine Interessen auf das Stärkste vertreten kann. All dies ist nicht erst geworden seit dem Machtantritt Hitlers, all dies ist vielmehr gewachsen in den Jahren vor dem Machtantritt Hitlers und die Berufung Hitlers zum Reichskanzler hat nur die Bedeutung gehabt, dass die inneren Hemmungen in Deutschland, die staatlichen Hemmungen und die parteimässigen Hemmungen gegen diese Tendenzen weggefallen sind und dass nun der deutsche militaristische Nationalismus freien Lauf erhalten hat. An diesem Punkt, zur Zeit der Machtergreifung Hitlers, hat sich geradezu eine Explosion des deutschen Nationalismus ergeben. Wir erinnern uns alle daran, dass nicht nur die faschistische, sondern dass vor allem die militaristische und nationalistische Ideologie wie eine Sturmflut die Gehirne in Deutschland überflutet hat und dass sie auch nicht Halt gemacht hat vor den Schichten der Arbeiterklasse, sondern dass sie auch diese Schichten überflutet hat.

Diese Explosion des deutschen Nationalismus, die grossen militärischen Demonstrationen, die mit dem Machtantritt Hitlers verbunden waren,

haben nun allerdings bei den anderen grossen europäischen Mächten ein ungeheueres Erschrecken hervorgerufen. Es war dies der Zeitpunkt, wo der Glaube an die Möglichkeit eines Präventivkrieges am stärksten gewesen ist. Zu diesem Zeitpunkt war die Erregung besonders stark in der englischen Öffentlichkeit. Der Druck namentlich von England aus auf die nationalsozialistische Politik war so stark, dass das Regime sich zu manövrieren anschicken musste. Das war die Zeit, wo Herr v. Papen Erklärungen darüber abgab, dass selbstverständlich auch die nationalsozialistische Regierung den Vertrag von Locarno achten werde, das bedeutete also die Wiederholung des feierlichen Verzichts auf Elsass-Lothringen. Das war ferner die Zeit, wo Hitler seine Erklärung gegenüber Polen abgab und den Polen versicherte, dass er nicht an eine Wiedereroberung des Korridors denke. Der Gipfelpunkt dieses Manövers des Regimes war die Reichstagssitzung vom 17. Mai. Es war ganz klar, dass das Regime um Zeitgewinn kämpfte, dass es die feindlichen Tendenzen in Frankreich und vor allen Dingen in England zu beschwichtigen suchte, dass es freie Hand haben wollte für eine langsamere, dafür aber umso sichere Aufrüstung.

In dieser Zeit hat sich gezeigt, dass das nationalsozialistische Regime ausserordentlich manövrierfähig war. Man hätte nach den Erfahrungen der deutschen Politik vor Hitlers Machtergreifung annehmen können, dass die Manövrierfähigkeit eines nationalsozialistischen Regimes in Deutschland eine Grenze in dem hätte, was bisher in der deutschen nationalistischen Politik als sogenannte Ehren-Frage bezeichnet worden war: in einer Erklärung über Aufrüstung, in Erklärungen über den Korridor, Erklärungen über Elsass-Lothringen. Noch Brüning hatte den Nationalsozialisten entgegengehalten, dass die Machtübergabe an ein nationalsozialistisches System deswegen unklug sei, weil ein solches System gezwungen sein würde, aussenpolitische Erklärungen abzugeben, die für die deutsche Aussenpolitik ausserordentlich hemmend und für die deutsche Innenpolitik ausserordentlich niederdrückend sein würden. Das System Hitler hat dem gegenüber den Grundsatz verfolgt, dass in einem Diktatorland die diktierende Regierung das bestimmt, was als nationale Ehrenfragen anzusehen sind, und sie hat seitdem in voller Manövrierfähigkeit von diesem Grundsatz reichlich Gebrauch gemacht. Es hat sich gezeigt, dass die Erklärungen über den Locarno-Vertrag und die Erklärungen über den Korridor keineswegs dazu geführt haben, dass sich nun eine ultranationalistische Opposition gegen das System herausgebildet hat.

Am 17. Mai war es ganz klar, dass, wenn das System eine aussenpolitische Frage stellte, diese aussenpolitische Frage eine reine Macht- und Aufrüstungsfrage, eine reine nationalistische Frage war und die Konsequenz daraus war, dass bei jener Reichstagssitzung am 17. Mai das Votum für die Hitlerregierung abgelehnt werden musste. Eine Mehrheit unserer Reichstagsfraktion hat eine andere Haltung eingenommen, ein Zeichen dafür, wie sehr das Vordringen des Nationalismus in Deutschland die Reihen der Arbeiterschaft und auch die Reihen unserer eigenen Partei erschüttert hatte. Damals sprach das Regime von Friedensliebe, von Gleichberechtigung, von deutscher Ehre und von deutscher Freiheit.

Die Gleichberechtigung hat für uns einmal einen ganz anderen Sinn gehabt, als sie für das Hitlerregime hat und es wäre eine Selbstverständlichkeit gewesen, dass an diesem Zeitpunkt mit der grössten Schärfe in Deutschland gezeigt worden wäre, dass es ein anderes ist, wenn ein demokratisches Regime von Gleichberechtigung spricht und ein anderes, wenn das nationalsozialistische Hitlerregime sich auf die Gleichberechtigung beruft. Sie wissen alle, dass dieser grosse Gegensatz einer der Ansatzpunkte, einer der politischen Punkte gewesen ist, die zum Zerwürfnis zwischen den in die Emigration gegangenen Genossen und dem in Deutschland verbliebenen Teil des Parteivorstandes, sowie den Auffassungen der Reichstags- und Landtagsfraktion geführt haben. Der weitere Verlauf der Ereignisse in Deutschland und ausserhalb Deutschlands hat denen, die am 17. Mai eine Politik des klaren Widerstandes und der unversöhnlichen Opposition gegen das Regime gewollt haben, Recht gegeben.

3. Präventivkrieg ?

Mancher von uns hat den Weg Hitlerdeutschlands zur Rüstungsfreiheit im Herbst des vergangenen Jahres mit so etwas wie einem leisen Bedauern gesehen. Mancher von uns wird, wenn er sich genau prüft, innerlich die Hoffnung gehabt haben, dass ein Präventivkrieg der demokratischen Mächte, der das nationalsozialistische Deutschland in wenigen Wochen überrannt hätte, den Spuk des neuen deutschen Nationalismus, den Spuk des Hitler systems in Deutschland vertrieben haben würde. In unserer verzweifelten Situation damals, in der Zeit, in der erst die innere geistige Sammlung wieder beginnen sollte, sind sehr viele von uns dem

Wunderglauben an die Macht der Bajonette verfallen, und wenn wir ehrlich sind, wird es vielleicht keinen unter uns geben, der nicht im Grunde seines Herzens erwogen hat, ob es nicht doch vielleicht ein Segen für Europa und ein Segen für den allgemeinen Fortschritt und auch für den Sozialismus sein würde, wenn es zu einem Präventivkrieg gekommen wäre.

Heute sind wir um so viele Monate weiter und heute sehen wir in diesen Dingen klarer und ruhiger. Wir haben heute einen weit besseren Blick dafür, wie fest verankert in der Tiefe des Volkes dieser neue Nationalismus, diese neuen Kriegstendenzen in Deutschland sind. Wir erkennen heute viel besser als in den ersten Monaten nach dem Umsturz, wie das zurückgeht bis auf den Nationalismus der Vorkriegszeit; wir sehen heute viel klarer die Fäden, die die Vorkriegszeit mit der Nachkriegszeit verbinden. Wir sehen heute viel klarer, dass auch der deutsche Mittelstand noch befangen ist in dem Nationalismus des wilhelminischen Systems und wir erkennen leider auch, wie gross die Macht des Nationalismus noch über einen sehr erheblichen Teil der deutschen Arbeiterhirne ist. Wenn dem aber so ist, was hätte dann das Ergebnis eines Präventivkrieges der demokratischen Mächte in den ersten Monaten des Hitlerregimes sein können? Wir wollen gar nicht von den Veränderungen der Landkarte reden, die dann wahrscheinlich gewesen wären, gar nicht von der Zerreissung Deutschlands, von der Atomisierung, von der Neuaufteilung Europas in eine Reihe von Kleinstaaten, sondern mehr von der inneren politischen Situation, die damals in Deutschland eingetreten wäre.

Wenn ein solcher Präventivkrieg das nationalsozialistische Deutschland militärisch überrannt hätte, so wäre möglicherweise unmittelbar nach der Niederlage eine Periode des kurzen Katzenjammers eingetreten, aber wer hätte nach diesem Sieg, gestützt auf die Bajonette der anderen Länder, in Deutschland die Macht übernehmen sollen? Wie hätte man diese Macht organisieren und behaupten können, wenn die unmittelbare Folge der Niederlage im Präventivkrieg, auf die Dauer gesehen, nur eine neue Hochpeitschung des deutschen Nationalismus gewesen wäre? So wie wir die Dinge heute sehen, glauben wir, dass dieses Feuer des neuen deutschen Nationalismus langsam ausbrennen muss und dass es nicht mit dem kalten Wassersturz eines einmaligen kurzen Krieges ausgelöscht sein kann. Seien wir uns klar: es ist eine schwierige und langwierige Aufgabe der politischen geistigen Beeinflussung, durch die allein die Vorherrschaft des Nationalismus in Deutschland gebrochen werden kann.

4. Der Krieg - keine Hoffnung !

Die Spannungen in der Welt sind ungeheuer. Nun erhebt sich in dieser Lage für uns die Frage: ist der Krieg unvermeidlich? Auf diese Frage kann heute niemand eine klare Antwort geben. Niemand kann sagen, ob die zum Kriege führenden Tendenzen stärker sein werden als die Hemmungen, die vorhanden sind. Diese Frage ist vollständig offen. Aber auf eine andere Frage müssen wir eine klare Antwort geben und das ist die Frage: sollen wir eine kriegerische Verwicklung in Europa wünschen, weil der Krieg eine fortschrittliche Kraft sein wird, sollen wir ihn wünschen, weil wir glauben, dass mit dem neuen europäischen Krieg auch unvermeidlich die neue europäische Revolution kommen wird?

Da entsteht zunächst die Frage: wie wird denn der Ausgang des Krieges sein? So wenig sich die Machtgruppierungen beim ~~Ausbruch~~ dieses Krieges heute exakt denken oder berechnen lassen, so wenig lässt sich heute irgend etwas exaktes über den Ausgang eines solchen Krieges sagen. Und ebensowenig lässt sich deshalb heute auch, wenn wir zunächst nur Deutschland ins Auge fassen, etwas darüber sagen, ob dann mit Notwendigkeit ein Krieg in Deutschland auch zur Revolution führen müsse. Wir können heute nicht einmal irgend etwas darüber sagen, welches das Bild und das Wesen eines kommenden Krieges sein wird. Immer noch ist heute der Luftkrieg die grosse Unbekannte in jeder Vorausberechnung, von der niemand weiss, wie weit und in welchem Umfang sie das Gesicht des nächsten Krieges bestimmen wird. Und niemand kann heute sagen, ob nicht, wenn der Luftkrieg beherrschend sein wird, die Wirkungen des Luftkrieges psychologisch derart sein werden, dass gleichgültig, ob es sich um Sieger oder um Besiegte handelt, volle Anarchie eintritt und an revolutionäre Zusammenfassungen überhaupt nicht mehr gedacht werden kann. Der feste Glaube, dass der Krieg notwendig die Revolution bedeute, oder dass die Niederlage im Krieg notwendig die Revolution bedeute, dieser feste Glaube ist schon heute deshalb nicht haltbar, weil niemand voraussehen kann, mit welchen Mitteln sich der wirkliche nächste Krieg abspielen und welche Zerstörungen er verursachen wird.

Aber mit dem Krieg würden auch eine Reihe anderer sehr schwerwiegender Probleme aufgeworfen werden. Trotzki und seine Freunde haben kürzlich den Versuch gemacht, so etwas wie Thesen über eine sozialistische Po-

litik gegenüber dem neuen Imperialismus und über eine sozialistische Politik im Falle des Kriegsausbruches aufzustellen. Das Interessante an diesen Thesen ist, dass immer in den Punkten, wo entscheidende Fragen auftauchen, keine eindeutigen und keine exakten Antworten gegeben werden können. Und das liegt nicht daran, dass nun etwa, um diesen Ausdruck zu gebrauchen, Trotzki ein falsches Bewusstsein hätte, oder dass es ihm an durchdringender geistiger analytischer Kraft mangle, sondern das liegt einfach daran, dass hier Probleme vorliegen, auf die heute vorausschauend keine eindeutigen Antworten gegeben werden können. Trotzki befürchtet beispielsweise, dass ein Krieg, in den Sowjetrussland verwickelt wird, in Sowjetrussland sehr schwerwiegende Entwicklungen vom Sozialismus weg hervorrufen könnte. Er fürchtet, dass angesichts der Kriegsnotwendigkeit die Diktatur noch stärker angezogen werden könnte, dass unter dem Zwang der Kriegsnotwendigkeiten privatkapitalistische Tendenzen hervortreten könnten, dass die Bürokratie sich überschlagen könnte und dass am Ende, gleich wie der Ausgang sein könnte, nicht mehr eine zum Sozialismus hinstrebende, sondern zum Kapitalismus treibende Macht dastehen könnte.

In einem anderen Punkt hat Trotzki die Frage nationale Verteidigung oder nicht berührt. Für uns in unserer Situation als Deutsche gegenüber einem nationalsozialistischen Deutschland ist diese Frage kein Problem, aber für andere Sozialisten in anderen Ländern ist sie ein Problem. Rein theoretisch stellt sich z.B. Trotzki auf den Standpunkt, nationale Verteidigung ist vom sozialistischen Standpunkt aus Wahnsinn. Die Aufgabe der Sozialisten in allen kapitalistischen Ländern ist es, ihre kapitalistischen Regierungen anzugreifen und mit revolutionären Mitteln zu beseitigen. Da aber taucht für ihn selbst das grosse Problem auf, wie es dann mit den Ländern ist, die in einem solchen Krieg mit der Sowjetunion verbündet sind und da gibt er charakteristischerweise die Antwort: Wenn die Vereinigten Staaten und die Sowjetunion gemeinsam einen Krieg gegen einen japanischen Angriff führen, so werden selbstverständlich nicht gerade die amerikanischen Arbeiter Munitionstransporte in Amerika für die Sowjetunion unterbinden können. Wenn aber, und so muss der Gedankengang weiter geführt werden, wenn es sich um die tschechoslowakischen und wenn es sich um die französischen Arbeiter handelt, kann man dann, um den Gedanken Trozki's weiterzuführen, ernsthaft von den französischen und tschechoslowakischen Arbeitern verlangen, dass sie ihre mit der Sowjetunion verbündeten Regierungen mitten im Krieg durch revolutionäre Mittel zu stürzen versuchen

und dem Gegner Sowjetrusslands damit einen militärischen Vorteil zu verschaffen suchen?

Das sind eben die Probleme, auf die heute vom grünen Tisch aus, von der Theorie her, keine eindeutige Antwort gegeben werden kann. Das sind Fälle, für die von vornherein nicht Eventual-Entschliessungen gefasst werden können. Und weil dem so ist, erkennen wir an diesem Beispiel, wie schwerwiegend, wie hemmend, wie zurückwerfend und wie pervertierend jeder Kriegsfall auf jede, auch die gefestigste sozialistische Anschauung, auch auf das gefestigste Bewusstsein einwirken muss. Wir wollen uns doch an eine Tatsache erinnern, an die einfache Tatsache, dass die drei grossen Pervertierungen der sozialistischen Idee, die wir miterlebt haben, unmittelbar Ausfluss des Weltkrieges und seiner Nachwirkungen gewesen sind: Der Kriegssozialismus, der Bolschwismus und der Nationalsozialismus; drei Pervertierungen der sozialistischen Idee als unmittelbarer Ausfluss des kriegerischen Geschehens! Wir fürchten eher, dass bei einem neuen Weltkrieg und bei einem neuen europäischen Krieg dieses Geschehen nicht zu einer unmittelbaren Einlenkung weiterer Volksmassen zum Sozialismus hinführen würde, sondern dass dieses kriegerische Geschehen zu neuen Pervertierungen der sozialistischen Idee führen wird.

Deshalb dürfen wir in keinem Fall, so sehr es stimmungsmässig und machtmässig verlockend erscheinen könnte, unsere Zukunft auf den Krieg setzen. Deshalb dürfen wir nicht glauben, dass der Krieg, wenn er ausbricht, von seinen Urhebern ungewollt zu einem Motor des Sozialismus werden könnte. Nein, wer seine Hoffnungen auf den Krieg setzt, der begeht eine Flucht, eine Flucht vor der grossen und schwierigen Arbeit, eine Flucht vor der grossen Verantwortung, in allmählicher, eindringender innerer Arbeit, den Boden für die sozialistische Idee innerhalb seines eigenen Volkes zu verbreitern und weiter aufzuackern. Wir wissen nicht, ob der Krieg kommen wird oder ob wir davon verschont bleiben. Er ist eine Möglichkeit, vielleicht ist er sogar eine Wahrscheinlichkeit. Aber das wissen wir, wenn er kommt, dann werden für alle Sozialisten und für alle sozialistischen Bestrebungen die Probleme viel schwerwiegender und viel schwieriger sein, als sie es heute schon sind. Für diesen Fall lassen sich heute noch keine allgemein gültigen Richtlinien geben. Es ist die grosse Tragik der sozialistischen Bewegung, dass der Sturm des Krieges und des Nationalismus wieder über sie hereinbrechen kann, mit allen verwüstenden Folgen. Dem muss man fest ins Auge sehen - und dennoch feststehen im Sturm, wenn er hereinbricht.